

Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen eines ausgeglichenen Haushalts auf das Volkseinkommen

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Würde eines
Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität
zu Erlangen

vorgelegt von
Rudolf Schotter
Braunschweig

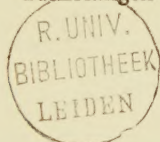
Tag der mündlichen Prüfung: 29. 1. 1958

Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen eines ausgeglichenen Haushalts auf das Volkseinkommen

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Würde eines
Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität

zu Erlangen



vorgelegt von

Rudolf Schotter

Braunschweig

Tag der mündlichen Prüfung: 29. 1. 1958

Dekan: Universitätsprofessor Dr. Heinz Löwe
Referent: Universitätsprofessor Dr. Rudolf Stucken
Korreferent: Universitätsprofessor Dr. Georg Weippert

Gesamtherstellung: Konrad Triltsch, Graphischer Großbetrieb, Würzburg

Meinem verehrten Lehrer, Prof. Dr. Rudolf Stucken,
sage ich für die Anregung zu dieser Arbeit und seine wertvolle Unterstützung während ihrer Entstehung meinen aufrichtigen Dank.

Gliederung

	Seite
Vorbemerkung	7
I. Dogmengeschichtliches zum ausgeglichenen Haushalt	11
II. Die Auswirkungen auf die Konsumquote	19
Die theoretische Analyse der drei Modellfälle	
A. Das nicht-progressive Budget	19
a) Der Begriff des nicht-progressiven Budgets	19
b) Der expansive Prozeß im einfachsten Modell	21
1. Voraussetzungen und Methode	21
2. Die Darstellung des expansiven Prozesses	22
3. Die Erklärungsversuche in der Literatur	24
4. Die Einführung der Begriffe „Nettoeinkommen“ und „Bruttoeinkommen“ in die Analyse	27
5. Die mathematische Darstellung	28
6. Die Größe des Budgetkoeffizienten	30
7. Die Beziehung zwischen dem Steuersatz und der Einkommenserhöhung	31
8. Der Prozeß bei nicht-linearer Konsumfunktion	32
9. Die Einführung einer progressiven Steuer	33
10. Der analoge Fall des Kontraktionsprozesses	34
c) Das Problem der zeitlichen Verzögerung	35
1. Die Diskussion um ein anfängliches Defizit als Voraussetzung des Expansionsprozesses	35
2. Die monetären Besonderheiten und der zeitliche Anpassungsbedarf	36
3. Die Periodenanalyse des Expansionsprozesses	38
4. Eine terminologische Besonderheit	42
5. Die Beseitigung des anfänglichen Defizits	43
d) Die Inflationswirkungen einer Budgetverlängerung bei Vollbeschäftigung	44
1. Die Größe des Budgetkoeffizienten	44
2. Die Veränderungen im Grenzhang zum Verbrauch	45
3. Stabilisierungsmaßnahmen	46
e) Die Berücksichtigung der induzierten Investition	48
1. Methode und Voraussetzungen	48
2. Modelltheoretische Analyse	48
3. Modelltheoretische Spezialfälle	49
4. Die restriktive Wirkung beim Wettbewerb des Staates mit den Privaten	50
f) Das Wesen des zusätzlichen Bruttovolkseinkommens	52
1. Die Ausgabengruppe der Transferzahlungen	52
2. Die unproduktiven Beiträge des Staates zum Bruttovolkseinkommen	54
3. Die produktiven Beiträge	54

B. Das progressive Budget	55
a) Die Analyse der progressiven Budgetverlängerung im einfachen Modell	56
1. Die Bestimmungsgründe der Progression	56
aa) Die einperiodische Betrachtung	56
bb) Die mehrperiodische Analyse	57
cc) Berücksichtigung der reinen Budgetwirkungen	58
2. Der Nettoeffekt eines Gesamtbudgets	58
b) Spezifizierungen	60
1. Die Einführung mehrerer Steuern	60
2. Die Einführung mehrerer Ausgaben	62
3. Die Diskriminierung des Sparens	64
4. Die weiteren monetären Bedingungen des Redistributions-effektes	67
5. Die Redistribution im dreistufigen Finanzsystem	68
C. Der automatische Budgetausgleich nach anfänglichem Defizit	71
a) Vorbemerkung	71
b) Die völlige Wegsteuerung des zusätzlichen Sparens	73
c) Die völlige Wegsteuerung des zusätzlichen Sparens und die teilweise Wegsteuerung des zusätzlichen Konsums	75
d) Die teilweise Besteuerung des zusätzlichen Sparens und des zusätzlichen Konsums zur Deckung des Defizits	78
e) Die alleinige Besteuerung des zusätzlichen Verbrauchs	83
f) Die Wirkung von Schuldenaufnahme und -tilgung	84
III. Die Auswirkungen auf die Investitionsquote	87
A. Vorbemerkung	87
B. Der Zusammenhang zwischen dem ausgeglichenen Budget und dem Zins	88
C. Die Steuerwirkungen auf die induzierte Investition	90
a) Die Auswirkungen auf die Gewinnchancen	91
1. bei genauer Kostenkalkulation	91
aa) mit gradliniger Abschreibung	91
bb) bei Ersatzinvestitionen	96
cc) bei verkürzter Abschreibung	97
dd) bei unsicheren Einnahmeerwartungen	97
2. Modifikationen der Kostenkalkulation	99
aa) Allgemeines zur Elastizitätsfrage	99
bb) Festsetzung einer Mindesteinnahme statt Kalkulation	99
cc) Die Verlustrechnung	100
dd) Außersteuerliche Gesichtspunkte	101
ee) Die Konjunkturabhängigkeit als Investitionskriterium	102
3. Die Überwälzungsfrage	103
4. Die Differenzierung der Investitionen nach ihrer Steuerempfindlichkeit	103
b) Die Auswirkungen auf die Finanzierungsmöglichkeit	105
1. Die Selbstfinanzierung	105
aa) mit zusätzlicher Kreditschöpfung	105
bb) ohne zusätzliche Kreditschöpfung	109
2. Die Außenfinanzierung	110
aa) unter amerikanischen Verhältnissen	110
bb) unter deutschen Verhältnissen	112

D. Die Wirkungen der Staatsausgaben auf die induzierte Investition . .	113
a) Die Investitionsfinanzierung des Staates	114
b) Die Konsumsteigerung aus progressiver Einkommensumverteilung	115
c) Die direkte Nachfrage des Staates	117
E. Die Grenzen der Budgetwirkungen	118
a) Der ausgeglichene Haushalt als quantitatives Problem	118
b) Eine allgemeine Theorie des ausgeglichenen Haushalts	120
IV. Budgetveränderungen bei „autonomen“ Einkommensschwankungen . .	123
A. Expansionsprozesse	124
a) bei starrem Budget	124
b) bei steigendem Budget	126
c) bei sinkendem Budget	128
B. Kontraktionsprozesse	129
a) bei starrem Budget	129
b) bei steigendem Budget	129
c) bei sinkendem Budget	129
V. Die wirtschaftspolitischen Konsequenzen	131
A. Ein Vergleich mit anderen finanzpolitischen Mitteln	131
B. Ein hypothetisches Zahlenbeispiel	132
Schluß: Ausblick und neue Probleme	137

Vorbemerkung

Die Beziehungen zwischen dem Staat und der Wirtschaft enthalten ungeschieden voneinander zwei verschiedene Aspekte: einen wirtschaftspolitischen und einen finanzwirtschaftlichen. Um diesen zweiten Gesichtspunkt soll es in dieser Arbeit in erster Linie gehen. Wie verändert, so mag die Frage lauten, der Staat das wirtschaftliche Geschehen allein dadurch, daß er seinen finanzwirtschaftlichen Aufgaben nachgeht? Erfüllt er seine Funktionen mit einem ausgeglichenen Haushalt — was wenigstens auf längere Sicht als der Normalfall angesehen werden kann — so zielen wir auf denselben Sachzusammenhang ab, wenn wir anders formulieren: Wie wirkt ein ausgeglichenes Budget? Der Gegenstand dieser Arbeit ist mithin ein sehr umfassendes Problem, er ist gleichsam das Integral der gesamten Finanzwissenschaft.

Trotzdem ist diese Fragestellung sehr neu. Gilt es also etwa, Versäumtes nachzuholen? Es wird in einem dogmengeschichtlichen Abschnitt noch davon die Rede sein, warum das ausgeglichene Budget als Objekt der theoretischen Forschung so spät erkannt wurde; hier kann so viel schon gesagt werden: Solange sich die Steuern und Ausgaben des Staates in relativ bescheidenen Grenzen hielten, waren die Detailfragen der Kredit- und Steuerlehre zum Beispiel ungleich interessanter und wichtiger. Inzwischen haben aber die vom Staat absorbierten Einkommensteile einen sehr erheblichen Umfang angenommen; die fraglichen Größenordnungen haben ganz neue Probleme geschaffen, die Quantität zog eine neue Qualität nach sich.

Um diese Qualität geht es, d. h. das Anliegen dieser Arbeit ist ein rein theoretisches. Diese Beschränkung auf die qualitativen Zusammenhänge muß bei einem Problem, das — wie dieses hier — in so starkem Maße vom Quantitativen her angeregt wurde, natürlich als Mangel empfunden werden. Wir verzichten aber nur notgedrungen auf eine zahlenmäßige Unterbauung der theoretischen Ausführungen, weil das statistische Material für unsere Zwecke nicht so aufbereitet ist, daß wir zu Ergebnissen mit einigem Aussagewert kommen könnten. So liegt der Verbrauchsstatistik des Statistischen Bundesamtes jeweils ein ganz bestimmt strukturierter Familienhaushalt zugrunde. Ein einwandfreier Grenzhang zum Verbrauch ist damit nicht einmal als durchschnittliche Größe zu ermitteln. Wir benötigten aber nicht nur den

Durchschnittswert, sondern darüber hinaus eine ganze Reihe differenzierter Grenzneigungen, die sich jeweils auf die verschiedenen Einkommensklassen beziehen. Hinsichtlich der Steuerstatistik erscheinen die Verhältnisse im ersten Augenblick etwas günstiger. Schwierigkeiten ergeben sich durch die schwer quantifizierbaren Überwälzungsvorgänge — soweit diese überhaupt theoretisch völlig geklärt sind — aber auch hier.

Mußte somit der Versuch der statistischen Verifizierung aufgegeben werden, so erwies sich eine weitere Beschränkung des recht umfassenden Themas als zweckmäßig. So wurde — der modernen Theorie folgend — das Volkseinkommen allein als Gradmesser der zu behandelnden Budgetwirkungen ausgewählt und alle anderen außerhalb dieses Blickpunktes liegenden Fragen ausgeklammert. Die Budgetwirkungen sind demnach als ein Teilbereich der Einkommenstheorie aufgefaßt worden. Das kommt auch in der Gliederung zum Ausdruck:

Die Budgetwirkungen werden in den beiden Abschnitten II und III im Hinblick auf die volkswirtschaftliche Konsumquote und im Hinblick auf die volkswirtschaftliche Investitionsquote untersucht. Innerhalb des Abschnittes II werden die drei Modellfälle eines ausgeglichenen Haushalts vorgestellt:

- A. das nicht-progressive Budget,
- B. das progressive Budget und
- C. das Budget mit einem anfänglichen Defizit.

Bei der Betrachtung über die volkswirtschaftliche Investitionsquote erwies es sich als zweckmäßig, den Gesamtzusammenhang in drei Beziehungen aufzuspalten:

- B. Budget — Zins,
- C. Steuern — Investition,
- D. Staatsausgaben — Investition.

Es bliebe noch festzulegen, was in dieser Arbeit als ein ausgeglichener Haushalt zugrundegelegt werden soll. Das Budget ist die Rechnung einer staatlichen Wirtschaft über Einnahmen und Ausgaben in einem bestimmten Zeitraum. Ihm ist als Ist-Rechnung ein formales Gleichgewicht eigentümlich; ex post sind Einnahmen und Ausgaben rein rechnerisch stets ausgeglichen, möglicherweise durch Kredite und Ersparnisse als Gegenposten. Kredite und Ersparnisse kennzeichnen aber als Budgetdefizit und als Budgetüberschuß einen realiter unausgeglichenen Haushalt. Es fehlt ihnen die wesensmäßige Ausgleichsfunktion, weil ihr Schicksal als Einnahme mit dem Kasseneingang noch nicht beendet ist. Negativ formuliert ist ein Budget mithin der Sache

nach dann ausgeglichen, wenn den Ausgaben des Staates keine Kredite oder den Einnahmen des Staates keine Ersparnisse gegenüberstehen. Positiv ausgedrückt: Wenn die tatsächlichen Ausgaben des Staates innerhalb einer Budgetperiode genau so groß sind wie die Summe der tatsächlich eingegangenen Steuern, Gebühren, Beiträge und erwerbswirtschaftlichen Einnahmen, dann sprechen wir von einem ausgeglichenen Budget. Wir gehen also vom Ausgleich des sogenannten „Kassenhaushalts“ aus, der sich — gleich, wie der Voranschlag auch immer ausgesehen haben mag — durch ein Gleichgewicht am Ende der Periode auszeichnet.

Von den vier Einnahmearten sind die Einnahmen aus Erwerbswirtschaften für uns uninteressant, soweit sie unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet werden und eine Gewinnerzielung beabsichtigt ist. Sie unterscheiden sich dann bis auf die für uns unwichtigen Eigentumsverhältnisse in nichts von den privaten Unternehmungen. Wird aber kein Gewinn erzielt, so haben wir einen Subventionsfall vor uns, der unter diesem Stichwort auch behandelt werden soll. Gebühren und Beiträge sind rein zahlenmäßig unbedeutend. Darüber hinaus sind sie als spezielle Entgelte von denen zu entrichten, die eine bestimmte Leistung des Staates in Anspruch nehmen. Für eine Arbeit, die in erster Linie der Einkommensumverteilung durch die öffentliche Hand nachgehen will, sind sie nur deshalb belangvoll, weil sie die Kosten der Verwaltung nicht decken und durch Steuern ergänzt werden müssen.

Es bleiben somit die Steuern als die für den Ausgleich des Haushalts wichtigste Einnahmeart. So soll im folgenden von einem ausgeglichenen Budget in dem Sinne gesprochen werden, daß in einem bestimmten Zeitraum ein Gleichgewicht zwischen den Ausgaben des Staates und den von ihm erhobenen Steuern besteht. Es ist dies lediglich eine arbeitstechnische Vereinfachung. Die ausgeklammerten Budgetelemente lassen sich an jeder Stelle der folgenden Analyse mühelos einfügen.

Schränken wir so auf der einen Seite ein, so ist zu erwägen, ob nicht das Untersuchungsgebiet an anderer Stelle ausgeweitet werden sollte. In einem Budget ist nämlich nicht alles enthalten, was auf Grund staatlicher Machtbefugnisse an Abgaben auf der einen Seite erhoben und auf der anderen an bestimmte Personengruppen dotiert wird. Hier wäre vornehmlich an die zahlreichen Sondervermögen zu denken, die den gesamten Komplex der Sozialleistungen abwickeln. Es handelt sich hier ganz gewiß um Beträge, die für die Umverteilung von Einkommensteilen von großer Wichtigkeit sind. Sie erscheinen nicht im Budget des Staates, sind der Form nach keine Steuern und Staatsausgaben, gleichwohl aber hoheitliche Zwangsabgaben ohne spe-

zielles Entgelt und in ihrer Redistributionswirkung Steuern und Staatsausgaben gleichzusetzen. Auch rein formal bestehen enge Verbindungen: Das Budget dieser Sozialleistungen existiert nicht allein aus eigenen Einnahmen, es ist vielmehr auf Zuschüsse aus dem öffentlichen Haushalt angewiesen. So läge der Gedanke nahe, beide Rechnungen zu vereinen und sie analytisch als ein Ganzes zu behandeln.

Damit würde aber auch die Ausgleichsfiktion unseres Themas wegfallen. Die Sondervermögen der Sozialleistungen kennen nämlich den Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben innerhalb einer Haushaltsperiode nicht. Ihre Ausgaben sind zweckgebunden und damit wie ihre Einnahmen zahlenmäßig fest umgrenzt. Das bedeutet, daß nur ein langfristiger Ausgleich angestrebt werden kann. Es entstehen die Probleme der Anlagepolitik, und es ergeben sich die Nebenfunktionen einer Kapitalsammelstelle.

Diese Fragen können hier nicht mitbehandelt werden. Wir beschränken uns deshalb auf den öffentlichen Haushalt der Gebietskörperschaften, müssen aber bei der Erörterung der Einkommensredistribution beachten, daß ein wesentlicher Teil der Umverteilungsvorgänge gar nicht zur Debatte steht. Es wird also von denjenigen staatlichen Ausgaben zu sprechen sein, die mit Hilfe von Steuern finanziert werden.

I. Dogmengeschichtliches zum ausgeglichenen Haushalt.

Eine recht weit verbreitete Ansicht besagt, ein ausgeglichener Haushalt sei in bezug auf Volkseinkommen und Beschäftigung neutral. Die Argumentation dieser These ist ebenso prägnant wie einleuchtend: Wenn ein Budget ausgeglichen ist, so bedeutet das ökonomisch, daß der Staat einen Teil des von der Volkswirtschaft erstellten Produktionsergebnisses in Anspruch nimmt, und zwar mit Mitteln, die er der Volkswirtschaft entzogen hat. Als Folge dieses Mittelentzugs muß die private Nachfrage nach dem Produktionsergebnis um denselben Betrag fallen, um den die Nachfrage des Staates gestiegen ist. Die volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen bleiben dabei unverändert. Das Produktionsvolumen, die Höhe des Volkseinkommens sowie der Umfang der Beschäftigung verharren auf ihrem alten Stand. Wir haben damit den einfachen Fall einer Nachfrageverschiebung bei Vollbeschäftigung vor uns, wobei sich die Umverteilung der Produktionsfaktoren reibungslos vollzieht. Diese Darstellung geht auf Ricardo zurück.¹⁾ Ihr Ergebnis kann analog zu einer späteren These als das Ricardo-Theorem bezeichnet werden.

Nun dürfen wir aber schon Ricardo nicht so interpretieren, als ob der Staat sich mit seinem Haushalt im Wirtschaftsablauf überhaupt nicht bemerkbar mache. Als Indiz dafür kann die Ricardianische Lehre von der Steuerüberwälzung herangezogen werden. Unabhängig davon, daß diese Lehre in vielen Punkten revidiert werden mußte, gilt die Tatsache, daß die Erhebung von Steuern bestimmte Überwälzungsvorgänge im Gefolge hat und zu einer Änderung der sozialwirtschaftlichen Beziehungen führt. Die Wirkungen der Steuerüberwälzung sind aber ein Teil der Budgetwirkungen. Sie beschränken sich jedoch auf den mikroökonomischen Bereich, makroökonomisch ändert sich hinsichtlich der erwähnten Gesamtgrößen nichts. Unter diesem Vorbehalt müssen wir also die These vom neutralen Haushalt verstehen.

Viel mehr ist an theoretischen Ausführungen nicht überliefert. Aber trotzdem hat der ausgeglichene Haushalt seit der Zeit der englischen Klassiker

¹⁾ Vgl. dazu Kenneth E. Boulding: *Economic Analysis*, 3. Auflage, New York 1955, S. 477. Boulding versäumt es, die fragliche Stelle bei Ricardo anzugeben.

eine eminent wichtige Rolle gespielt: Er ist zum Kennzeichen dessen geworden, was man heute stellenweise als traditionalistische Finanzpolitik bezeichnet. Er war das erklärte Ziel unzähliger Finanzminister, wurde zum Gegenstand vieler Budgetreden und Regierungserklärungen und fand als Forderung bei uns sogar verfassungsrechtlich im Bonner Grundgesetz seine Verankerung. Wenn es einen „Mythos vom ausgeglichenen Haushalt“ gibt, dann muß seine Entstehung in die Zeit zurückreichen, von der hier die Rede ist. Um dieses erstaunlichen Phänomens willen seien die folgenden geschichtlichen Ausführungen unserem eigentlichen Thema vorangeschickt.

Die Begründung für ihre Forderung nach einem ausgeglichenen Haushalt beziehen die Klassiker nicht aus einer geschlossenen Budgettheorie — die gab es ja nicht. Sie beziehen sie von einer anderen Seite her: von den Gefahren und Nachteilen eines unausgeglichenen Haushalts, d. h. vom staatlichen Kredit her. Wie dabei die Argumente wechselten, auf Grund der veränderten Wirtschaftsstruktur wechseln mußten, davon sei im folgenden kurz die Rede. Eine Dogmengeschichte des öffentlichen Kredits ist damit nicht beabsichtigt. Vielmehr soll gezeigt werden, wie es zu der bedeutungsvollen Forderung nach dem Ausgleich des Budgets ohne Budgettheorie kam. Darüber hinaus kann die Inventur unseres geistigen Besitzes in der Frage des ausgeglichenen Haushalts gerade in einer Zeit nur nützlich sein, in der die Lehre des Deficit spending die Finanztheorie beherrscht und der Ausgleich des Budgets ein unmodernes fiskalisches Ziel zu sein scheint. Es wird sich vielleicht erweisen, daß einiges von den vorkeynesischen Gedanken zu Unrecht vergessen worden ist.

Es mag noch darauf hingewiesen werden, daß unser Objekt leider nicht mit der notwendigen Klarheit der Begriffe und Konzeptionen behandelt worden ist. Überlegungen über ausgeglichene Haushalte sind mit solchen über die Staatsschuld vermennt, diese wieder mit Fragen der Schuldenhöhe und des Schuldenwachstums und der jährlichen Zinsleistungen, und sie alle korrespondieren eng mit der ordnungspolitischen Frage, welche Rolle der Staat in der Privatwirtschaft spielen solle.

Weil die privaten Einzelwirtschaften bei den Klassikern über die Marktbeziehungen zu einem harmonischen Ganzen zusammengefaßt wurden und einer führenden Wirtschaft nicht bedurften, wurde der Staat als Fremdkörper und notwendiges Übel angesehen. Dieses dem Ordnungsgefüge der Privatwirtschaft inadäquate Gebilde „Staat“ verzerrte durch Einnahmen und Ausgaben die sozialwirtschaftlichen Beziehungen und störte sie. Deshalb haben sich die staatlichen Institutionen auf das notwendigste zu beschränken

und neutral zu sein, wie Say es in seinen zwei Postulaten der Neutralität und der Minimität forderte²⁾).

Von diesen Ordnungsgedanken her sind die nun folgenden Ansichten über ausgeglichene Haushalte bestimmt, wobei der Ordnungsgedanke mit Polemiken gegen den Merkantilismus reich durchsetzt ist. Das gilt besonders für Adam Smith. Seine Opposition gegen unausgeglichene Haushalte kann folgendermaßen kurz umrissen werden³⁾: Der Staat wirtschaftet verschwenderisch, seine Ausgaben dienen zum größten Teil dem schwelgerischen Leben seines Adels. Der Industrie und dem Handel wird dabei das für den Fortschritt der Produktion erforderliche Kapital entzogen. Die Zusammensetzung des Nationalprodukts verschiebt sich zugunsten der Konsumgüter. Mit anderen Worten: Unausgeglichene Budgets bergen Gefahren für die Real kapitalbildung in sich und wirken damit der Reichtumsschaffung abträglich.

Der Staat war nicht nur verschwenderisch. In seiner antimerkantilistischen Sicht sah Smith in ihm auch das Bollwerk von Monopol- und Handels garantien und anderen Vorrechten, für die in seiner ordnungspolitischen Konzeption kein Raum war. Als Hüter dieser Rechte mußte der Staat im Hinblick auf die Reichtums- und Einkommensbildung eine denkbar unwirksame Organisation sein. Seine wirtschaftspolitische Aktivität war unerwünscht, eine Budgetpolitik als bewußte Einflußnahme auf das volkswirtschaftliche Geschehen mit Hilfe einnahme- und ausgabepolitischer Mittel fehlte, desgleichen auch die integrale Schau von Steuern, Krediten und Ausgaben im Staatshaushalt.

Diesem seinem Haupteinwand gegen unausgeglichene Haushalte fügte Smith eine Reihe weiterer Argumente hinzu:

1. Die These, eine im Inland umlaufende Schuld bedeute durch die jährlichen Zinszahlungen vom Anleihenehmer zum -geber keinen Verlust, „das Geld bliebe im Lande“, hält er für einen Trugschluß des Merkantilismus⁴⁾. Smith bestreitet, daß der Staat als Kreditnehmer ein guter Geschäftsmann ist, und nimmt an, daß die infolge der Zinslast erhöhte Steuer das Kapital aus dem Lande treibt. Am Ende dieser Entwicklung sieht er den Niedergang von Handel und Manufaktur.

²⁾ Vgl. hierzu Anton Tautscher: Alte und neue Finanzwissenschaft, in: Finanzarchiv, N. F. 13. Bd. 1952, S. 41.

³⁾ Vgl. hierzu und im folgenden: Jesse Burkhead: The Balanced Budget, in: Quarterly Journal of Economics, 68. Bd. 1954, S. 193. Burkhead zitiert dort Adam Smith: The Wealth of Nations, Cannan edition, London 1930, S. 409—411.

⁴⁾ Nach Jesse Burkhead, a. a. O., S. 194: Adam Smith, a. a. O., S. 412.

2. Die ständig fortgesetzte Kreditnahme befreit den Fürsten von der steuerlichen Abhängigkeit von seinen Untertanen und steigert die Versuchung, nutzlose Kriege zu wagen. Die Kreditfinanzierung führt, so fürchtet Smith, zu verantwortungslosen Handlungen.
3. Es fehlt natürlich nicht der Hinweis, daß ein unausgeglichener Haushalt von einem bestimmten Punkt an zum nationalen Bankrott führt.

Diese Befürchtungen kamen nicht von ungefähr. Im Verlauf des 18. Jahrhunderts hatte die englische Staatsschuld sehr stark zugenommen. Noch bedrückender war die Entwicklung in Frankreich. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß auch Jean Baptiste Say zu diesem Thema Stellung nimmt und im wesentlichen zu demselben Ergebnis wie Smith kommt ⁵⁾. Allerdings macht er schon den Vorbehalt, daß eine staatliche Schuld von gewissem Nutzen sein kann, wenn sie eine bestimmte Höhe nicht überschreitet, für sinnvolle öffentliche Ausgaben verwendet wird und außerdem private Ersparnisse, die sonst nutzlos zerstreut worden wären, wirkungsvoll zusammenfaßt ⁶⁾.

„Eine der schrecklichsten Geißeln der Nation“ hat David Ricardo die Schulden des Staates genannt — ein angesichts der immer prekärer werdenden englischen Finanzlage recht verständlicher Ausspruch ⁷⁾. Aber die Welt begann sich zu ändern. Die Industrialisierung schritt fort, und die leichtfertige Kreditnahme verantwortungsloser Fürsten war schon keine akute Bedrohung des Wirtschaftslebens mehr. So mußte Ricardo die Argumente von Adam Smith modifizieren. Dabei blieb im wesentlichen der Gesichtspunkt der Kapitalvernichtung erhalten. Von ihm aus klärte Ricardo die Frage des unausgeglichene Budgets und die damit verbundenen Probleme der Zinszahlungen, der mit ihnen im Zusammenhang stehenden Steuern und ihrer Überwälzungswirkungen sowie den Komplex der Schuldentilgung. Wir wollen diesen Dingen hier im einzelnen nicht nachgehen.

Unter ganz anderen Gesichtspunkten äußerte sich Robert Malthus zu unserer Frage. Ihm erschien eine nationale Schuld nicht als ein verderbliches Übel, sondern als recht vorteilhaft, setzte sie doch bestimmte Einkommensbezieher, nämlich die Empfänger der staatlichen Zinszahlungen, instand,

⁵⁾ Nach Jesse Burkhead, a. a. O., S. 194: Jean Baptist Say: *A Treatise on Political Economy*, translated from the 4th edition by C. R. Prinsep, Philadelphia 1853, S. 428.

⁶⁾ Nach Jesse Burkhead, a. a. O., S. 195: Jean Baptiste Say, a. a. O., S. 481.

⁷⁾ Nach Jesse Burkhead, a. a. O., S. 196: David Ricardo: *Funding System, The works and correspondence of David Ricardo*, Band IV, ed. Piero Sraffa und M. H. Dobb, Cambridge 1951, S. 197.

einen bestimmten Konsum zu entfalten. Dieser Konsum schafft Beschäftigung, und ohne ihn sind selbst die besten Produktionsmittel nutzlos. Es ist nach Malthus also gar nicht so sicher, ob der rasche Abbau einer Staatsschuld tatsächlich den Wohlstand eines Volkes mehrt. Wenn Malthus seine zustimmende Stellungnahme zum unausgeglichene Budget später etwas einschränkt, so deshalb, weil er den Zins für unsicher hält und Geldwertschwankungen befürchtet⁸⁾.

Auch John Stuart Mill steht dem öffentlichen Kredit bejahend gegenüber: „Government loans are not charged with pernicious consequences“⁹⁾. Allerdings hält Mill Kapitalfehlleitungen für möglich. So sind Zinssteigerungen ein Zeichen für solche Fehlleitungen; Kapital wird unproduktiv beschäftigt. Anleihen mit solchen Zinssteigerungen im Gefolge sind gefährlich, weil sie Kapital zerstören, das anderenfalls produktiven Zwecken hätte dienen können. „It is expedient to pay it off as rapidly as possible“¹⁰⁾.

In der Folgezeit verstummt der Streit um Staatsschulden und ausgeglichene Budgets. Die Lehre von der Wirtschaft des Staates wandelt sich. Sie entwickelt sich von der public finance zur science of finance. Es stehen nun historische Erörterungen im Vordergrund. Dem Vergangenen aber steht man leidenschaftslos gegenüber; die Probleme brennen nicht mehr. Daß die Kreditnahme die zukünftige Ausgabefähigkeit beschränkt, dennoch aber unter gewissen Bedingungen nötig sein kann, ist der einzige uns interessierende Hinweis.

Die Anwendung des Marginalprinzips in der Finanzwissenschaft führte in der Frage des ausgeglichenen Haushalts zu folgender Feststellung: Jede Steigerung der staatlichen Ausgaben bringt einen zusätzlichen Nutzen mit sich, jede Steuererhöhung einen zusätzlichen Nachteil. Unter der Annahme, daß bei der Kreditnahme des Staates kein disutility entsteht, sind utilities und disutilities ausgeglichen, wenn auch das Budget ausgeglichen ist¹¹⁾. Offensichtlich soll dieser Punkt so interpretiert werden, daß die Produktionsmittel zwischen dem Staat und der privaten Wirtschaft optimal verteilt sind und ein Gleichgewicht zwischen beiden Sektoren besteht. Eine Erkenntnis, die über das Ricardo-Theorem hinausginge, ist damit nicht gewonnen. Vielmehr

⁸⁾ Nach Jesse Burkhead, a. a. O., S. 197: Thomas R. Malthus: Principles of Political Economy, 2. Auflage, London 1836, S. 409—412.

⁹⁾ Nach Jesse Burkhead, a. a. O., S. 199: John Stuart Mill: Principles of Political Economy, Ashley edition, London 1929, S. 874.

¹⁰⁾ Nach Jesse Burkhead, a. a. O., S. 200: John Stuart Mill, a. a. O., S. 476.

¹¹⁾ Jesse Burkhead, a. a. O., S. 203 zitiert hier unvollständig: Hugh Dalton: Principles of Public Finance, S. 18 f.

ist die Gleichgewichtsthese — wie wir noch sehen werden — objektiv falsch, wenn wir jedes beliebige ausgeglichene Budget zugrunde legen. Sie stimmt für ein ausgeglichenes Budget von ganz bestimmter Größe. Um welche Größe es sich handelt, wird aber nicht angegeben. Die Forderung, das Budget müsse ausgeglichen sein, weil dann die Produktionsmittel auf die beiden Sektoren Staat und private Wirtschaft optimal verteilt seien, erscheint mithin sehr schwach begründet.

Die Lehre hat also bis Keynes das Budget lediglich vom Standpunkt der Kontrolle und der Ordnung der staatlichen Finanzlage gesehen. Ihre Erkenntnisse gipfelten in der politischen Forderung nach einem ausgeglichenen Haushalt. Fassen wir hier die wichtigsten Argumente noch einmal zusammen:

1. Unausgeglichene Budgets können Kapital vernichten.
2. Defizitdeckung ist schmerzloser als Steuerdeckung, die Versuchung zu vermehrten Ausgaben daher mit unausgebalancierten Budgets auch größer.
3. Staatskredite schränken die zukünftigen Finanzierungsmöglichkeiten ein.
4. Staatskredite sind teuer.
5. Unausgeglichene Budgets tendieren dahin, die Finanzlage zu verschlimmern.
6. Ausgeglichene Budgets sorgen für eine ausgewogene Aufteilung der Produktionskräfte auf den öffentlichen und den privaten Wirtschaftssektor.

So wurde ohne Kenntnis der Budgetwirkungen der Ausgleich des Haushalts Dogma. Im Grunde genommen ist er es in der finanzwirtschaftlichen Praxis bis auf den schwedischen Fall bis heute geblieben: Budgetdefizite werden durchweg als Schönheitsfehler empfunden. Der Budgetausgleich zählt somit zu den ganz wenigen wirtschaftspolitischen Grundsätzen, die unverfehrt aus der Zeit der Klassik erhalten geblieben sind. Wohl ist dieses Dogma in der Zwischenzeit im Gefolge neuer Wirtschaftslehren grundsätzlich in Frage gestellt worden. Dieser Angriff setzt nun aber nicht bei den überkommenen Argumenten der Kontrolle und der finanziellen Ordnung an, auf sie wird gar nicht eingegangen. Vielmehr ändert sich mit dem Verlust der klassischen Gleichgewichtsvorstellung die Blickrichtung: Der neuen Lehre kommt es auf die effektive Nachfrage und im Zusammenhang damit auf die Ausgaben des Staates an, die Überlegungen führen direkt zum unausgebalancierten Budget, zum Defizit. Seine Wirkungen werden mit Hilfe der Multiplikatoranalyse als über das Volkseinkommen und die Beschäftigung laufende Expansionsprozesse erkannt. Anknüpfend an das System von Keynes arbeitet

Hansen den Begriff, das Wesen und die Rolle des fiscal policy heraus. Er stellt die public finance mitten hinein in den Hauptstrom gesamtwirtschaftlichen Geschehens und macht sie zu einer seiner wichtigsten Dominanten. Dabei interessiert nicht mehr das ausgeglichene Budget um die Ordnung der staatlichen Finanzlage willen, es interessiert das Defizitbudget um seiner Einkommenswirkungen willen. Lerner geht diesen Weg noch weiter; er führt die fiscal policy zur functional finance. Für sie gibt es nur noch ein Maß: die Höhe der Gesamtausgaben der Wirtschaft.

In dieser Situation blieben zwei Aufgaben zu tun:

1. Die Kluft zwischen der klassischen und der modernen Budgetlehre war zu überbrücken, d. h. die beiden isoliert nebeneinander stehenden Gesichtspunkte der Budgetkontrolle und der Defizitwirkung mußten einem umfassenderen Thema untergeordnet werden. Dies geschah in einem Aufsatz von Rudolf Stucken und Walter Sies¹²⁾
2. Man hatte das ausgeglichene Budget um seiner finanziellen Ordnung und das Defizit um seiner konjunkturpolitischen Wirkung willen betrachtet. Das ausgeglichene Budget um seiner Wirkung willen zu untersuchen, war bislang versäumt worden. Theoretisch wurde diese Untersuchung um so notwendiger, als die Lehre von den Budgetelementen, den Steuern und den Defizitausgaben in erster Linie, zwar einerseits immer weiter fortgeschritten war, andererseits aber die Aussagen über diese Elemente in der Luft hängen mußten, weil sie nicht in ihrem Zusammenhang gesehen wurden. So schreibt Stucken, „... daß wir ... eine Erhöhung oder Erniedrigung der Lasten nicht ohne weiteres als konjunkturverschlechternd oder -verbessernd anzusprechen vermögen. Die unbedingten eindeutigen Antworten, die gelegentlich zu hören sind, beruhen offensichtlich darauf, daß die betreffenden Autoren in Steuern u. dgl. entweder nur einen Kostenbestandteil sehen, oder daß sie nur die andere Seite betrachten, nämlich daß die durch Steuern gewonnenen Beträge den Staat selbst kaufkräftig werden lassen oder ihn in die Lage versetzen, durch Hingabe dieser Beträge andere kaufkräftig zu machen. Es ist aber sicherlich notwendig, beide Seiten ins Auge zu fassen ...“¹³⁾

¹²⁾ Rudolf Stucken und Walter Sies: Finanzwissenschaftliche Deckungsgrundsätze und konjunkturpolitische Postulate, in: Finanzarchiv, N. F. Band 12, 1951, S. 616—631.

¹³⁾ Rudolf Stucken: Die Konjunkturen im Wirtschaftsleben, Jena 1932, S. 69 f.

Die Diskussion über die Wirkungen eines ausgeglichenen Haushalts hat aber auch eine sehr praktische Bedeutung. Es ist schon die Rede davon gewesen, daß trotz überreichen Angebots moderner Defizitlehren die traditionelle Budgetkonzeption durchweg das Bild beherrscht. Mag sein, daß ein Deficit spending großen Stils in den Nachkriegsjahren aus konjunkturellen Gründen nicht erforderlich war; mag sein, daß sich die Finanzpraxis aus rein psychologischen Gründen gegen eine solche Maßnahme sträubt, gleichwohl wird die alte Forderung nach dem Budgetausgleich weitgehend aufrechterhalten. Und doch hat sich das Bild seit den Klassikern radikal geändert, der heutige Budgetausgleich hat eine ganz andere Qualität. Der Staat verlangt nun von der privaten Wirtschaft einen ganz anderen Tribut als zu Zeiten des Freihandels. Von einer Haushaltsperiode zur anderen wachsen dem Budget neue Milliarden zu, und nach jedem Voranschlag wiederholen sich die meist vagen Vermutungen über inflationistische Wirkungen dieser Expansion der öffentlichen Wirtschaft. Bei den derzeitigen Größenordnungen dürfen wir uns aber nicht mit solchen vagen Vermutungen zufriedenen geben. Das Ricardo-Theorem hilft uns allerdings auch nicht weiter.

Es war deshalb schon etwas mehr als nur akademisches Interesse im Spiel, als im Jahre 1945 zwei Artikel von Trygve Haavelmo und Henry C. Wallich¹⁴⁾ erschienen und den Anstoß zu einer geschlossenen Budgettheorie gaben, wie sie im folgenden dargestellt werden soll.

¹⁴⁾ Trygve Haavelmo: Multiplier Effects of a Balanced Budget, in: *Econometrica*, Band 13, 1945, S. 311—318. Henry C. Wallich: Income-Generating Effects of a Balanced Budget, in: *Quarterly Journal of Economics*, Band 59, 1945, S. 78 ff.

II. Die Auswirkungen eines ausgeglichenen Haushalts auf die volkswirtschaftliche Konsumquote.

Theoretische Analyse der drei Modellfälle.

A. Das nicht-progressive Budget.

a) *Der Begriff.*

In den nachfolgenden Untersuchungen soll zunächst vom nicht-progressiven Budget ausgegangen werden. Dieser Terminus bedarf einer Erläuterung. Von Progression wird stets dann gesprochen, wenn eine ständig stärker werdende Steigerung bezeichnet werden soll. In diesem Sinne ist uns der Begriff in der Finanzwissenschaft und in der Wirtschaftstheorie wohlvertraut, auch zur Erörterung der Budgetwirkungen erweist er sich als sehr nützlich. Unseres Wissens wurde er von Henry C. Wallich eingeführt ¹⁾.

Ist der Staatshaushalt ausgeglichen, so heißt das, daß alle Ausgaben aus Steuern finanziert werden. Die Summe beider Beträge ist einander gleich. Verfolgen wir nun den uns interessierenden Teil des Einkommensstromes, so erhalten wir dieses Bild: Die Steuerzahler zahlen Steuern in Höhe des Budgets. Der Staat vereinnahmt diesen Betrag und gibt ihn vollständig wieder aus. Über die Empfänger der staatlichen Ausgaben wird der Anschluß an den Hauptstrom des Volkseinkommens wiedergefunden. Wir haben also eine Budgetkette, die aus drei Gliedern gebildet wird: den Steuerzahlern, dem Staat und den Ausgabenempfängern. Maßgebend für die Progression eines Budgets sind nun die Spar- und Konsumgewohnheiten der beiden Gruppen Steuerzahler und Ausgabenempfänger. Pflegen die Steuerzahler wenig zu verbrauchen und viel zu sparen, die Ausgabenempfänger dagegen viel zu verbrauchen und wenig zu sparen, so wird das Budget als progressiv bezeichnet. Analog dazu wäre das Budget regressiv, wenn die Konsumneigung der Steuerzahler groß, die der Ausgabenempfänger jedoch gering wäre. Der dritte Fall endlich ist dann gegeben, wenn die Spar- und Konsumneigungen beider Gruppen gleich sind. Hierbei wollen wir von einem nicht-progressiven Budget sprechen. Mit anderen Worten: Durch die Steuer-

¹⁾ Henry C. Wallich, a. a. O., S. 78 f.

erhebung und die Wiederausgabe dieser erhobenen Beträge kommt es zu einer bestimmten Neuverteilung der Einkommen zwischen Personengruppen mit bestimmten Konsumgewohnheiten. Die hierbei auftretenden Änderungen im Einkommensstrom werden gewöhnlich als Redistributionswirkungen bezeichnet. Das Budget selbst fungiert dabei lediglich als Katalysator, gleichsam als ein Element, ohne dessen Vorhandensein es zwar zu keiner Umverteilung käme, das aber andererseits für diese Umverteilung nicht ursächlich wirkt. Ursächlich ist das Verhalten der Steuerzahler und der Ausgabenempfänger. Wenn eine dieser beiden Gruppen mehr konsumiert oder mehr spart als bisher, so ändert sich die Progression des Budgets. Natürlich kann die Finanzpolitik sich die unterschiedlichen Verhaltensweisen des Publikums zunutze machen, besonders da sie sich meistens durch eine gewisse Stabilität auszeichnen. Aber für eine solche Politik bleibt doch die Art der Einkommensverwendung einer Personengruppe stets ein festes Datum, für den Prozeß das kausale Moment. Deshalb ist es streng genommen nicht ganz korrekt, von einem progressiven Budget zu sprechen, denn diese ihm zugeschriebene Eigenschaft entwickelt es ja nicht aus sich selbst heraus, sondern entnimmt sie dem Gefälle der Konsumgewohnheiten in unserer Budgetkette. Doch der Ausdruck ist kurz und prägnant und soll deshalb beibehalten werden. Von einem nicht-progressiven Budget ist demnach im folgenden in dem Sinne die Rede, daß dieses Budget keine Redistributionswirkung im Gefolge hat. Auf die Art der Steuer kommt es dabei zunächst nicht an. Diese Steuer kann progressiv, proportional oder auch regressiv sein, das entsprechende Budget braucht deshalb noch nicht ebenfalls die gleiche Eigenschaft zu besitzen.

Für einen nicht-progressiven Haushalt bietet sich nun zunächst der einfachere Terminus „neutral“ als der geeigneteren wie von selbst an. Es entsteht aber damit eine heillose Verwirrung, und so soll der Neutralitätsbegriff einem anderen Sinninhalt vorbehalten bleiben. Wir werden finden, daß ein nicht-progressives Budget in diesem anderen Sinne gar nicht neutral zu sein braucht.

Wenn der Staatshaushalt keine Redistributionswirkungen auslöst, wenn also die Konsumneigung der Steuerzahler genau so groß ist wie die der Ausgabenempfänger, so haben wir einen Fall vor uns, der in dieser Reinheit sicher nirgends in der Wirklichkeit vorkommt. Unser nicht-progressives Budget scheint mithin mehr eine theoretische Spielerei zu sein. Und doch ist es nicht so: Wir erhalten mit diesem irrealen Budget als Ausgangspunkt alle direkten Wirkungen in reiner Form und unvermengt von jenen indirekten Wirkungen, die von einer Neuverteilung der Einkommen aus-

gehen und sich, als Multiplikatorprozeß weiter fortpflanzend, im dichten Geäst einzelwirtschaftlicher Beziehungen verlieren. Von diesen indirekten Wirkungen wird also zunächst noch abgesehen, und es bleibt dem Abschnitt über das progressive Budget vorbehalten, sie in die Untersuchung miteinzubeziehen.

Unser Vorgehen ist damit der dogmengeschichtlichen Entwicklung genau entgegengesetzt. Während man nämlich von den indirekten Wirkungen eines ausgeglichenen Budgets schon längere Zeit hindurch eine allerdings nicht sehr klare Vorstellung hatte, gelang erst kürzlich der Nachweis der direkten Wirkungen ²⁾).

b) Der expansive Prozeß im einfachsten Modell.

1. Voraussetzungen und Methode.

Unser Vorgehen entspricht der in der Wirtschaftstheorie allseits gebräuchlichen Abstraktionsmethode. Wir beginnen mit den einfachsten Modellen mit einer Fülle von Voraussetzungen und arbeiten uns dadurch immer näher an die Wirklichkeit heran, daß wir unsere anfänglichen Annahmen der Reihe nach fallen lassen. Danach bestimmt sich gleichzeitig die Gliederung des dargebotenen Stoffes. In der Reihenfolge ihrer Auflösung sind die folgenden Voraussetzungen zu nennen:

1. Die Konsumfunktion — die Beziehung zwischen dem Einkommen und dem Konsum — soll im einfachsten Modell linear sein. Einkommen und Verbrauch sollen sich also proportional miteinander bewegen. Es handelt sich hier um eine Hilfskonstruktion zur Vereinfachung der allerersten Überlegungen. Wir können sie schon unter Punkt 8 dieses Abschnittes aufgeben.
2. Die Steuer, mit der wir es hier zu tun haben, sei proportional. Im Punkt 9 dieses Abschnittes wird dann schon von einer progressiven Steuer zu sprechen sein.
3. Wir abstrahieren im einfachsten Modell auch vom Zeitbedarf der Anpassung an die Datenänderungen. Gleichzeitig bleiben vorerst die

²⁾ Henry C. Wallich und Trygve Haavelmo sind hier schon genannt worden. Wesentlich knappere Feststellungen finden sich schon früher bei Paul A. Samuelson: *Full Employment After the War*, in: *Postwar Economic Problems*, Hrsg. S. E. Harris, New York 1943, S. 44, ferner bei Alvin H. Hansen und Harvey H. Perloff: *State and Local Finance in the National Economy*, New York 1944, S. 244 bis 246 und endlich bei N. Kaldor: *The Quantitative Aspects of the Full Employment Problem in Britain*, in: William H. Beveridge: *Full Employment in a Free Society*, New York 1945, S. 346—347.

spezifisch monetären Probleme unberücksichtigt. Beide Fragen kommen dann im Abschnitt c) zur Sprache.

4. Es wird davon ausgegangen, daß zu Beginn unseres Prozesses eine gewisse Unterbeschäftigung herrscht. Diese Voraussetzung fällt im Abschnitt d) über die Inflationswirkungen einer Budgetverlängerung.
5. Da vorerst nur die Auswirkungen auf die Konsumquote untersucht werden, soll die Investition konstant sein. Im Abschnitt e) wird allerdings schon von dieser Konstanz abgegangen und gefragt, wie sich das bisherige Ergebnis bei einem bestimmten Verhalten der Investitionsquote ändert. Die umfassende Erörterung bleibt jedoch dem Teil III vorbehalten.
6. Die Ausgaben, die der Staat tätigt, sollen ausnahmslos produktive Beiträge zum Volkseinkommen sein und ein gleiches Volumen an Gütern und Dienstleistungen schaffen. Die Korrekturen hierzu erfolgen dann unter dem Abschnitt f).
7. Das Budget soll zunächst — wir sprachen schon davon — nicht-progressiv sein und keine Einkommensumverteilung bewirken. Abschnitt B behandelt dann das progressive Budget und seine Redistributionswirkungen.
8. Der Haushalt ist zu Beginn des Prozesses ausgeglichen. Die Fragen eines anfänglichen Defizits sind unter zwei Gesichtspunkten zu behandeln. Das soll in den Abschnitten A c) und C geschehen.
9. Wir haben es zunächst nur mit einer einzigen Steuer zu tun. Im Abschnitt über die Redistributionswirkungen tritt dann das ganze Steuersystem an ihre Stelle.
10. Das Finanzsystem unseres einfachen Modells ist einstufig. Den unseren Verhältnissen entsprechenden dreistufigen Aufbau werden wir ebenfalls bei der Behandlung der Redistributionswirkungen einfügen.
11. Das Volkseinkommen soll sich in Ruhelage befinden. Alle Veränderungen des Konsums, der Investition und der Außenhandelsgrößen, die nicht auf unsere Budgetveränderung zurückgehen, für uns mithin autonom sind, werden weggedacht. Ihnen ist der letzte Abschnitt IV gewidmet.

2. Die Darstellung des expansiven Prozesses.

Unter diesen Voraussetzungen soll nun der Staat sein Budget um ein bestimmtes Maß — sagen wir um 1 Milliarde DM — vergrößern, also 1 Milliarde zusätzlich an Steuern erheben und den gleichen Betrag an zu-

sätzlichen Ausgaben tätigen. Was geschieht? Die Budgetkette besteht jetzt aus diesen drei Gliedern:

1. aus den bereits Beschäftigten, die die um 1 Milliarde DM erhöhte proportionale Einkommensteuer tragen,
2. aus dem um 1 Milliarde vergrößerten Budget und
3. aus den Neubeschäftigten, die früher arbeitslos waren und denen nun die Ausgaben des Staates in Höhe von 1 Milliarde DM zufließen.

Da ein nicht-progressives Budget vorausgesetzt ist, ist der Grenzhang zum Verbrauch der beiden Gruppen der bereits Beschäftigten und der Neubeschäftigten gleich. Diese Gleichheit ergibt sich auch schon auf der Annahme, daß die Verbrauchsfunktion linear ist. Das psychologische Gesetz von Keynes, wonach der Konsum mit dem Einkommen nicht im gleichen Maße steigt, ist damit für einen Augenblick suspendiert. Das alles bedeutet aber nun nichts anderes, als daß die private Konsumnachfrage insgesamt nach der Budgetvergrößerung dieselbe geblieben ist. Zwar ist der ersten Gruppe Kaufkraft in Höhe von 1 Milliarde durch Steuererhebung entzogen worden, doch ist sie der zweiten Gruppe durch Staatsausgaben in der gleichen Höhe wieder zurückgegeben worden.

Das Ganze stellt also nichts weiter als eine Kaufkraftumleitung dar. Mithin werden die Steuerzahler nun weniger verbrauchen, die Neubeschäftigten einen neuen Verbrauch erst entfalten³⁾. Abnahme und Zunahme der Konsumnachfrage sind infolge des gleichen Grenzhangs zum Verbrauch einander genau gleich, sie kompensieren sich. Die private Gesamtnachfrage nach Konsumgütern als die erste Determinante des Volkseinkommens ist demnach unverändert. Die zweite Einkommensdeterminante, die private Nachfrage nach Investitionsgütern, ist laut Annahme ebenfalls unverändert. In der Zwischenzeit ist aber eine dritte Bestimmungsgröße, die Nachfrage des Staates nach Konsumgütern⁴⁾, entstanden. Die öffentliche Hand ist mit einer Kaufkraft von 1 Milliarde auf dem Markt erschienen. Das Volkseinkommen ist damit um den Betrag dieser dritten Determinante gestiegen. Das Plus beträgt 1 Milliarde DM.

Betrachten wir noch das Sparvolumen und fragen wir, ob sich von dort vielleicht einkommensmindernde Wirkungen geltend machen. Auf Grund der linearen Konsumfunktion gilt für das zusätzliche Sparen der Neube-

³⁾ Daß die Neubeschäftigten vorher von der Luft lebten, muß hier zunächst einmal angenommen werden.

⁴⁾ Es erweist sich als zweckmäßig, die Nachfrage des Staates als Nachfrage nach Konsumgütern aufzufassen.

schäftigten das gleiche wie für ihren zusätzlichen Konsum: Seiner Zunahme hier steht eine gleich große Abnahme bei der Gruppe der Steuerzahler gegenüber, denn die Proportionalität zwischen Einkommen und Verbrauch bedingt auch eine Proportionalität zwischen Einkommen und Sparen als Saldogröße. Es gleichen sich also aus:

1. der durch Steuern bewirkte Einkommensentzug bei den bereits Beschäftigten
und die durch Ausgaben bewirkte Einkommenszunahme bei den Neubeschäftigten.

Daraus resultierend

2. die Verbrauchsabnahme bei der ersten Gruppe
und die Verbrauchszunahme bei der zweiten sowie
3. die Sparabnahme bei der ersten
und die Sparzunahme bei der zweiten Gruppe.

Da somit die Gesamtersparnis der Volkswirtschaft unverändert bleibt, fügt sich auch die Annahme eines konstanten Investitionsvolumens widerspruchlos in den Zusammenhang unseres einfachsten Modells ein.

Am Ende dieses Prozesses, der mit Steuer- und Ausgabenerhöhungen in Gang gesetzt wurde, sind neue Straßen, Brücken, Schulen, Krankenhäuser usw. entstanden, und arbeitslose Produktionsfaktoren sind in den ökonomischen Prozeß eingegliedert worden. Das Volkseinkommen ist gestiegen, und das Budget ist nach wie vor ausgeglichen.

Es scheint also, als sei das Defizit nicht das einzige finanzpolitische Mittel gegen die Arbeitslosigkeit. Ob dieser Schein trügt, wird am Ende dieser Arbeit in dem Teil V über die wirtschaftspolitischen Konsequenzen der nachfolgenden Überlegungen zu untersuchen sein. Bis jetzt ist nur der expansive Prozeß im einfachsten Modell dargestellt worden. Wo liegt aber das kausale Moment? Wie erklärt sich die paradoxe These, daß eine Volkswirtschaft durch höhere Steuern reicher wird?

3. Die Erklärungsversuche in der Literatur.

Mit dieser Erklärung beginnen die ersten Schwierigkeiten. Die bestehende Literatur, in der Darstellung des Expansiveffekts noch einer Meinung, wird hier mehrdeutig. Lassen wir ihre widerspruchsvollen Meinungen Revue passieren, und hören wir zunächst Nicolas Kaldor ⁵⁾:

„Die Vollbeschäftigung ließe sich durch steigende öffentliche Ausgaben sogar dann sichern, wenn die Staatsausgaben voll durch Steuern gedeckt

⁵⁾ N. Kaldor, a. a. O., S. 346. Übersetzung von mir.

werden, weil das Wachstum der Besteuerung die privaten Ausgaben wahrscheinlich nicht um den vollen Betrag der bezahlten Steuern schmälert. Es kann angenommen werden, daß alle Steuern das Sparen der Individuen irgendwie beeinflussen, die besteuert werden. Steuern, die die Armen belasten, wirken relativ stark auf den Verbrauch und relativ gering auf das Sparen. Mit Steuern, die die Reichen zahlen, ist es wahrscheinlich umgekehrt. Mithin wird ein Wachsen der öffentlichen Ausgaben einen Nettozuwachs zu den Gesamtausgaben der Gemeinschaft verursachen, selbst wenn es durch Steuern gedeckt ist.“

Nun weist schon Haavelmo ⁶⁾ darauf hin, daß hier die irrige Meinung entstehen könnte, die öffentlichen Ausgaben — durch Steuern gedeckt — schafften nur soviel Einkommen zusätzlich, wie sie das Sparen beschneiden. Das ist für unsere Voraussetzung eines nicht-progressiven Budgets ohne Redistributionswirkung in der Tat falsch. Den Ausführungen Kaldors scheint diese Voraussetzung offensichtlich nicht zugrundezuliegen, aber selbst für das progressive Budget entsteht — wie wir noch sehen werden — ein schiefes Bild, weil die (auch unter Kaldors Voraussetzungen bestehende) Wirksamkeit der dritten Einkommensdeterminante offenbar gar nicht gesehen wird. Deren Wirksamkeit ergibt sich nicht daraus, daß das Sparen beschnitten wird. So könnte das obige Ergebnis unter den gleichen Annahmen ebenfalls erzielt werden, wenn man die öffentlichen Ausgaben mit einer Verbrauchssteuer finanziert. Bei linearer Verbrauchsfunktion ist der Expansiveffekt weder von einer bestimmten Steuer noch vom zahlenmäßigen Wert der Konsumneigung abhängig.

Auch die Erklärung, die Wallich gibt, birgt die Gefahr eines Mißverständnisses in sich. Er schreibt nämlich: „Der Grund, warum das Nationaleinkommen bei dieser Gelegenheit ohne Wachstum der Investition und ohne Redistribution von höheren zu niederen Einkommensgruppen wachsen kann, liegt darin, daß das zusätzliche Einkommen, das vom Staat finanziert wird, dem neuen Sparen keine Impulse verleiht. Es ist so, daß die früheren Arbeitslosen einen Teil ihres Einkommens sparen werden, aber ein gleicher Sparbetrag der schon anfänglich Beschäftigten wird von der zusätzlichen Steuer absorbiert. Weil man von beiden Gruppen annehmen darf, daß sie ähnlich sind, werden die Ersparnisse der einen durch die Sparabnahme seitens der anderen Gruppe zum Verschwinden gebracht. Dadurch, daß ein Teil des ursprünglich bestehenden Einkommens absorbiert und gänzlich wieder aus-

⁶⁾ Trygve Haavelmo, a. a. O., S. 312.

gegeben wird, verhindert es die öffentliche Hand, daß irgendein Teil dieser Summe gespart wird, wie das sonst der Fall wäre“⁷⁾).

Wallich beweist damit, daß die Gesamtersparnis gleich bleibt. Erklärt wird damit nichts, der Beweis ist unnötig, weil er nicht den *nervus rerum* trifft. Mit dem Hinweis auf Beträge, die sonst gespart worden wären, zielt er in die falsche Richtung. Es muß doch bewiesen werden, warum das Volkseinkommen gestiegen ist, obwohl die privaten Größen Verbrauch, Ersparnis und Investition unverändert geblieben sind. Wie konnte da die dritte Einkommensdeterminante, die Nachfrage des Staates, bei ausgeglichenem Haushalt gleichsam aus dem Nichts entstehen?

Daß der Effekt nicht deshalb expansiv ist, weil der Staat Einkommen ausgibt, die sonst gespart worden wären, läßt sich im übrigen sehr schnell und einleuchtend zeigen. Wenn dies nämlich tatsächlich der Fall wäre, dann müßte die Verlängerung eines nicht-progressiven Budgets um so stärker einkommensvergrößernd wirken, je höher die Sparneigung ist. Eine solche Beziehung läßt sich jedoch nicht herstellen. Vielmehr betrug in unserem Beispiel die Einkommenssteigerung 1 Milliarde DM bei einer Budgetvergrößerung von ebenfalls 1 Milliarde DM. Vergrößern wir das Budget dagegen um 3 Milliarden DM, so erhalten wir, wenn wir den obigen Prozeß Schritt für Schritt mit diesem Wert wiederholen, einen Einkommenszuwachs von 3 Milliarden DM. Das Ergebnis ist also von irgendeiner Sparneigung gänzlich unabhängig.

Deshalb befriedigt auch die Erklärung von Baumol und Chandler nicht. Die Autoren schreiben⁸⁾: „Es mag paradox erscheinen, wenn man versichert, daß der Staat über ein ausgeglichenes Budget einen aufwärts gerichteten Druck auf das Volkseinkommen ausüben kann. Mit der einen Hand gibt der Staat mehr aus und treibt so das Einkommen in die Höhe, und mit der anderen Hand steuert er den gleichen Betrag weg und bewirkt damit das Entgegengesetzte. Aber wenn die öffentliche Hand dieses Geld für Güter und Dienstleistungen im stärkeren Maße ausgibt als für Transferzahlungen, dann gleichen sich die beiden Kräfte gewöhnlich nicht aus. Man kann in den meisten Fällen eine expansive Nettowirkung erwarten...“

Das Geheimnis: Individuen und Unternehmer geben nicht alles Geldeinkommen aus. Auf der anderen Seite verausgabt der Staat jeden Penny, den er einnimmt. Das ist das Geheimnis der expansiven Wirkung einer Ausgabe bei ausgeglichenem Budget.“

⁷⁾ Henry C. Wallich, a. a. O., S. 80. Übersetzung von mir.

⁸⁾ William J. Baumol und Lester V. Chandler: *Economic Processes and Policies*, New York 1954, S. 349—351. Übersetzung von mir.

Es ist es nicht! Zwar wird ein Unterschied gemacht zwischen den Ausgaben des Staates für Güter und Dienstleistungen und den Ausgaben des Staates für Transferzahlungen, ein Unterschied, den unsere Darstellung nicht enthält, und außerdem bleibt auch hier unklar, ob an ein nicht-progressives oder an ein progressives Budget gedacht wird. Dennoch läßt sich folgendes sagen: Beim nicht-progressiven Budget ist das Sparen nicht das kausale Moment. Wir hätten den beschriebenen Effekt genau so gut in einer gedachten Volkswirtschaft, in der nur konsumiert wird, in der also die Individuen und die Unternehmer ebenso wie der Staat jeden Penny ausgeben, solange nur unbeschäftigte Produktionsfaktoren vorhanden sind. Darauf, daß der Staat von seinen Einnahmen alles, die Privaten aber nur einen Teil ausgeben, kommt es also offensichtlich nicht an. Auch für das progressive Budget ist dieser Unterschied unwichtig. Wir werden später sehen, daß eine andere Differenz belangreich ist.

4. Die Einführung der Begriffe „Nettoeinkommen“ und „Bruttoeinkommen“ in die Analyse.

Um der hier bestehenden Schwierigkeiten Herr zu werden, schlägt Haavelmo vor, zwei neue Begriffe einzuführen ⁹⁾: das Nettoeinkommen und das Bruttoeinkommen. Das Nettoeinkommen soll dabei als Summe der Einkommen verstanden werden, die den Individuen nach ihrer Steuerzahlung zur Verfügung stehen. Das Bruttoeinkommen ist dann die Summe der Einkommen vor der Steuerzahlung; es ist gleich dem Geldwert aller erzeugten Güter und Dienstleistungen für private und öffentliche Bedürfnisse. Mit Hilfe dieser beiden Begriffe sei der Prozeß noch einmal nachgezeichnet.

Die Entscheidungen der Privaten über die Einkommensverwendung, d. h. über die Höhe der Beträge, die einerseits gespart und andererseits für Konsumgüter verausgabt werden sollen, hängen vom Nettoeinkommen, das Beschäftigungsniveau dagegen hängt vom Bruttoeinkommen ab. Die zusätzlichen Ausgaben der öffentlichen Hand sind dem vorher bestehenden Bruttoeinkommen hinzugefügt worden, ohne daß das Nettoeinkommen geschmälert wurde. Nur so kann ja die private Nachfrage auf dem gleichen Stand verharren. Wenn nun Produktionsfaktoren unbeschäftigt sind, dann wird der Betrag an Produktionsleistungen, der von dem Staat verlangt wird, dem hinzugefügt, was bereits von den Privaten verlangt wird. Die unbeschäftigten Produktionsfaktoren spielen dabei die Rolle einer Leistungsreserve, die in dem Augenblick einen Beitrag zum Bruttovolkseinkommen leisten,

⁹⁾ Trygve Haavelmo, a. a. O., S. 313.

wo sie auf eine effektive Nachfrage treffen. Diese Nachfrage kann dadurch entstehen, daß der Staat sie an einer Stelle wegnimmt, sie einsetzt und sie dabei den bisher unbeschäftigten Faktoren zukommen läßt. Dabei wird sie verdoppelt, denn einmal wird sie vom Staat entfaltet, ein zweites Mal von den Ausgabenempfängern. Die Verlängerung eines ausgeglichenen Budgets bewirkt also, daß sich Teile des Volkseinkommens in der gleichen Zeit einmal mehr umschlagen, als das ohne Verlängerung der Fall wäre. Dieser erhöhte Einkommensumschlag ist des Rätsels Lösung.

Das mag zunächst wie ein Taschenspielertrick anmuten, wir wollen aber hier schon betonen, daß ohne Berücksichtigung der monetären Probleme bei Budgetausgleich diese Verdoppelung erfolgen muß, weil Steuern und Ausgaben gleichzeitig erhöht werden. Diese Gleichzeitigkeit in ihrer Wirkung zu verfolgen, ist tatsächlich etwas verwirrend. Deshalb erscheint Hansens Darstellung unseres Prozesses als die plausibelste. Sie wählt den umgekehrten, didaktisch besseren Weg ¹⁰⁾: Erst denke man sich die Erhöhung der Ausgaben und dann die der Steuern. Der Staat beschäftigt dann mit seinen Ausgaben zunächst zusätzliche Produktionsfaktoren und vergrößert dadurch den Einkommensstrom. Zur Deckung seiner Kosten zapft er nun diesen zunächst vergrößerten Strom von Nettoeinkommen durch eine Steuer an und reduziert ihn wieder auf das alte Maß. Der Strom der Bruttoeinkommen fließt dagegen ungeschmälert weiter. Das Budget ist ausgeglichen.

5. Die mathematische Darstellung.

Das bisher erzielte Ergebnis verbindet sich in erster Linie mit dem Namen Trygve Haavelmo. Haavelmo hat den Prozeß in mathematischer Formulierung vorgetragen und damit als erster die Dinge präzise dargestellt. Obwohl neue Gesichtspunkte nicht auftauchen werden, soll im folgenden gleichsam als Exkurs schon aus dogmengeschichtlichem Interesse das Vorgehen Haavelmos nachgezeichnet werden ¹¹⁾.

Die folgenden Gleichungen enthalten folgende Größen:

e = individuelles Bruttoeinkommen in Geldgrößen,

$\bar{e}$ = Durchschnittswert von e ,

E = gesamtes Volkseinkommen in Geldgrößen.

¹⁰⁾ Vgl. Alvin H. Hansen: *Business Cycles and National Income*, New York 1951, S. 200.

¹¹⁾ Vgl. Trygve Haavelmo, a. a. O., S. 314. Hinsichtlich der Symbole sind einige Änderungen vorgenommen. Die Rechenoperation erfolgt dagegen in der Weise, wie sie Haavelmo vorgetragen hat.

Entsprechend der Einführung der beiden Begriffe „Brutto-“ und „Nettoeinkommen“ im vorigen Abschnitt seien die indexlosen Größen e , $\bar{e}$ und E Bruttogrößen und die mit dem Index 0 versehenen Größen e_0 , $\bar{e}_0$ und E_0 Nettogrößen, also Einkommen nach der Besteuerung.

Es gelten die genannten Voraussetzungen. Ferner: Die Volkswirtschaft ist geschlossen, die Zahl ihrer Wirtschaftssubjekte N konstant.

Die lineare Verbrauchsfunktion, mithin der Betrag der Konsumausgaben eines Individuums, ist gegeben durch

$$v = v(e_0) = a e_0 + b. \quad (a \text{ und } b \text{ sind konstant; } a \text{ liegt zwischen } 0 \text{ und } 1, \text{ die Beziehung ist damit linear})^{12}.$$

Bei jeder Einkommensverteilung ist dann die durchschnittliche Konsumausgabe

$$\bar{v} = v(\bar{e}_0) = a \bar{e}_0 + b$$

und die Gesamtausgabe aller Individuen

$$V = V(E_0) = a \cdot E_0 + N \cdot b.$$

Die Gesamtinvestition I ist konstant.

Das Volkseinkommen ergibt sich aus

$$E_0 = V + I.$$

Setzen wir für V den obigen Ausdruck ein, so erhalten wir

$$E_0 = a \cdot E_0 + N \cdot b + I.$$

Wenn wir diesen Ausdruck so ändern, daß $a \cdot E_0$ auf die linke Seite kommt und beide Seiten durch $1 - a$ dividiert werden, so erhalten wir

$$(1) E_0 = \frac{N \cdot b + I}{1 - a}. \quad (\text{Volkseinkommen ohne staatliche Aktivität})$$

Wenn der Staat nun ein Budget in Höhe von A_{St} erstellt, dann ergibt sich ein Bruttovolkseinkommen, entstanden bei der Produktion von Gütern und Diensten für private und öffentliche Bedürfnisse in Höhe von

$$E = a(E - T) + N \cdot b + I + A_{St}.$$

Da die Steuern T den Ausgaben gleich sind, können wir für T A_{St} setzen.

¹²⁾ a ist der Grenzhang zum Verbrauch eines Individuums, b als positive Konstante gibt an, an welcher Stelle die Verbrauchsfunktion die y -Achse des Koordinatensystems schneidet.

Wir erhalten

$$E = a \cdot E - a \cdot A_{St} + N \cdot b + I + A_{St}.$$

Wieder wird $a \cdot E$ auf die linke Seite gebracht. Es werden beide Seiten durch $1 - a$ geteilt. Das ergibt

$$(2) E = \frac{N \cdot b + I}{1 - a} + A_{St}.$$

Der Vergleich der beiden Gleichungen (1) und (2) führt zum ersten Haavelmoschen Theorem. Haavelmo formuliert es so: „Wenn die Konsumfunktion linear und die Gesamtinvestition der Privaten konstant ist, dann erhöht eine Steuer T , die voll ausgegeben wird, das Bruttovolkseinkommen um den Betrag T und läßt das gesamte Nettoeinkommen und den Konsum unverändert. Diese Tatsache ist unabhängig vom zahlenmäßigen Wert des Grenzhangs zum Verbrauch a .“¹³⁾

6. Die Höhe des Budgetkoeffizienten.

Die Gleichungen (1) und (2) des vorigen Abschnitts ergaben, daß die steuerlich finanzierten Ausgaben des Staates in gleicher Höhe Volkseinkommen schaffen. Anknüpfend an diese Tatsache wird gesagt, der Budgetmultiplikator k sei gleich eins, denn es gilt

$$dE = k \cdot dA_{St}, \text{ wobei}$$

$$k = \frac{dA_{St}}{dE} = 1 \text{ ist.}$$

Es scheint aber, als sei die Bezeichnung „Multiplikator“ in diesem Zusammenhang unglücklich. Wir kennen sie zur Genüge aus den Beziehungen zwischen dem Volkseinkommen und der autonomen Investition. Auch zur Klärung des Verhältnisses von Volkseinkommen und Defizit ist sie benutzt worden, von der Außenhandelstheorie gar nicht zu reden. In diesen drei Anwendungsbereichen mag sie am Platze sein. Hier finden wenigstens tatsächlich Multiplikatorprozesse statt. Das trifft für den Fall des nicht-progressiven Budgets nicht zu. Es fehlen die sukzessiven Einkommenserhöhungen bei den Privaten, die dann über den Grenzhang zum Verbrauch den bekannten Revolvingeffekt auslösen. Wir werden später noch sehen, daß sich zwar auch hier solche Multiplikatorprozesse konstruieren lassen. Sie kommen aber im Gesamtergebnis nicht zum Ausdruck. Und noch etwas anderes spricht gegen die bedenkenlose Übernahme des Begriffs: Der Multiplikator

¹³⁾ Trygve Haavelmo, a. a. O., S. 315.

ist bestimmt aus dem reziproken Wert des Grenzhangs zum Sparen. Unserem k fehlt jede Beziehung zu irgendeinem Grenzhang, es multipliziert auch keinen Anfangsbetrag um ein Vielfaches, sondern setzt ihn nur einmal mehr als sonst um. Es soll deshalb für unseren Sachverhalt der bereits in der Lehre von der Geldschöpfung bewährte Begriff des Koeffizienten eingeführt werden. Mit diesem „Budgetkoeffizienten“ lassen sich gleichermaßen die Wirkungen eines progressiven wie die des nicht-progressiven Budgets bei konstanter Investition erfassen, ohne daß eine irritierende Gedankenverbindung zum Grenzhang zum Verbrauch hin entsteht.

Unsere Umbenennung verfolgt in erster Linie das Ziel, eine Verwechslung mit dem wesentlich anders strukturierten Defizitmultiplikator auszuschließen.

Daß unser sogenannter Budgetkoeffizient bei nicht-progressivem Budget gleich eins ist, läßt sich auf noch elegantere Weise zeigen ¹⁴⁾. Dabei werden zwei tatsächliche Multiplikatorprozesse in den Außengliedern unserer Budgetkette miteinander verglichen. Die Ausgaben des Staates lassen die Einkommen bestimmter Personengruppen nach Multiplikatorart schrittweise anwachsen. Die Steuern dagegen lassen die Einkommen bestimmter Personengruppen in der gleichen Weise abnehmen. Abnahme und Zunahme, nach Multiplikatorart ja vom Grenzhang zum Verbrauch bestimmt, lassen sich folgendermaßen darstellen:

Zunahme: $1 + a + a^2 + a^3 \dots$ usw.

Abnahme: $-a - a^2 - a^3 \dots$ usw.

Saldo: 1

Da a , der Grenzhang zum Verbrauch — laut Annahme bei beiden Gruppen gleich — nach erfolgter Aufrechnung herausfällt, ist der Budgetkoeffizient in der Tat von dieser Größe unabhängig. Er ist gleich 1, jenem einzelnen Glied in der Zunahmenreihe, das auf Grund der völligen Wiederabgabe aller steuerlich vereinnahmten Beträge seitens des Staates entstand.

7. Die Beziehung zwischen dem Steuersatz und der Einkommenserhöhung.

Eine der Multiplikatorformel ähnliche Beziehung erhalten wir, wenn wir nach der Beziehung zwischen dem Steuersatz und der Einkommenserhöhung

¹⁴⁾ Vgl. dazu Erich Schneider: Einführung in die Wirtschaftstheorie, Band 3, Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung, Tübingen 1952, S. 198, und Paul A. Samuelson: The Simple Mathematics of Income Determination, in: Income, Employment and Public Policy, Essays in Honor of Alvin H. Hansen, New York 1948, S. 141.

fragen. Wir wollen dabei auf die Herleitung verzichten. Die Beziehung lautet:

$$E_2 = \frac{1}{1 - \frac{dT}{E_2}} \cdot E_1.$$

E_1 = gesamtes Bruttovolkseinkommen vor der Budgetverlängerung,

E_2 = gesamtes Bruttovolkseinkommen nach der Budgetverlängerung,

dT = Budgetverlängerung,

$\frac{dT}{E_2}$ = der zusätzlich vom Staat absorbierte Teil des Bruttoeinkommens nach der Budgetverlängerung.

Damit soll folgender einfacher Tatbestand ausgedrückt werden: Das Bruttovolkseinkommen betrage 150 Mrd. DM. Wenn nun das Budget so verlängert wird, daß das neue Bruttovolkseinkommen zu $\frac{1}{6}$ von der Steuer belastet wird, dann wird dieses neue Bruttovolkseinkommen 180 Mrd. DM betragen. Wir wollen uns mit dieser Erwähnung begnügen, da der Formel ein größerer Aussagewert nicht zukommt. Sie drückt nichts aus, was nicht auch schon in $dA_{St} = dE$ enthalten wäre.

8. Der Prozeß bei nicht-linearer Konsumfunktion.

Nummehr soll die Annahme aufgegeben werden, daß die Konsumfunktion linear ist, d. h. das Keynesche psychologische Gesetz wird eingeführt: Der Konsum steigt mit dem Einkommen, jedoch nicht so stark wie dieses. Sonst wird an unseren Bedingungen nichts geändert. Die Budgetverlängerung soll in der gewohnten Weise erfolgen, die Steuer ist proportional, das Budget hat keine Redistributionswirkungen, und es besteht Unterbeschäftigung. Die Ausschaltung der Redistribution bedeutet nun aber nichts anderes, als daß — wie bisher — der Grenzhang zum Verbrauch bei den Steuerzahlern und bei den Ausgabenempfängern der gleiche ist. Die einzige Änderung, die wir vornehmen, besteht also darin, daß sich bei beiden Gruppen Konsum und Einkommen nicht mehr parallel bewegen. In der Wirklichkeit wäre es allerdings ein sehr großer Zufall, wenn der Staat seine Ausgaben einer Einkommensgruppe zufließen lassen würde, deren Konsum- und Spargewohnheiten die gleichen sind. Wir diskutieren also keinen allgemeinen Fall. Trotzdem hat diese eigentümliche Konstellation von Annahmen einen Sinn: Es fragt sich, ob die Einführung des psychologischen Gesetzes bei konstanter Einkommensverteilung irgendwelche neuen Effekte auslöst. Daß

dies nicht der Fall ist, ergibt sich aus einer einfachen Überlegung¹⁵⁾: Konsumzunahme und Konsumabnahme sind bei beiden Gruppen gleich, weil ihr Grenzhang zum Verbrauch derselbe ist. Ob sich ihr Verbrauch proportional oder degressiv mit dem Einkommen bewegt, spielt dabei keine Rolle. Wichtig ist nur, daß die Degression bei beiden Gruppen das gleiche Ausmaß hat. Diese Gleichheit ist durch unsere Voraussetzungen gegeben.

9. Die Einführung einer progressiven Steuer.

Schließlich sei das bisherige Ergebnis noch nach einer anderen Seite hin abgeschirmt: Eine progressive Einkommensteuer soll eingeführt werden. Was ändert sich?

¹⁵⁾ Haavelmo, a.a.O., S. 316, führt den Beweis folgendermaßen: Das Durchschnittseinkommen ist gegeben durch:

$$(1) \quad \bar{e}_0 = \int_0^{\infty} v(e_0) \cdot \Phi\left(\frac{e_0}{\bar{e}_0}\right) \cdot \frac{1}{\bar{e}_0} \cdot de + i,$$

wobei $\Phi \cdot \frac{e_0}{\bar{e}_0} \cdot \frac{1}{\bar{e}_0}$ eine bestimmte Häufigkeitsverteilung der Einkommen und i die Durchschnittsinvestition pro Individuum angibt. Die Einführung einer proportionalen Steuer T (= der Teil des durch die Steuer belasteten Einkommens) ergibt ein durchschnittliches Bruttoeinkommen

$$(2) \quad \bar{e} = \int_0^{\infty} v \cdot [e(1-T)] \Phi\left(\frac{e}{\bar{e}}\right) \cdot \frac{1}{\bar{e}} \cdot de + T \cdot \bar{e} + i$$

Das Nettoeinkommen $e(1-T)$ wird mit e_t bezeichnet; sein Durchschnittswert ist $\bar{e}_t$. Setzen wir ihn ein, so ergibt das

$$(3) \quad \bar{e}_t = \int_0^{\infty} v(e_t) \Phi\left(\frac{e_t}{\bar{e}_t}\right) \cdot \frac{1}{\bar{e}_t} \cdot de_t + i$$

Wir vergleichen (1) und (3). Beide Gleichungen sind identisch:

$$(4) \quad \bar{e}_t = \bar{e}_0 \quad \text{und} \quad \bar{e} = \frac{\bar{e}_0}{1-T}$$

Es ergibt sich, daß das Nettoeinkommen auch bei nicht-linearer Konsumfunktion gleich bleibt.

Haavelmo hat diesen Tatbestand in seinem zweiten Theorem ausgedrückt: „Wenn die Einkommensverteilung immer in der definierten Klasse bleibt, dann ist die Wirkung einer proportionalen Steuer, die voll ausgegeben wird, genau die gleiche, wie wenn die Konsumfunktion linear wäre, d. h. das private Nettoeinkommen und der private Konsum bleiben gleich, während das Bruttoeinkommen um den gesamten Betrag der Steuer steigt. Dieses Ergebnis ist unabhängig von der Form der Konsumfunktion.“ (Trygve Haavelmo, a.a.O., S. 317 f.) (Übersetzung von mir.)

Wir haben bisher stets vorausgesetzt, die Steuer, mit der die Budgetverlängerung finanziert wurde, sei proportional. Dies entsprach am vernünftigsten der Annahme einer unveränderten Einkommensverteilung. Wenn wir nun dieser unveränderten Einkommensverteilung eine progressive Einkommensteuer beifügen, so mag diese Zusammenstellung von Annahmen zunächst sinnlos erscheinen. Wir geben ihr einen rein theoretischen Sinn: Solange die Einkommensverteilung unverändert ist, hat selbst eine progressive Steuer auf das bisherige Ergebnis keinen Einfluß. Es soll damit dargelegt werden, daß ein Budget, das eine progressive Steuer enthält, nicht gleich automatisch ebenfalls progressiv ist. Dieser Fall ist für die aktuellen westdeutschen Verhältnisse nicht unwichtig. Davon wird noch später die Rede sein.

Doch zunächst unsere Frage: Wie verändert die progressive Steuer unser Ergebnis? Es ändert an ihm nichts. Wir können nämlich hier die Überlegung des vorigen Abschnitts Wort für Wort wiederholen. Auch die Haavelmoschen Gleichungen in der letzten Fußnote sind hier gültig, denn die Art, wie eine Steuer eingetrieben wird, hat für unsere Überlegungen solange keinen Einfluß, wie die alte Häufigkeitsverteilung der Einkommen erhalten bleibt, unbeschadet aller Änderungen der individuellen Einkommen.

An dieses Ergebnis knüpft Haavelmo sein drittes Theorem: „Wenn die Struktur der Wirtschaft so ist, daß eine bestimmte, konstante, „relative“ Verteilung der Nettoeinkommen erhalten bleibt, gleich wie die Steuer aussieht, dann ist das durchschnittliche Nettoeinkommen das gleiche wie vor der Besteuerung, während das gesamte Bruttoeinkommen um den gesamten Betrag der Steuer wächst“ ¹⁶⁾.

10. Der analoge Fall des Kontraktionsprozesses.

Die Beziehung $dE = dA_{st}$ gilt auch für den Fall, daß das nicht-progressive Budget verkürzt wird, die beiden Größen sind dann mit einem Minuszeichen zu versehen. Bei dieser Verkürzung fällt ein Teil der staatlichen Nachfrage aus, Produktionsfaktoren werden beschäftigungslos, die Erstellung von Gütern und Dienstleistungen sinkt. Dagegen bleibt das Nettoeinkommen der Privaten unter den noch geltenden Voraussetzungen (Unterbeschäftigung, kein Zeitbedarf der Anpassung) konstant: Die Einkommensabnahme seitens der bisherigen Ausgabenempfänger infolge des Fortfalls staatlicher Ausgaben ist gleich der Einkommenszunahme seitens der bisherigen Steuerzahler infolge Steuersenkung. Gleichmaßen kompensieren sich Konsumabnahme und Konsumzunahme der beiden Gruppen sowie ihre

¹⁶⁾ Trygve Haavelmo, a.a.O., S. 318. Übersetzung von mir.

Ersparnisgrößen. Dieses Ergebnis gilt unabhängig von der Form der Konsumfunktion, der Art der Steuer und der Art der Staatsausgabe, wenn nur die Häufigkeitsverteilung der Einkommen im ganzen unangetastet bleibt.

Erst wenn sich diese Häufigkeitsverteilung ändert, entsteht die zweite große Gruppe von Budgeteffekten, die Redistributionswirkungen. Bevor wir uns ihnen zuwenden, sollen im bisherigen Modell noch zwei wichtige Annahmen fallen: die Unterbeschäftigung und die Außerachtlassung des Zeitmoments.

c) Das Problem der zeitlichen Verzögerung

1. Die Diskussion um ein anfängliches Budgetdefizit als Voraussetzung des obigen Expansionsprozesses.

In einer der frühesten Veröffentlichungen, die die Wirkungen eines nicht-progressiven Budgets behandelten, schreiben Hansen u. Perloff ¹⁷⁾: „... Darüber hinaus wird ein Anwachsen sinnvoller Staatsausgaben — wobei die anfänglichen Ausgaben durch Anleihen finanziert werden — das Volkseinkommen heben, selbst wenn es nachher durch Verbrauchsteuern finanziert wird. So werden die Einkommensbezüge der Individuen gesteigert, wenn zusätzliche Ausgaben des Staates an das Publikum ausbezahlt werden. Wenn nun nachher eine Verbrauchsteuer aufgelegt wird, die dem gestiegenen Einkommen gleich ist, dann folgt, daß die privaten Ausgaben nach dieser Besteuerung dieselben bleiben wie vorher. Das Bruttosozialprodukt ist um den Betrag der neuen Staatsausgaben gestiegen, während die privaten Ausgaben unverändert geblieben sind.“

Hansen und Perloff beschreiben hier den gleichen Prozeß, der auch uns bisher beschäftigt hat. Sein Ablauf und seine Voraussetzungen sind dieselben. Der einzige Unterschied jedoch ist auffällig genug. Statt wie bisher wird zunächst ein Defizit zugelassen, und erst später erfolgt die Einführung der Steuer, von der wir bisher immer ausgegangen sind. Da Hansen und Perloff zum gleichen Ergebnis kommen wie wir in der obigen Analyse — Budgetkoeffizient gleich eins, privater Konsum und privates Sparen unverändert — liegt die Frage auf der Hand, ob es unbedingt nötig ist, mit einem Defizit zu beginnen.

Haavelmo verneint sie ¹⁸⁾: „Hier ist der endgültige Schluß, daß nämlich Ausgaben, die durch Steuern gedeckt sind, Einkommen (und Beschäftigung)

¹⁷⁾ Alvin H. Hansen und Harvey H. Perloff: *State and Local Finance in the National Economy*, New York 1944, S. 245. Übersetzung von mir.

¹⁸⁾ Trygve Haavelmo, a.a.O., S. 312. Übersetzung von mir.

um den Betrag der Steuer heben, richtig. Die Annahme, daß die anfänglichen Ausgaben durch Anleihen finanziert werden, ist hier unnötig. Wenn diese Annahme in der Tat nötig wäre, würde das Ergebnis im zweiten, dritten Jahr etc. gelten, weil dann die laufenden Ausgaben den laufenden Steuern gleich wären.“

Haavelmos Stellungnahme ist nicht ganz eindeutig. Er sagt zwar klipp und klar, ein Deficit spending sei nicht nötig; trotzdem kann er nicht umhin, das Ergebnis unter Zugrundelegung eines seiner Meinung nach offensichtlich irrationalen Falles zu formulieren. Dabei ist bereits vor Haavelmo deutlich ausgesprochen worden, was es mit dem anfänglichen Defizit auf sich hat. Wallich kommt dabei nach Erörterungen, die unter unserem nächsten Punkt behandelt werden sollen, zu folgendem Schluß¹⁹⁾: „Es ist deshalb für die Finanzverwaltung wünschenswert, mit den Ausgaben aus einem Anleihefonds zu beginnen, sobald die neuen Steuern wirksam und bevor die entsprechenden Einkünfte verfügbar werden. Das wird nicht nur das zeitweilige Sinken der Nachfrage verhindern, sondern auch die Knappheit der Geldvorräte beseitigen, die durch die gesteigerte Geldarbeit hervorgerufen werden könnte.“

Haavelmo spricht vom zweiten, dritten Jahr etc., von Zeitperioden also, und Wallich von monetären Besonderheiten. Beiden Themen soll nun unsere Aufmerksamkeit gelten. Dabei wird sich entscheiden, welche Rolle einem anfänglichen Defizit im bisherigen Expansionsprozeß zukommt.

2. Die monetären Besonderheiten und der zeitliche Anpassungsbedarf.

Die monetäre Seite des oben beschriebenen Prozesses besonders betrachtet zu haben, ist Gottfried Haberlers Verdienst. Haberlers Ausführungen erfolgten als Diskussionsbeitrag unmittelbar nach der Analyse Haavelmos. Sie bringen das hier Wesentliche. Wir wollen ihnen deshalb in der Darstellung folgen²⁰⁾. Einer bestimmten Gruppe wird eine Steuer in Höhe von T auferlegt. Diese Gruppe wird ihre Konsumausgaben um den Betrag $a \cdot T$ beschränken, wenn a ihr Grenzhang zum Verbrauch ist. Die Ausgabenempfänger werden dagegen ihren Konsum um $a \cdot T$ steigern und darüber hinaus gleichzeitig einen produktiven Beitrag zum Bruttovolkseinkommen leisten.

Haberler fragt nun, wie dieser Vorgang ohne zeitliche Anpassung möglich ist. Es ist doch ganz gewiß so, daß bei der Berücksichtigung des Zeit-

¹⁹⁾ Henry C. Wallich, a.a.O., S. 81. Übersetzung von mir.

²⁰⁾ Gottfried Haberler: Multiplier Effects of a Balanced Budget, Some monetary implications of Mr. Haavelmo's paper, in: *Econometria*, Band 14, 1946, S. 148 f.

bedarfs der Anpassung die Konsumausgaben der Steuerzahler zunächst sinken werden, da die Geldbewegungen von den Steuerzahlern zum Staat und von dort zu den unbeschäftigten Produktionsfaktoren und von diesen wieder zum Konsumgütermarkt Zeit in Anspruch nehmen. Wer also die beiden entgegengesetzten Änderungen der Konsumgüteraussgaben als gleichzeitig ansieht, ignoriert diesen Zeitbedarf.

Der hier entstehende time lag kann auf dreierlei Weise vermieden werden:

1. Die Steuerzahler senken ihre Konsumausgaben zunächst nicht, sondern enthornten solange, bis die Ausgaben der Neubeschäftigten auf dem Markt wirksam werden. Sie passen also ihre Konsumausgaben mit einer gewissen Verzögerung dem gesunkenen Nettoeinkommen an. Ein time lag kompensiert dann den anderen.
2. Der Staat finanziert die anfänglichen Ausgaben unseres Prozesses durch Kredite vor; er betreibt also ein Deficit spending in der von Hansen und Perloff beschriebenen Weise.
3. Es kommt über die Kreditgewährung der Banken zu zusätzlicher Geldschöpfung.

Entsparen, Deficit spending und zusätzliche Kreditgewährung der Banken stellen die drei Möglichkeiten dar, auf Grund deren eine Lücke im Multiplikatorprozeß vermieden werden kann. Sie bedeuten quantitativtheoretisch, daß die Geldmenge steigt. Das Zeitmoment unberücksichtigt lassen, hieße also in Begriffen der Quantitätstheorie, daß eine entsprechende Steigerung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes stillschweigend vorausgesetzt wird. Eine solche Voraussetzung scheint jedoch den tatsächlichen Gegebenheiten nicht zu entsprechen.

Ganz allgemein gesagt: Es entsteht bei der Budgetverlängerung stets ein größerer Geldbedarf, und die Art der Deckung dieses Bedarfs entscheidet darüber, ob der geschilderte Expansionsprozeß voll wirksam oder nur abgeschwächt abläuft. Die Steigerung der Geldumlaufgeschwindigkeit wird in ganz seltenen Fällen genügen, weil in den meisten Kanälen unseres Wirtschaftslebens der Geldfluß stetig, weil an Termine gebunden, ist und somit kurzfristig gar nicht beschleunigt werden kann. Wenn aber im Einzugsgebiet eines solchen Kanals das Schwergewicht eines durch Steuerabzug entstandenen Geldbedarfs liegt, wird nur eine Geldmengenvergrößerung den Lag verhindern. Wir müssen hier nach der Art der Steuer, die da auferlegt wird, differenzieren. Bei den Gewinnsteuern wird man mit der gerade angedeuteten Möglichkeit rechnen müssen, daß durch gesteigerte Umlaufgeschwindigkeit des Geldes die bisherigen Ausgaben der Unternehmer, besonders für

Investitionen, nicht aufrechterhalten werden können. Dann wird die Lage im Bankensystem bedeutsam; die dortigen Liquiditätsverhältnisse und die Kreditbereitschaft etc. müssen in die Analyse miteinbezogen werden. Andererseits lassen überwälzbare Steuern wie die vom Verbrauch einen reibungslosen Ablauf der Dinge von vornherein unwahrscheinlich erscheinen, es sei denn, der Staat sorgt durch ein anfängliches Defizit selbst für das zusätzliche Geld, für dessen Bedarf er ja auch verantwortlich ist. Dann können wir Hansen und Perloff zustimmen ²¹⁾. Wenn der Staat die Expansion aber nicht vorfinanziert, dann ergeben sich erhebliche Komplikationen. Denn wer sorgt nun für die Geldschöpfung? Nun wird aus steuertechnischen Gründen auch die Verbrauchsteuer beim Produzenten erhoben, somit käme also auch für diese Geldschöpfung der Unternehmer in Frage. Damit berühren wir Dinge, die der Sache nach innerhalb der Investitionsfrage besser zur Sprache kommen. Wir wollen deshalb unser augenblickliches Thema erst dort wieder aufgreifen.

3. Die Periodenanalyse des Expansionsprozesses.

Das Entsparen der Steuerzahler, das Deficit spending des Staates und die Kreditgewährung der Banken können — wie wir sahen — die Verzögerung des Expansionsprozesses vermeiden. Wie sieht dieser Prozeß aber aus, wenn keine der drei Möglichkeiten eintritt, weil z. B. die Liquidität des Bankensystems eine Kreditgewährung nicht zuläßt, der Staat sein Budget zwar vergrößert, es aber immer noch voll ausgleicht, und die sowieso recht irrealen Annahme vom entsparenden Steuerzahler nicht zutrifft? Die Antwort soll die folgende Periodenanalyse geben ²²⁾.

Die zeitliche Verzögerung zwischen der Erhebung der Steuer und der Wiederausgabe des entsprechenden Betrages durch den Staat sei eine Zeiteinheit. In der ersten Periode werden sich infolgedessen die Konsumausgaben der Steuerzahler vermindern, da ihr verfügbares Einkommen, oben Nettoeinkommen bezeichnet, geringer geworden ist. Die Einkommenreduktion hat die Höhe des Steuerbetrages T , die Konsumreduktion mithin die Höhe $a \cdot T$,

²¹⁾ Vgl. das Zitat von Seite 35.

²²⁾ Diese Periodenanalyse wurde in der an Haavelmos Artikel anschließenden Diskussion von allen Kritikern in verschiedener Form mit dem gleichen Ergebnis geboten. Hierbei waren beteiligt: Gottfried Haberler, a. a. O., S. 148 f., R. M. Goodwin: Multiplier Effects of a Balanced Budget, The implication of a lag for Mr. Haavelmo's analysis, in: *Econometrica*, Band 14, 1946, S. 150 f., Everett E. Hagen: Multiplier Effects of a Balanced Budget, Further analysis, in der gleichen Zeitschrift, S. 152—155, Trygve Haavelmo: Multiplier Effects of a Balanced Budget, Reply, in der gleichen Zeitschrift, S. 156—158.

wenn a der Grenzhang zum Verbrauch der Steuerzahler ist. Ob die Konsumfunktion dabei linear ist oder nicht, spielt ja keine Rolle mehr. Eine Periode später erfolgt nun der zusätzliche Konsum der Ausgabenempfänger. Gleichzeitig verlangt der Staat wiederum Steuern in Höhe von T ; die Konsumausgaben der Steuerzahler werden ein weiteres Mal um $a \cdot T$ gekürzt. Der Kreis dieser letzten Gruppen ist jetzt weiter geworden. Diese Tatsache kann folgendermaßen berücksichtigt werden: Wir lassen zur Vereinfachung die beiden Größen a und T unverändert. Hinsichtlich a hatten wir sowieso die Annahme getroffen, der Grenzhang zum Verbrauch sei bei den Steuerzahlern und den Ausgabenempfängern — die jetzt auch zu Steuerzahlern avanciert sind — gleich. Hinsichtlich T setzen wir also zunächst voraus, der erlöste Betrag aus der Steuer bleibe gleich; das bedeutet natürlich, daß der Staat die Steuersätze nach jeder Periode senken muß, da die Zahl der Steuerfälle sich um die Anzahl der Neubeschäftigten erhöht hat.

Doch zurück zum Ablauf des Prozesses: Nach Ablauf der ersten Periode fehlen per Saldo $a \cdot T$ Konsumausgaben. In der jeweils nachfolgenden Periode gleichen sich dann auf Grund unserer Annahmen die beiden Bewegungen aus: die Konsumminderung infolge Steuerzahlung auf der einen und die Konsumsteigerung infolge staatlicher Ausgaben auf der anderen Seite. Der fehlende Betrag $a \cdot T$ aus der ersten Periode wird niemals wieder aufgeholt; er kann demzufolge als die Anfangsgröße eines multiplen Schrumpfungsprozesses eigener Art angesehen werden. Die Reihe lautet also: $a \cdot T, a^2 \cdot T, a^3 \cdot T, a^4 \cdot T \dots a^n \cdot T$.

Stellen wir uns nun vor, der Staat senke nicht den Steuersatz, sondern nehme im Ablauf der Perioden immer mehr Einnahmen aus seiner Steuer herein, so ergibt sich das gleiche Bild. Hier ist nun keine Periode mehr ausgeglichen, vielmehr übertreffen in jeder Zeiteinheit die Mehreinnahmen die Mehrausgaben um ein bestimmtes Maß, weil in der vorhergehenden Periode jeweils weitere Wirtschaftssubjekte steuerpflichtig werden. Der Abstand beider Größen wird immer geringer; auch hier zeigt der private Konsum den schon bekannten Verlauf $aT, a^2T, a^3T, a^4T \dots a^nT$ in der ersten, zweiten, dritten, vierten, n -ten Periode. So bleibt also der Betrag der Verbrauchsausgaben der Privaten unter der Berücksichtigung des Zeitmoments doch nicht unverändert. Er fällt zunächst unter sein altes Niveau und nähert sich ihm nur schrittweise wieder an. Nach unendlich vielen Perioden wird er es dann völlig erreichen, weil a^n null wird.

Was geschieht nun mit dem Bruttovolkseinkommen? Es steigt zwar sofort um den Betrag der staatlichen Nachfrage, aber doch nicht auf das unter den einfachen Annahmen angegebene Niveau, sondern infolge der privaten

Konsumänderung in dieser Weise: Es steigt in der ersten Periode nicht schon um den Betrag T , sondern zunächst nur um $T - aT$, also um den Steuerbetrag vermindert um den Konsumausfall der ersten Periode. Entsprechend steigt es in der zweiten Periode um $T - a^2T$, in der dritten Periode um $T - a^3T$ usw., so daß es nach n Perioden um $T - a^nT$ steigt. Ist die Anzahl der Perioden unendlich groß, so wird a^nT gleich null, weil a ein echter Bruch ist. Das Bruttovolkseinkommen erhöht sich nach n Perioden also um T oder — da das Budget jetzt ausgeglichen ist — um $A_{St.}$

Mathematisch ausgedrückt bedeutet das, daß das von Haavelmo erzielte Ergebnis, das Bruttovolkseinkommen erhöhe sich um den Betrag der Budgetverlängerung, nur asymptotisch erreicht wird. Das heißt: Das Bruttovolkseinkommen erreicht sein neues Niveau nach genügend langer Zeit in der bisher angegebenen Höhe nur annähernd²³⁾.

Indes sind damit die monetären Schwierigkeiten noch nicht gelöst. Wir sind nämlich davon ausgegangen, daß eine an sich erforderliche Vermehrung der Geldmenge nicht Platz greift, und kamen über die Feststellung, daß die Konsumkorrekturen der betroffenen Einkommensgruppen sich nicht schon von der ersten Periode an kompensieren werden, zur obigen Analyse. Ihr Ergebnis hieß: Das Bruttovolkseinkommen steigt nach einiger Zeit um annähernd $A_{St.}$ Dazu ist aber auf Grund der Quantitätstheorie entweder eine gesteigerte Geldmenge oder eine erhöhte Umlaufgeschwindigkeit des Geldes erforderlich. Nun ist schon zum Ausdruck gekommen, daß wir eine Steigerung der Geldumlaufgeschwindigkeit in den meisten Fällen für unzureichend erachten. Wir können uns also auf die Geldmenge konzentrieren.

Danach ergibt sich nun, daß die Geldmenge eigentlich zweimal²⁴⁾ steigen müßte. Einmal zur Kompensation eines zusätzlichen Angebots von Gütern und Dienstleistungen seitens des Staates und zum zweiten zur Vermeidung des beschriebenen time lag. Dabei handelt es sich allerdings im zweiten Fall um eine kreislauftheoretisch etwas komplizierte Konstruktion, die etwa folgendermaßen beschrieben werden könnte: Zu Beginn einer Periode ist der Staat im Besitz einer Geldmenge, die unseren time lag verhindern soll. Er hat sie durch Kredite erlangt und tätigt nun mit ihrer Hilfe seine Ausgaben. Der Geldbetrag fließt auf den Markt und bildet das Einkommen der

²³⁾ Die exakte mathematische Lösung $\lim E = E_0 + T$ bringt Everett E. Hagen, a. a. O., S. 153. Ein ähnliches Gleichungssystem wird von R. M. Goodwin, a. a. O., S. 150 f. entwickelt.

²⁴⁾ Hierbei wird vorausgesetzt, daß der Staat die zusätzlich erstellten Güter und Dienstleistungen nicht frei anbietet, sondern gegen Gebühren, Beiträge oder Erwerbseinnahmen. Vgl. dazu auch S. 54 f. dieser Arbeit.

bisher unbeschäftigten Produktionsfaktoren. Gleichzeitig bildet sich auch das Einkommen der übrigen, bereits im Arbeitsprozeß stehenden Produktionsfaktoren durch Entlohnung seitens der Unternehmer. In diesem Augenblick der Einkommensbildung — er liegt zeitlich in der Mitte der Periode — erhebt der Staat seine Steuer, und damit fließt das, was der Staat an zusätzlichem Geld zunächst in den Kreislauf gesteckt hat, wieder zu ihm zurück. Die Konsum- und Sparkorrekturen der beiden Einkommensgruppen, Steuerzahler und Ausgabenempfänger, erfolgen nun gleichzeitig. Das Budget ist am Ende der Periode ausgeglichen. Diese Geldmenge hat also bei ausgeglichenem Budget ein anfängliches Absinken der privaten Konsumquote verhindert. Sie steht aber den Privaten nicht zum Kauf der vom Staat erstellten Güter zur Verfügung. Dazu bedarf es noch einmal des gleichen Betrages.

In der Wirklichkeit wird es eine solchermaßen komplizierte Konstruktion nicht geben. Hier wird nur eine einmalige Erhöhung der Geldmenge in Frage kommen. Ist sie zahlenmäßig der Budgetverlängerung gleich, dann ist sie groß genug, die vom Staat erstellten Güter und Dienstleistungen aufzukaufen. Dagegen muß dann damit gerechnet werden, daß die private Konsumquote zunächst etwas absinkt und nach einiger Zeit wieder annähernd ihren alten Stand erreicht. Die neue Gleichgewichtslage ist dann fast dieselbe wie bei unseren ersten Überlegungen ohne Berücksichtigung des Zeitmoments.

Was geschieht nun aber, wenn selbst diese eine Geldmengenvermehrung nicht erfolgt? Der Staat wird zweifellos den gleichen Bestand an Gütern und Dienstleistungen erstellen wie bisher. Das Gesamtvolumen der Erzeugung im privaten und öffentlichen Sektor wird demnach unmittelbar nach der Budgetverlängerung das gleiche sein wie im alten System mit zusätzlicher Geldschöpfung. Diesem gleichen Gesamtvolumen steht nun eine geringere Geldmenge gegenüber. Aus diesem Mißverhältnis ergibt sich ein Preisdruck nach unten, so daß das Bruttovolkseinkommen in Geldgrößen in der neuen Gleichgewichtslage geringer sein dürfte als im alten Modell. Diese potentielle Preissenkung ist der Schönheitsfehler einer beschäftigungspolitischen Budgetverlängerung. Sie wird von all denen nicht beachtet, die die Vergrößerung des Staatshaushalts als ein Mittel zur Hebung von Einkommen und Beschäftigung ansehen. Man sollte also dem Staat nicht bedenkenlos empfehlen, in Zeiten der Arbeitslosigkeit den Haushalt zu vergrößern, ohne daß dabei die monetären Gesichtspunkte eingehend geprüft werden. Der erwartete Expansiveffekt mag nämlich dann in sein Gegenteil umschlagen, wenn eine ständige Geldvernichtung Platz greift. Das ausge-

glichene Budget wirkt dann deflationistisch. Mehr hiervon wird im Teil IV über die Konjunkturschwankungen zu sagen sein.

4. Eine terminologische Besonderheit.

Es darf der Hinweis nicht versäumt werden, daß hinter der gerade behandelten Periodenanalyse eine Schwierigkeit terminologischer Art steht. Sie hat sich mit der Einführung des Zeitbegriffes eingeschlichen. Wenn von einem ausgeglichenen Budget die Rede ist, dann meint man — und so haben wir es definiert — den Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben über den Zeitraum einer Budgetperiode, also eines Jahres. Theoretisch muß das Budget in jedem Zeitpunkt dieser Periode ausgeglichen sein. Wenn dies nicht der Fall ist, muß mit einer dynamischen Analyse wie im vorliegenden Beispiel gearbeitet werden. Denn unser Budget war im letzten Abschnitt während der zugrundeliegenden Zeiteinheit unausgeglichen, obwohl in der Budgetperiode ein Ausgleich sehr wohl zustande kommen könnte, je nach der Wahl der Zeiteinheit. Erst wenn diese Zeiteinheit gleich der Budgetperiode ist, decken sich die Begriffe der Theorie und der praktischen Finanzwirtschaft wieder. Das Budget wäre dann in unserem Beispiel unausgeglichen. Interpretieren wir den obigen Fall so, dann ist der Teil, der an der Steigerung des Bruttovolkseinkommens eigentlich fehlte, die Folge eines Budgetüberschusses.

Wir wollen festhalten: Ein zeitweiliges Überwiegen der Einnahmen über die Ausgaben und umgekehrt muß bei einem jährlichen Budgetausgleich in Rechnung gestellt werden. Den sich hieraus ergebenden Effekten wollen wir nicht nachgehen. Wir wollen aber daran denken, daß unsere weiteren Ergebnisse zu bestimmten Zeitpunkten innerhalb einer Periode jeweils um diese Effekte zu korrigieren wären.

Es soll nun noch schnell gesagt werden, wovon diese Verzögerungswirkungen — so wollen wir sie nennen — abhängen. In der obigen Periodenanalyse stieg das Bruttovolkseinkommen nach n Zeiteinheiten nicht um T , sondern um $T - a^n \cdot T$. Daraus läßt sich die Antwort unschwer ablesen: Je kleiner der Grenzhang zum Verbrauch a ist, um so geringer ist die Verzögerungswirkung und um so schneller wird die neue Gleichgewichtslage erreicht sein. (Vorgreifend sei hier schon gesagt, daß beim progressiven Budget der Grenzhang der Steuerzahler entscheidend ist.) Der eigentliche Expansiveffekt dagegen ist vom Grenzhang zum Verbrauch unabhängig. Dieser Tatbestand wird in der Literatur durch Verwendung eines neuen Grenzhangbegriffs in etwas verwirrender Weise dargestellt. So schreibt Haberler: „Auch dieser Fall schließt ein Wachsen der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und

ein Sinken der Liquiditätsneigung ein²⁵⁾. Darüber hinaus ist der zusammengesetzte Grenzhang zum Verbrauch (im Hinblick auf das Bruttovolkseinkommen) gestiegen, weil angenommen wird, daß der Staat alle Dollars wieder ausgibt, die er erhebt, d. h. daß der Staat einen Grenzhang zum Verbrauch gleich eins hat, während der Grenzhang der Steuerzahler kleiner als ein ist...“, und Haavelmo meint dasselbe: „Die Kraft, welche das Bruttovolkseinkommen hinauftreibt, wenn eine Steuer als staatliche Ausgabe voll ausgegeben wird, ist das umfassende Wachsen des Grenzhangs zum Ausgeben, das sich daraus ergibt, daß der Grenzhang des Staates gleich eins ist.“²⁶⁾

Eine solche Ausdrucksweise ist unzweckmäßig, weil sie verwirrt. Außerdem läßt sich einwenden, daß dieser zusammengesetzte Grenzhang zum Ausgeben bei einer Budgetverlängerung nicht um die kleinste Einheit steigen würde, wenn die privaten Haushalte schon vorher alles ausgäben, was sie verdienen. Dennoch stiege auch unter diesen irrationalen Bedingungen unser Bruttovolkseinkommen, weil ein Teil von ihm einmal mehr umgeschlagen wird. Diese Verdopplung ist möglich auf Grund einer entsprechenden Geldschöpfung und einer entsprechenden Unterbeschäftigung.

5. Die Beseitigung des anfänglichen Defizits.

Nach diesen Überlegungen wird verständlich, was ein anfängliches Defizit für einen Sinn hat. Die obigen Ausführungen von Kaldor, Hansen, Perloff und Wallich sowie Haavelmos Kritik an ihnen erscheinen nun im rechten Licht: Ein anfängliches Defizit ist für das Wachsen des Bruttovolkseinkommens nicht erforderlich, soweit an anderer Stelle der Wirtschaft zusätzlich Geld entsteht. Der expansive Prozeß läuft dann auch ohne dieses Defizit. Die Geldmengenvermehrung an anderer Stelle erfolgt aber nicht automatisch; sie kann nicht garantiert werden. Das Defizit dagegen sichert den Gleichschritt von Güter- und Geldgrößen. Darauf wollten Kaldor, Hansen, Perloff und Wallich offensichtlich hinaus.

Es wäre jetzt noch nach dem weiteren Schicksal dieses Defizits zu fragen. Wird es, nachdem es einmal in das Budget hineingekommen ist, als Schönheitsfehler in der staatlichen Rechnungslegung weiterexistieren und nur durch eine nochmalige Steuererhöhung zum Verschwinden gebracht werden, oder geht aus der obigen Periodenanalyse vielleicht schon hervor, daß es automatisch verschwindet? Haben wir einen Expansionsprozeß, der von

²⁵⁾ Gottfried Haberler, a.a.O., S. 149, bezieht sich hier auf die Periodenanalyse.

²⁶⁾ Trygve Haavelmo: Multiplier Effects of a Balanced Budget, Reply, in: *Econometrica*, Band 14, 1946, S. 158. Übersetzung beider Zitate von mir.

selbst zum Haushaltsausgleich führt? Wenn die Budgetverlängerung nur eine vorübergehende ist: ja. Denn das Wesentliche des Prozesses liegt ja darin, daß der Staat alles, was er einnimmt, wieder ausgibt, also kann er in der Zwischenzeit keine Überschüsse zur Anleiherückzahlung bilden; sie sind ex definitione ausgeschlossen. Solange der Prozeß läuft, bleibt mithin das Defizit bestehen. Ist er beendet, d. h. wird die Budgetverlängerung wieder rückgängig gemacht, dann werden noch eine Periode später infolge der zeitlichen Verzögerung Einnahmen hereinkommen, denen nun keine Ausgaben mehr gegenüberstehen. Diese Einnahmen sind dem Defizit zahlenmäßig gleich, so daß sich hier eine Möglichkeit zur Schuldenrückzahlung bietet. „Die Anleiheaufnahme... ist von nicht-wiederkehrender Art und hat mit dauerndem Deficit spending nichts zu tun. Sie ist bloß eine Reflexion der gestiegenen Geldarbeit“, sagt Wallich²⁷⁾.

d) Die Inflationswirkungen einer Budgetverlängerung bei Vollbeschäftigung.

1. Die Größe des Budgetkoeffizienten.

Bisher wurde angenommen, daß vor der Vergrößerung des Budgets unbeschäftigte Produktionsfaktoren vorhanden sind. Diese Annahme soll nun fallen. Wie ändert sich das bisherige Ergebnis? Betrachten wir zunächst die Höhe des Budgetkoeffizienten.

Erweitert der Staat bei Vollbeschäftigung seine wirtschaftliche Aktivität, so bedeutet das, daß die gleiche Anzahl von Produktionsfaktoren zuungunsten des privaten Sektors umverteilt wird²⁸⁾. In der Regel wird diese Umverteilung durch Preiserhöhungen und erzwungenes Sparen bewerkstelligt. Das verfügbare Realeinkommen der Privaten bleibt demnach nicht mehr unverändert wie bisher; es sinkt. Nach dem psychologischen Gesetz sinkt mit dem Einkommen auch der Verbrauch, aber schwächer als dieses: Die Privaten schränken ihren Konsum nicht proportional ihrem gesunkenen Realeinkommen ein, d. h. der private Verbrauch widersetzt sich der Neuverteilung der Produktionsfaktoren. Wenn folglich der Konsum in realen Größen z. B. um 10 % gesenkt werden muß, weil der Staat bei Vollbeschäftigung seine Aktivität entsprechend gesteigert hat, so muß die Preissteigerung im Durchschnitt höher als 10 % sein. Dabei müssen Spiralbewegungen ausgeschaltet sein. In Geldgrößen gemessen steigt das Bruttovolkseinkommen damit stärker als das Budget. Diese Steigerung setzt sich aus zwei Komponenten zusammen:

²⁷⁾ Henry C. Wallich, a.a.O., S. 81. Übersetzung von mir.

²⁸⁾ Vgl. hierzu Franz Gehrels: Inflationary Effects of a Balanced Budget under Full Employment, in: American Economic Review, Band 39, 1949, S. 1276 ff.

1. der reinen Budgetwirkungen mit dem Koeffizienten gleich eins. Dabei handelt es sich nicht mehr um eine Vergrößerung des Bestandes an Gütern und Dienstleistungen, sondern um eine proportionale Preissteigerung.
2. dem überproportionalen Teil der Preissteigerung auf Grund des Grenzhangs zum Verbrauch.

2. Die Veränderungen im Grenzhang zum Verbrauch.

Sehen wir uns diese Vorgänge noch etwas näher an. Es kann nämlich im Grenzhang zum Verbrauch der Herd einer Spiralbewegung vermutet werden. Die neue Gleichgewichtslage des Bruttovolkseinkommens ist dann wesentlich labiler, als das im vorigen Abschnitt zum Ausdruck gekommen ist.

Wie wir sahen, führt die Reduktion des Realeinkommens der Privaten zu einem schwächeren Sinken des Konsums. Anders ausgedrückt: Es wächst der Teil des verfügbaren Geldeinkommens, der für den Konsum ausgegeben wird. Dieses Wachsen der Konsumausgaben führt wiederum zu einem höheren Volkseinkommen in Geldgrößen. Bei starker Steuerprogression wächst das Budget automatisch mit. Es ergibt sich eine neuerliche Reduktion des Realeinkommens. Wo diese Aufwärtsbewegung bei elastischem Kreditsystem zur Ruhe kommt, ist ungewiß. Stets muß aber die Preissteigerung zur Erreichung des neuen Gleichgewichts um so stärker sein, je geringer der Grenzhang zum Verbrauch in realen Größen ist, weil dann der Konsum in Geldgrößen um so stärker steigt²⁹⁾. Der Prozeß wird verschärft, wenn der Staat

²⁹⁾ George A. Bishop: A Note on the Overinvestment Theory of the Cycle and Its Relation to the Keynesian Theory of Income, in: American Economic Review, Band 41, Nr. 1, März 1951, S. 158 ff., bedient sich zur Klärung folgender mathematischer Darstellung: Bishop geht davon aus, daß die Budgetverlängerung zwei Effekte auslöst, einen expansiven infolge der Ausgabenerhöhung und einen kontraktiven infolge Steuererhebung. Die Differenz beider ist gleich der Einkommenswirkung des Budgets.

$$T \cdot \frac{1}{1-a'} - a \cdot T \cdot \frac{1}{1-a} = T(1-a) \cdot \frac{1}{1-a'},$$

wobei a der Grenzhang zum Verbrauch in realen Größen und a' der Grenzhang zum Verbrauch in Geldgrößen ist. Der Budgetkoeffizient ist also $\frac{1-a}{1-a'}$.

a ist nun offensichtlich die Größe, mit der der Prozeß begann, und a' ist die Größe nach erfolgter Preissteigerung. Steigen die Preise nicht, so ist $a = a'$, der Budgetkoeffizient also eins. Steigen die Preise jedoch infolge Vollbeschäftigung und ist a klein, so wird der Unterschied zwischen a und a' recht groß, der Budgetkoeffizient wird dann größer als eins. Wenn z. B. $a = 0,6$ und $a' = 0,9$ ist, dann wird die Steigerung im Einkommen viermal so groß sein wie die Budgetverlängerung.

versucht, seine Ausgaben in realen Größen ohne Rücksicht auf den Budgetausgleich durchzusetzen.

3. Stabilisierungsmaßnahmen.

Wie kann ein solcher Prozeß vermieden werden? Natürlich gibt es hier einen ganzen Katalog von anti-inflationistischen Maßnahmen. Er interessiert uns nicht. Uns interessiert das Verhältnis von Staatseinnahmen und -ausgaben. Welche Korrekturen müßten im Budget angebracht werden?

Das Nettovolkseinkommen blieb — wie wir sahen — bei einer Budgetverlängerung unverändert, ebenfalls blieb der private Konsum gleich. Davon müssen wir ausgehen. Da Vollbeschäftigung besteht, muß der Verbrauch der Privaten um den Betrag gesenkt werden, um den die öffentliche Hand ihre Aktivität steigern will. Das geschieht dadurch, daß mit Hilfe einer Steuer, die nicht wieder vom Staat ausgegeben wird, die privaten Einkommen beschnitten werden. Da der Grenzhang zum Verbrauch kleiner als eins ist, muß diese Einkommenskürzung immer größer sein als die geplante Budgetverlängerung. Sie muß genau gleich $1/a \cdot dA_{St}$ sein, wobei a der Grenzhang zum Verbrauch vor der Budgetverlängerung dA_{St} ist. Wenn also der Staat bei Vollbeschäftigung seine Aktivität um — sagen wir — 3 Mrd. DM erweitern will, dann muß er bei Vollbeschäftigung zur Vermeidung eines inflationistischen Prozesses zunächst den privaten Konsum um diese 3 Mrd. DM drosseln. Beträgt der Grenzhang zum Konsum $3/4$, so erreicht er dieses Ziel durch Wegsteuerung von Einkommensteilen in Höhe von $4/3 \cdot 3$ Mrd. DM = 4 Mrd. DM. Wird dieser Betrag von der öffentlichen Hand nicht wieder verausgabt, so erleiden die Privaten einen Einkommensverlust, der sie veranlaßt, auf Grund ihres Grenzhangs ihren Verbrauch um 3 Mrd. DM einzuschränken³⁰⁾. In dieser Lücke hat nun die geplante Budgetverlängerung Platz, der Staat kann wiederum Steuern in Höhe von 3 Mrd. DM erheben und diesen Betrag verausgaben. Wir haben also eine Steuererhöhung in Höhe von 7 Mrd. DM und eine Ausgabenerhöhung in Höhe von 3 Mrd. DM. Der Unterschied zwischen Steuer- und Ausgabenerhöhung hängt vom Grenzhang zum Verbrauch ab. Je geringer dieser Grenzhang ist, desto größer wird der Budgetüberschuß sein müssen. Anders ausgedrückt: Besteuert man kleine Einkommensgruppen mit starkem Konsum, so wird man mit relativ geringfügigeren Steuererhöhungen auskommen, als wenn man die hohen Einkommen mit schwachem Konsumhang besteuert. Unter

³⁰⁾ Das private Sparen sinkt dabei um 1 Mrd. DM. Da die Investition jedoch konstant bleiben soll, ist die Senkung nicht einkommenswirksam.

der Annahme der konstanten Investition arbeitet also das Prinzip der Überschußfinanzierung mit einer Verbrauchsbesteuerung wirkungsvoller als mit einer progressiven Einkommensbesteuerung. Analog dazu ist ja auch das Deficit spending um so wirksamer, je höher der Grenzhang zum Verbrauch der Ausgabenempfänger ist. Im Gegensatz zu der höheren Effizienz der Verbrauchsbesteuerung in diesem Fall eines konjunkturpolitischen Budgetüberschusses steht die Forderung der meisten Konjunkturtheoretiker nach einer flexiblen Steuerpolitik mit Hilfe der Einkommensteuer. Es muß dann aber — wie gesagt — mit höheren Budgetüberschüssen gerechnet werden, es sei denn, man verspricht sich eine entsprechend kontraktive Wirkung auf die Investitionstätigkeit. Ob man damit Erfolg hat, ist — wie wir noch sehen werden — recht unsicher. So wird man also die Wahl haben zwischen den hohen Budgetüberschüssen bei der progressiven Einkommensbesteuerung und recht unerwünschten sozialpolitischen Folgen bei der Verbrauchsbesteuerung.

Doch kehren wir zu unserem eigentlichen Thema zurück. Kann man auch mit einem ausgeglichenen Haushalt kontraktive Wirkungen erzielen? Wir haben diesen Fall schon behandelt: die Budgetverkürzung ^{30a)}. Die Verringerung von Steuern und Ausgaben um einen bestimmten Betrag bedeutet eine Schmälerung der dritten Einkommenskomponente, das Bruttovolkseinkommen verringert sich, und Produktionsfaktoren werden frei, der Inflationsdruck läßt nach.

Indes hat die Dynamik der staatlichen Wirtschaftstätigkeit diesen Weg weitgehend verbaut. Sich zu beschränken in Zeiten der Fülle liegt offensichtlich jenseits ihrer Möglichkeit. Aber es kommt noch etwas anderes hinzu: Solange die Budgetverkürzung nicht mit einer entsprechenden Geldvernichtung verbunden ist, bleibt der kontraktive Effekt aus. Diese Geldvernichtung erfolgt wiederum nicht automatisch. Es ist ganz und gar zweifelhaft, ob z. B. die Bauwirtschaft bei einem Stop des staatlichen Bauprogramms aufgenommene Kredite in der betreffenden Höhe zurückzahlt und damit die Geldmenge in der erforderlichen Weise reduziert. Wahrscheinlicher ist, daß bei starker Anspannung in diesem Sektor die private Nachfrage die des Staates ersetzt, ohne daß dabei die Geldmenge sinkt. Die Budgetpolitik wird dann erfolglos sein. Es soll damit mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß den monetären Begleiterscheinungen unsere ganze Aufmerksamkeit gebührt. Die von Haavelmo und anderen erwarteten Wirkungen können von dort aus erheblich modifiziert werden.

^{30a)} U. a. machen William J. Baumol und Lester V. Chandler, a.a.O., S. 351, auf diese Möglichkeit aufmerksam.

e) Die Berücksichtigung der induzierten Investition

1. Methode und Voraussetzungen.

Die bisherigen Ergebnisse wurden unter der Annahme gewonnen, die Investition sei konstant, sie werde von dem Expansionsprozeß nicht berührt. Diese Annahme ist in der Wirklichkeit unzulässig. Gleichwohl steht jede konkrete Aussage über den Einfluß der Budgetverlängerung auf das Investitionsvolumen auf unsicheren Füßen. Dazu ist der ganze Vorgang ein viel zu komplexes Problem, als daß man — wie immer auch begründet — eine ganz bestimmte Reaktion der Größe I folgern könnte. So kann man vermuten, daß die Nachfrage nach Geld als Folge des beschriebenen time lag den Zinssatz in die Höhe treibt³¹⁾ und somit den Investitionsvorgang abbremsst. Ebenso kann die vom Staat ausgehende zusätzliche Nachfrage Neuinvestitionen anregen. Wo und mit welcher Stärke Gegenbewegungen auftreten, läßt sich unter unseren allgemeinen Bedingungen nicht sagen. Das Problem ist zu vielschichtig.

So sei der folgende Kunstgriff erlaubt: Ein Teil des gesamten Investitionsvolumens sei weiterhin autonom: er soll konstant bleiben. Der übrige Teil soll sich dagegen mit den Budgetveränderungen bewegen und zwar in beiden Richtungen. Die Stärke dieser Bewegungen soll an unserem bisherigen Ergebnis gemessen werden. Wir erhalten damit die Abweichung vom bisherigen Resultat als Folge einer induzierten Investitionsänderung. Wir nehmen also eine bestimmte Investitionsänderung als gegeben hin und fragen, wie sich unser Ergebnis $dE = dA_{St}$ ändert. Die Hauptsache dabei, unter welchen Bedingungen es überhaupt zu Änderungen im Investitionsvolumen kommt, soll dem dritten Hauptteil der Arbeit vorbehalten bleiben.

2. Die modelltheoretische Analyse.

Wir brauchen uns nur vorzustellen, daß auf eine Budgetveränderung hin zwei Vorgänge ausgelöst werden:

1. $dE = dA_{St}$ (Expansionseffekt einer Budgetverlängerung)
2. $dE = \frac{1}{1-a} \cdot dI$ (Multiplikatoreffekt einer Investitionsänderung)
3. $dE = dA_{St} + \frac{dI}{1-a}$ (Gesamtänderung im Volkseinkommen)³²⁾.

³¹⁾ Erich Schneider, a. a. O., S. 211, weist auf diese Möglichkeit hin.

³²⁾ Everett E. Hagen, a. a. O., S. 154, gibt folgende Herleitung: Die autonome Investition J ist konstant, die induzierte Investition ist gleich cT , die Gesamtinvestition I ist dann $= J$ plus cT . Das Bruttovolkseinkommen setzt sich zusammen

Die beiden Beziehungen (die Formel von Hagen bezieht sich auf die absolute Höhe des neuen Volkseinkommens, und die andere Gleichung drückt die Veränderungen dieser Größe aus; in beiden Fällen wird das Ergebnis nach einer gewissen Zeit annähernd erreicht) lassen folgendes erkennen: Je größer die induzierte Investitionsänderung und je kleiner der Grenzhang zum Verbrauch der Privaten ist, desto größer ist die Abweichung vom bisherigen Ergebnis bei konstanter Investition und umgekehrt. Zu beachten ist hier wieder, daß der Grenzhang zum Verbrauch sich nur auf den Prozeß des Investitionsmultiplikators bezieht; mit der Budgetverlängerung hat er nichts zu tun.

3. Modelltheoretische Spezialfälle.

Um einen Eindruck von den hier auftretenden Verschiebungen zu geben, seien die folgenden Spezialfälle aufgeführt, die Hagen im Anschluß an seine mathematische Herleitung bringt³³⁾.

- a) dI ist größer als null: Steigt das Investitionsvolumen auf Grund der Budgetverlängerung an, dann erhöht sich das Bruttovolkseinkommen nicht nur um den Steuerbetrag, sondern darüber hinaus um ein Vielfaches der zusätzlichen Investition.
- b) dI ist gleich null: Ändert sich das Investitionsvolumen nicht, dann gilt das alte Ergebnis.
- c) dI ist kleiner als null und kleiner als der Grenzhang zum Sparen: Sinkt das Investitionsvolumen auf Grund der Budgetverlängerung und ist dieser Rückgang, bezogen auf die Budgetverlängerung, kleiner als der Grenzhang zum Sparen, dann wächst das Bruttovolkseinkommen

aus dem privaten Konsum, der Gesamtinvestition und der Nachfrage der öffentlichen Hand. In der 1. Periode ist es dann

$$\begin{aligned} E_1 &= a(E_0 - T) + Nb + J + T + cT \quad \text{oder} \\ &= E_0 + (1 - a + c) \cdot T; \quad \text{und für die 2. Periode} \\ E_2 &= a(E_1 - T) + Nb + J + T + cT \quad \text{oder} \\ &= aE_0 + (1 - a + c) T - T + Nb + J + T + cT; \\ &= E_0 + (1 + a)(1 - a + c) T. \end{aligned}$$

Für die n -te Periode erhalten wir

$$\begin{aligned} E_n &= E_0 + (1 + a + a^2 + a^3 \dots + a^{n-1}) \cdot (1 - a + c) T. \\ \lim E_n &= E_0 + \left(\frac{1}{1-a} \right) (1 - a + c) T \\ &= E_0 + \left(1 + \frac{c}{1-a} \right) T. \end{aligned}$$

³³⁾ Vgl. Everett E. Hagen, a. a. O., S. 154 f.

geringer als um den Ausgabenbetrag des Staates. Dieses Minus ist dem Produkt aus Investitionsrückgang und Multiplikator gleich. Wird z. B. das Budget um 1 Mrd. DM verlängert, und die Investition sinkt daraufhin um 100 000 DM, so wird sich das Bruttovolkseinkommen bei einem Grenzhang zum Sparen von $\frac{1}{5}$ nur um 500 000 DM erhöhen.

- d) dI gleich dem Grenzhang zum Sparen: Ist der induzierte Investitionsausfall, bezogen auf die Budgetverlängerung, dem Grenzhang zum Sparen gleich, so wird das Bruttovolkseinkommen unverändert bleiben, der expansive und der kontraktive Prozeß gleichen sich aus. Beispiel: Das Budget steigt um 1 Mrd. DM, die Investition sinkt um 200 000 DM, der Grenzhang zum Sparen ist gleich $\frac{1}{5}$. Die Einkommensminderung aus dem Investitionsrückgang wird dann 1 Milliarde DM betragen, um den gleichen Betrag wird das Bruttovolkseinkommen auf Grund der Budgetverlängerung steigen, Zunahme und Abnahme gleichen sich aus.
- e) dI ist größer als der Grenzhang zum Sparen: Ist der induzierte Investitionsausfall, bezogen auf die Budgetverlängerung, größer als der Grenzhang zum Sparen, dann sinkt das Bruttovolkseinkommen, weil der kontraktive Effekt des Investitionsmultiplikators größer ist als der expansive Effekt der Budgetverlängerung.

4. Der Restriktionseffekt infolge staatlichen Wettbewerbs mit den Privaten.

Nach diesen Überlegungen am Modell sollen in den folgenden Abschnitten Themen berührt werden, die in der wirtschaftlichen Wirklichkeit eine Rolle spielen. Sie sind Bestandteile jenes Komplexes, der sich immer mehr als der Angelpunkt aller diskutierten Budgetwirkungen erweisen wird: des Investitions- und Sparproblems. Hier entscheidet sich erst, ob eine Budgetverlängerung von — sagen wir — einer Milliarde DM das Bruttovolkseinkommen tatsächlich um den gleichen Betrag hebt. Dennoch kann es sich hier im Zusammenhang mit dem nicht-progressiven Budget nur um eine erste rohe Übersicht handeln. Detaillierte Untersuchungen gehören in das Kapitel III.

Dennoch darf an dieser Stelle das folgende nicht fehlen, es gilt nämlich für das nicht-progressive Budget ebenso sehr. Nachdem der Einfluß eines veränderten Investitionsvolumens auf das Bruttovolkseinkommen angezeigt worden ist, wäre zu fragen, unter welche Bedingungen sich die private Investition ändern könnte. Aus der Reihe der verschiedensten Aspekte ist einer von ihnen schon hier zu behandeln, weil wir die Ausgaben des Staates für Güter und Dienstleistungen stets aus der Perspektive der Privatwirtschaft als Konsumausgaben angesehen haben. Natürlich handelt es sich dabei im

strengen Sinne nicht immer um Konsumausgaben. Wir denken hier speziell an die privatwirtschaftliche Betätigung des Staates. Entscheidend für den Fortgang der privaten Investitionstätigkeit wird es nun nicht zuletzt sein, auf welchem Gebiet sich der Staat betätigt, d. h. welcher Art seine Ausgaben sind. Konkreter: Wählt der Staat ein Gebiet, das bereits von der Privatwirtschaft besetzt ist, so wird er — den folgenden Umstellungsprozeß außer Ansatz gelassen — dem Bruttosozialprodukt nichts hinzutun, wenn nur private Güter und Dienstleistungen durch staatliche ersetzt werden, nachdem schon staatliche Investitionen an die Stelle der privaten getreten sind. Dies gilt besonders für den doch beachtlichen Bereich der öffentlichen Unternehmungen. Es gilt nicht in dem Maße, soweit der Staat aus sozialen Gründen Produktionsstätten weiterführt, die von der Privatwirtschaft schon aufgegeben worden wären. Hier ist der produktive Beitrag des Staates zum Bruttosozialprodukt um den Subventionsbetrag geringer als die tatsächlichen Kosten solcher Betriebe, soweit das im Marktpreis enthaltene ökonomische Prinzip zugrundegelegt wird.

Es handelt sich bei dieser Frage in erster Linie um ein konjunkturelles Problem einer weitgehend saturierten Volkswirtschaft, darum also, daß der Staat bei großer Arbeitslosigkeit z. B. bei gesättigtem Wohnungsbedarf Häuser baut, nur um überhaupt etwas zu tun, und dabei private Bauherren vom Markte drängt. Diese Gefahr ist für die westdeutschen Verhältnisse keineswegs aktuell, da wir auf weiten Gebieten von einer solchen Sätturtheit noch beträchtlich entfernt sind. Wohnungs-, Energie- und Verkehrswirtschaft — Gebiete, die wir noch unter anderen Gesichtspunkten kennenlernen werden — bieten der öffentlichen Hand noch viel Raum für eine gesteigerte Tätigkeit im konjunkturellen Ernstfall.

Nicht nur hinsichtlich der Erzeugung von gleichen oder ähnlichen Gütern und Diensten kann der Staat mit der Privatwirtschaft ins Gehege kommen. Auch durch vermehrte Anstrengungen auf seinem ureigensten Gebiet kann er Restriktionen im privaten Investitionsvolumen auslösen, dann nämlich, wenn Produktionsfaktoren knapp sind und der Privatwirtschaft erst entzogen werden müssen. Wir kennen das aus der Betrachtung der Inflationswirkungen. Allerdings ist dazu nicht immer eine generelle Vollbeschäftigung nötig. Auch bei Unterbeschäftigung kann der Fall eintreten, daß die zur öffentlichen Wirtschaft abwandernden Arbeitskräfte im betroffenen Bereich nicht ersetzt werden können, weil sie knapp sind. Dazu ein Beispiel: Der Staat vergrößert seinen Gesundheitsdienst. Ärzte und anderes Krankenpersonal wandern aus den privaten Kliniken ab. Oder: Der Staat rüstet auf, und Facharbeiter melden sich daraufhin zum Militär.

Oft wird ein privatwirtschaftliches Angebot zu Marktpreisen durch ein freies Angebot des Staates ersetzt. Wir können hier wieder den Gesundheitsdienst als ein sehr naheliegendes Beispiel anführen. Entscheidend ist nun, ob selbst bei freiem Angebot der Konsum noch steigerungsfähig ist. Ist das nicht der Fall, dann sollte sich der Staat anderen Bereichen zuwenden. Wie gesagt: Es gibt deren bei uns noch genug.

f) Das Wesen des zusätzlichen Bruttovolkseinkommens

Wenn der Staat seine Ausgaben und seine Steuern erhöht, entsteht unter den bereits entwickelten Vorbehalten zusätzliches Bruttovolkseinkommen, das private Nettoeinkommen dagegen bleibt insgesamt unverändert. Was da also zusätzlich gebildet wird, ist so etwas wie das „Einkommen des Staates“. Dieser Begriff ist ungewöhnlich; der Staat hat kein Einkommen, er hat Einnahmen, in unserem Fall in Form von Steuern. Monetär entstammt dieses zusätzliche „Staatseinkommen“ tatsächlich der neuen Steuer, sachseitig entstehen Güter und Dienstleistungen. So gesehen sind der Steuerbetrag und die daraus entstandenen Güter und Dienstleistungen zwei Aspekte der gleichen Sache „Einkommen des Staates“. Es ist bei der gleichzeitigen Erhöhung von Steuern und Ausgaben für Güter und Dienstleistungen gleichsam durch eine generelle Vorleistung der Privaten charakterisiert.

1. Die Ausgabengruppe der Transferzahlungen.

Nun enthält ein jedes Budget eine Reihe von Ausgaben, die in güterwirtschaftlicher Hinsicht das Bruttovolkseinkommen nicht erhöhen. Man faßt sie unter dem Oberbegriff „Transferzahlungen“ zusammen und definiert sie als „Zahlungen ohne ökonomische Gegenleistung an Haushalte“³⁴⁾. Mit ihnen entstehen simultan keine zusätzlichen Güter und Dienstleistungen.

Wenn der Staat also die Steuern erhöht und dafür erhöhte Renten auszahlt, dann bleiben ohne Geldschöpfung der private Konsum und das Volkseinkommen unter der Annahme eines nicht-progressiven Budgets unverändert³⁵⁾. Die Steuerzahler werden ihren Verbrauch auf Grund ihres geminderten Einkommens senken, die Rentenempfänger ihren Verbrauch auf Grund ihres gestiegenen Einkommens erhöhen. Also:

$$C_{pr} = a(E_{pr}^v) \text{ und}$$

$$E_{pr}^v = C_{pr} + I_{pr} + (A_{st} + T_r - T),$$

³⁴⁾ So Erich Schneider, a. a. O., S. 184.

³⁵⁾ In der Regel wird es zu einer Erhöhung des privaten Konsums kommen. Vgl. dazu das Kap. über das progressive Budget.

wenn Cpr der private Konsum, a der Grenzhang zum Verbrauch, E_{pr}^v das verfügbare Einkommen der Privaten, Ipr die private Investition, Ast die Ausgaben des Staates für Güter und Dienstleistungen, Tr die Transferzahlungen und T der Steuerbetrag ist.

Wenn nun eine zusätzliche Geldschöpfung mit der Renten- und Steuererhöhung einhergeht, so wird das Bruttogeldeinkommen der Privaten steigen. Was geschieht in einem solchen Fall, der durch das Deficit spending des Staates oder die Kreditgewährung seitens der Banken denkbar ist, mit Em , dem Volkseinkommen zu Marktpreisen, in dessen Bestimmungsgleichung $Em = Cpr + Ipr + Ast$ die Größe Tr fehlt?

Nehmen wir an, die Geldmenge stiege auf Grund eines Defizits. Diesem monetären Mehr steht dann im güterwirtschaftlichen Bereich nichts gegenüber, so daß nach der Quantitätsgleichung auf der rechten Seite P steigen muß, weil H gleichbleibt. Ist der Preismechanismus intakt, so blähen sich Cpr und Ipr auf. Diese Aufblähung erhöht das Volkseinkommen zu Marktpreisen.

Da nun $Em = Cpr + Ipr + Ast$ unter statischen Verhältnissen gilt, unser Problem aber dynamischer Natur ist, wird die Aufblähung nicht ohne weiteres sichtbar. Wir müssen also zu dynamischen Beziehungen kommen. Das geschieht dadurch, daß wir den privaten Verbrauch einer bestimmten Periode vom Einkommen der Vorperiode bestimmt sein lassen. In den folgenden Beziehungen soll von staatlichen Ausgaben für Güter und Dienste einmal abgesehen werden, Ipr soll konstant sein. Zu zeigen ist, wie die Erhöhung von Cpr vonstatten geht. Die Perioden ohne staatliche Rentenzahlungen ergeben: $Em_0 = Cpr_0 + Ipr_0$, wobei $Cpr = Cpr(Em)$ ist. Mithin:

$$Em_0 = Cpr_0(Em_0) + Ipr_0.$$

Wenn der Staat nun die Rentenauszahlungen mit einem anfänglichen Defizit beginnt, ergibt sich für die erste Periode: $Em_1 = Cpr_1(Em_0 + Tr) + Ipr_0$.

Der Verbrauch der ersten Periode ist gegenüber den Vorperioden gestiegen, also auch Em_1 gegenüber Em_0 . Das Defizit wird nun nicht in der zweiten Periode durch einen entsprechenden Steuerbetrag getilgt, sondern diese Steuern werden in der zweiten Periode wiederum zu Rentenzahlungen verwendet, das zusätzliche Geld befindet sich also nach wie vor im Kreislauf. Also:

$$Em_2 = Cpr_2(Em_1 + Tr - T) + Ipr.$$

Da T und Tr herausfallen, ergibt sich:

$$Em_2 = Cpr_2(Em_1) + Ipr.$$

D. h. der Konsum der zweiten Periode entspricht dem erhöhten Einkommen der Vorperiode. Die Erhöhung des Volkseinkommens in der ersten Periode ist durch die Steuererhöhung in der zweiten nicht wieder rückgängig gemacht worden. Die Steigerung entspricht der Geldzunahme. Sie ist abhängig vom Konsumhang und beruht auf der Preissteigerung der Verbrauchsgüter.

2. Die unproduktiven Beiträge des Staates zum Bruttovolkseinkommen.

Die Ausgaben des Staates für Güter und Dienstleistungen selbst können sehr verschieden beurteilt werden. So haben Ausgaben für einen aufgeblähten Verwaltungsapparat für das Bruttovolkseinkommen einen anderen Wert als Ausgaben für Bodenmeliorationen, und Verteidigungsausgaben sind wiederum von Ausgaben für den Straßenbau verschieden. Es ist nicht leicht, einen geeigneten Wertmaßstab für eine sinnvolle Klassifizierung zu finden. Eine Trennung der Ausgaben für Güter und Dienstleistungen in produktive und unproduktive Beiträge des Staates zum Bruttovolkseinkommen wird also nicht ohne eine gewisse Willkür auskommen, zumal die meisten Ausgaben des Staates aus anderen als ökonomischen Gründen gerechtfertigt sind. Wir können deshalb die produktiven Beiträge des Staates zum Bruttovolkseinkommen nur etwas ungenau als solche Beiträge definieren, die geeignet sind, die Leistungsfähigkeit eines Volkes zu fördern. Das wird man von verschwenderischen Verwaltungsausgaben sicherlich nicht sagen können. Auch den Ausgaben für die Verteidigung wird man eine solche leistungssteigernde Eigenschaft absprechen müssen, so sehr man sich auch bemüht hat, sie als Versicherungssumme für den Frieden ökonomisch sinnvoll zu begründen.

3. Die produktiven Beiträge.

Es bleibt die dritte große Ausgabengruppe, an die bisher immer gedacht wurde, wenn von einer Budgetverlängerung die Rede war. Hierher gehören u. a. die Ausgaben des Staates für die Erziehung, die Justiz, die Gesundheitspflege, den Straßen- und Wohnungsbau. Hierbei ist nun noch auf zweierlei zu achten:

1. Das Angebot des Staates kann frei sein, oder es kann einen Preis haben. Im zweiten Fall müssen die Privaten aber auch im Besitz der entsprechenden Geldmenge sein. Es handelt sich dabei um die zweite Geldmengenvergrößerung, von der im Zusammenhang mit der Periodenanalyse die Rede war. Es ergibt sich nun die eigenartige Konstruktion,

daß der Staat für seine Güter und Dienste zweimal den entsprechenden Betrag vereinnahmt: zuerst den Steuerbetrag und dann den Betrag auf Grund irgendeines Preises. Bei dieser zweiten Einnahme handelt es sich aber immer nur um erwerbswirtschaftliche Einnahmen, Gebühren oder Beiträge, die natürlich zum Ausgleich des Budgets herangezogen werden, so daß entweder der Steuerbetrag, von dem wir ursprünglich ausgegangen sind, tatsächlich geringer ist oder eine Budgetverlängerung, wenn der Staat die zweite Einnahme neuerlich ausgibt, oder ein Budgetüberschuß entsteht, wenn er sie nicht ausgibt.

2. Das Angebot des Staates ist frei, und Güter und Dienste der Privaten werden ersetzt. Das Bruttovolkseinkommen wird dann möglicherweise nicht vergrößert, in der Gleichung $Em = Cpr + Ipr + Ast$ können sich die Größen Cpr und Ast kompensieren. Es ist dann die alte Frage, ob der Steuerzahler in Höhe seiner Einkommensminderung in den Genuß der staatlichen Wohltaten kommt oder nicht, ob er die Inanspruchnahme dieser Vergünstigungen wirklich seinem Realeinkommen zuschlägt und auf dieser Basis seine Entscheidungen über die Einkommensverwendung trifft. Auf lange Sicht kann das vermutet werden. Es kommt wohl dabei ganz auf die Art des staatlichen Dienstes und seines Umfangs an. Ein wirklich weitreichendes System einer Gesundheitsfürsorge — so meint Henry C. Wallich — könnte dem Steuerzahler einen mehr oder weniger großen Teil seiner Verbrauchsausgaben mindern ³⁶⁾. Eine solche Minderung wird sich dann entweder über erhöhte Ersparnisse oder Konsumausgaben zu Buch schlagen, so daß dann doch das Volkseinkommen steigen wird.

B. Das progressive Budget.

Der Ausgleich eines Budgets kommt dadurch zustande, daß im gleichen Ausmaß Steuern erhoben und Ausgaben getätigt werden. Dabei tritt — wie wir sahen — ein bestimmtes Maß an Kaufkraft einmal mehr auf den Markt: Es entstehen die sogenannten reinen Budgetwirkungen, wie wir sie kennengelernt haben. Daneben bewirkt nahezu jedes Budget noch etwas weiteres: Es werden Einkommensteile neu verteilt. Sie werden den Steuerzahlern genommen und den Ausgabenempfängern hingegeben. Hieraus folgt eine andere Gruppe von Wirkungen: die der Redistribution. Sie waren schon mehr oder weniger klar bekannt, bevor man an die Untersuchung des nicht-progressiven Haushalts ging. Heute haben sie bereits in die Lehrbuchlitera-

³⁶⁾ Henry C. Wallich, a. a. O., S. 85.

tur Eingang gefunden. Man beschränkt sich dort allerdings auf den theoretischen Obersatz und stellt sie recht einseitig und keineswegs umfassend dar. Einer solchen umfassenden Darstellung stellen sich nämlich sehr bald erhebliche Schwierigkeiten in den Weg: Man gelangt bald in ein Dickicht von Beziehungen, über die sich quantitative Aussagen nur schwerlich machen lassen. So fehlen bis heute auch nur annähernd akzeptable Schätzungen über die hier auftretenden Größenordnungen. Der Grund dafür liegt darin, daß man mit einer sehr komplexen Größe „Grenzhang zum Verbrauch“ arbeiten muß und die Reaktionen vor allem im Investitionsbereich nicht genau zu erfassen sind.

a) Die Analyse einer progressiven Budgetverlängerung im einfachen Modell.

1. Die Bestimmungsgründe der Progression.

aa) Die einperiodische Betrachtung.

Wir führen eine neue Steuer ein. Sie soll die Einkommen treffen, die relativ hoch sparen. Die dadurch vereinnahmten Beträge werden zu Ausgaben verwendet, die stark konsumierenden Einkommensbezieher zufließen. Bei den stark sparenden Einkommen handelt es sich zumeist um hohe, bei den stark konsumierenden zumeist um niedrige Einkommen. Wir können also sagen, daß hohe Einkommen gemindert und niedrige erhöht werden. Es ändert sich die Häufigkeitsverteilung der Einkommen, es ändert sich das gewogene durchschnittliche Einkommen. Da die Beziehung zwischen dem Einkommen und dem Konsum nicht als linear angenommen wird, sondern im Koordinatensystem als eine aufsteigende, nach oben durchgebogene Kurve erscheint, hat die Umverteilung zur Folge, daß der private Konsum insgesamt steigt. Diese Steigerung bewirkt eine Expansion des Volkseinkommens. Anders ausgedrückt: Die Bezieher großer Einkommen werden nach der Zahlung ihrer Steuern ihren Konsum im geringeren Maße einschränken, als die Bezieher kleiner Einkommen nach dem Empfang der staatlichen Ausgaben ihren Verbrauch ausdehnen werden. Im Endeffekt steigt dann bei konstanter Investition das Volkseinkommen.

Im vorliegenden Fall wurde eine Zeitperiode betrachtet. Sie begann mit der Steuererhebung und der Verausgabung des gleichen Betrages und führte über die Steigerung des privaten Konsums zum erhöhten Volkseinkommen. In diesem Fall ist der expansive Effekt unschwer darzustellen. Konsumminderung auf der einen und Konsumerhöhung auf der anderen Seite richten sich nach den Grenzneigungen der beiden Gruppen, bezogen auf die Einkommensveränderung. Das Volkseinkommen wird sich demnach auf Grund der privaten Nachfrage nach Konsumgütern in der Weise erhöhen, daß

$$dE = dC_{pr} = a_2 dT - a_1 dT = dT(a_2 - a_1)$$

ist, wobei a_1 den Grenzhang zum Verbrauch der Steuerzahler und a_2 den Grenzhang zum Verbrauch der Ausgabenempfänger bezeichnet. Die Budgetverlängerung beträgt $dT = dA_{St}$.

bb) Die mehrperiodische Analyse.

Der Prozeß ist damit noch nicht zu Ende, die Einkommenserhöhung hat noch weitere Wirkungen. Der erhöhte Konsum der Ausgabenempfänger steigert nämlich das Einkommen einer anderen Gruppe und damit auch ihren Konsum. Diese Steigerung trifft auf eine dritte Gruppe, und so läuft nach Multiplikatorart eine ständig schwächer werdende Welle durch viele Einkommen der übrigen Wirtschaftssubjekte, und man ginge ihrer verlustig, gäbe es nicht gleichsam ein Instrument, diesen sich vielfach verzweigenden Strom zusammenzufassen und sichtbar zu machen: den Grenzhang zum Verbrauch als Summe einer unendlichen Reihe mit den Grenzneigungen der einzelnen Gruppen als ihren Gliedern mit steigender Potenz.

Hier liegt der Vorteil dieser Größe „Grenzhang zum Verbrauch“; hier liegt aber auch ihr großer Nachteil: Jeder Einkommensgruppe, die der multiple Prozeß durchläuft, wird die gleiche Konsum- und Spargewohnheit unterstellt. Jede Einkommensgruppe muß auf eine Einkommenserhöhung genau so reagieren, wie ihre Vorgänger es taten, beispielsweise $\frac{2}{3}$ dem Konsum und $\frac{1}{3}$ den Ersparnissen zufügen. Dies ist natürlich unreal, da jeweils verschieden hohe Einkommen berührt werden, so daß das psychologische Gesetz wirksam wird. Mit diesen Schwierigkeiten wird die Multiplikatortheorie in roher Form dadurch fertig, daß sie hinsichtlich der Konsumneigung einen Durchschnittswert unterstellt. Außerdem fallen ja rein größenordnungsmäßig die ersten zwei oder drei Perioden wirklich ins Gewicht. Hier ist das etwas anderes, hier kommt es auf die Unterschiede im Grenzhang zum Konsum an. Nur von diesen Unterschieden her gelangen wir überhaupt zu Redistributionswirkungen.

Das Volkseinkommen bewegt sich also auf Grund des durch die Konsumzunahme ausgelösten multiplen Prozesses auf jene neue Gleichgewichtslage zu, die durch die anfängliche Konsumerhöhung $T(a_2 - a_1)$ und den durchschnittlichen Grenzhang zum Verbrauch gegeben ist. Sie ist demnach

$$dE = dC_{pr} = \frac{1}{1 - a_0} \cdot T(a_2 - a_1).$$

wobei a_0 der Durchschnittswert des in der gesamten Volkswirtschaft herrschenden Grenzhangs zum Verbrauch ist. Danach ist die Redistributionswir-

kung eines ausgeglichenen Haushalts vom Verhältnis dreier Grenzneigungen abhängig. Sie ist um so größer, je größer der Unterschied zwischen den Grenzneigungen der Steuerzahler und der Ausgabenempfänger und je größer der allgemeine Grenzhang selbst ist.

cc) Die Berücksichtigung der reinen Budgetwirkungen.

Wollen wir in dem letzten Ausdruck noch den Effekt $dE = dA_{St}$ des nicht-progressiven Budgets berücksichtigen, dann müssen wir vereinfachend annehmen, die Ausgabenempfänger hätten den gleichen Konsumhang wie die Volkswirtschaft insgesamt, also $a_2 = a_0$. Das Volkseinkommen wird sich nun nach einer Budgetverlängerung in der ersten Periode um T erhöhen und um $a_1 T$, die Konsumabnahme der Besteuernten, vermindern. Also $dE_1 = T - a_1 T$. Die induzierte Konsumzunahme erfolgt dann in der zweiten Periode und löst die Steigerungen der folgenden Perioden aus. Sie werden mit dem Grenzhang zum Verbrauch erfaßt. Also ist

$$dE = \frac{1}{1-a_0} \cdot T(1-a_1)^{37}.$$

Diese Beziehung umfaßt das progressive und das nicht-progressive Budget. Im Falle des nicht-progressiven Budgets ist $a_0 = a_1$, das entspricht der Definition, daß die Konsumgewohnheiten zweier Einkommensgruppen gleich sind und keine Umverteilungswirkung zustande kommt, dE ist dann gleich dT . Bestimmen wir endlich noch den Budgetkoeffizienten k : Da

$$dE = \frac{1-a_1}{1-a_0} \cdot T \text{ und } dE = k \cdot T \text{ ist, so ergibt sich } k = \frac{1-a_1}{1-a_0}.$$

Nehmen wir also an, der Staat verlängere sein Budget um 1 Milliarde DM, und die Steuer treffe eine bestimmte, stark sparende Einkommensgruppe mit dem Grenzhang zum Verbrauch in Höhe von $1/3$, der allgemeine Grenzhang sei aber $2/3$, so erhöht sich das Bruttovolkseinkommen um

$$dE = 3 \cdot 1 \text{ Mrd.} \cdot (1-1/3) = 2 \text{ Mrd. DM.}$$

Davon entfallen 1 Mrd. DM auf den Redistributionseffekt, um diesen Betrag erhöht sich das Einkommen des Privaten, die andere Milliarde stellt den „output“ des Staates dar. Der Koeffizient dieser Verlängerung beträgt 2.

2. Der Nettoeffekt eines Gesamtbudgets.

Wir sind bisher stets von einer Budgetverlängerung ausgegangen. Wie sind nun die Wirkungen eines unveränderten Gesamtbudgets in den Griff zu bekommen? Es ist unschwer einzusehen, daß die bisher aufgezeigten

³⁷⁾ Vgl dazu Erich Schneider, a. a. O., S. 200.

Effekte auch für diesen Fall repräsentativ sind. Die time lags sind ausgelaufen, das neue Gleichgewicht ist erreicht.

Für unseren neuen Ausgangspunkt „Gesamtbudget“ wird nun ein Ausdruck gesucht, der den Gesamteffekt aller Budgetelemente in integraler Sicht zum Ausdruck bringt. Diesen Zweck erfüllt der Begriff „Nettobeitrag des Staates zum Konsumfonds“³⁸⁾. Diesem Begriff liegt die folgende Konzeption zugrunde: Die Finanzwirtschaft des Staates wird gedanklich in die Volkswirtschaft hineinintegriert, der öffentliche und der private Sektor erscheinen ungeschieden voneinander. Im Lichte der Einkommensverwendung sind nun zwei Fonds denkbar: der Konsumfonds und der Sparfonds. Beide Fonds enthalten die Summe aller in der Volkswirtschaft verfügbaren Geldbeträge zu Konsumzwecken einerseits und zu Sparzwecken andererseits. Wir stellen uns diese Summen am zweckmäßigsten als ex ante-Größen, mithin als Planungen der Haushalte und Unternehmungen vor. Nun wissen wir, daß die einzelnen Budgetelemente Einkommensteile umleiten: Eine Gruppe von Steuern leert den Konsumfonds, eine andere den Sparfonds und eine dritte schließlich beide Fonds in einem bestimmten Verhältnis. Die Mittel fließen zum Budget und werden vom Staat verausgabt. Dabei füllt eine Gruppe von Ausgaben den Konsumfonds, eine andere den Sparfonds und wiederum eine dritte beide Fonds in einem bestimmten Verhältnis. Diese sechs Bewegungen sollen innerhalb einer Periode ablaufen. Die Veränderung des Konsumfonds am Ende gegenüber dem Anfang der Periode gibt nun über den expansiven bzw. kontraktiven Gesamteffekt eines Budgets Auskunft. Sie selbst ist schon der Nettobeitrag des Staates zum Konsumfonds. Ist sie negativ, dann spricht man besser von der Nettoabsorption des Staates vom Konsumfonds. Aus der Fülle der möglichen Fälle seien dazu die folgenden Beispiele aufgeführt:

1. Ein ausgeglichener Haushalt ist expansiv.

Steuern: 100, davon 75 aus dem Konsum- und 25 aus dem Sparfonds
Ausgaben: 100, davon 80 in den Konsum- und 20 in den Sparfonds
Nettobeitrag des Staates zum Konsumfonds: 5

2. Ein ausgeglichener Haushalt ist kontraktiv.

Steuern: 100, davon 75 aus dem Konsum- und 25 aus dem Sparfonds

³⁸⁾ Der Begriff findet sich bei Harold M. Somers: *Public Finance and National Income*, Philadelphia und Toronto 1949, S. 494 ff. Paul Senf hat ihn in der deutschsprachigen Literatur eingeführt. Vgl. Paul Senf: *Das Budget im Lichte der modernen Wirtschaftstheorie*, in: *Beiträge zur Finanzwissenschaft und Geldtheorie*, Festschrift für Rudolf Stucken, hrsg. von Fritz Voigt, Göttingen 1953, S. 142 ff.

Ausgaben: 100, davon 60 in den Konsum- und 40 in den Sparfonds
Nettoabsorption des Staates vom Konsumfonds: 15

3. Ein ausgeglichener Haushalt ist neutral in bezug auf die Konsumquote.
Steuern: 100, davon 60 aus dem Konsum- und 40 aus dem Sparfonds
Ausgaben: 100, davon 60 in den Konsum- und 40 in den Sparfonds
Nettobeitrag des Staates zum Konsumfonds: 0

4. Ein Defizithaushalt ist kontraktiv.

Steuern: 100, davon 80 aus dem Konsum- und 20 aus dem Sparfonds
Defizit: 20 aus dem Sparfonds
Ausgaben: 120, davon 70 in den Konsum- und 50 in den Sparfonds

5. Ein Überschußbudget ist expansiv.

Steuern: 120, davon 80 aus dem Konsum- und 40 aus dem Sparfonds
Ausgaben: 100, davon 85 in den Konsum- und 15 in den Sparfonds

Diese Beispiele lassen sich zu folgendem theoretischem Obersatz zusammenfassen: Ein Budget wirkt expansiv, wenn der Einnahmebetrag, der dem Konsumfonds entnommen wird, in der gleichen Periode kleiner ist als der Ausgabenbetrag, der in den Konsumfonds hineinfließt. Im umgekehrten Fall wird das Budget kontraktiv. Erst wenn beide Ströme gleich sind, erhalten wir den Sonderfall des neutralen Haushalts³⁹⁾.

Die vorstehende Art der Darstellung ist gewiß recht instruktiv; gerade durch ihre Einfachheit vermittelt sie ein unkompliziertes Bild vom Ergebnis einer Einkommensumverteilung durch die öffentliche Hand. Entscheidend ist, daß sie unsere Aufmerksamkeit auf die einzelnen Budgetelemente lenkt und zum Ausdruck bringt, daß die Stärke der Redistributionseffekte vom Steuer- und Ausgabensystem des Haushalts abhängt. Sie hat dennoch eine große Schwäche: Man kann dem Nettobeitrag mit konkretem statistischem Material nicht beikommen, die obige Darstellungsweise entzieht sich einer zahlenmäßigen Konkretisierung. Es bleibt einer solchen Konkretisierung dann nur noch ein — zumindest theoretisch gangbarer — Weg: die Zahlenanalyse der verschiedensten Grenzneigungen zum Verbrauch.

b) Spezifizierungen

1. Die Einführung mehrerer Steuern.

Wir sind bisher von der Annahme ausgegangen, der Haushalt werde stets mit Hilfe einer einzigen Steuer ausgeglichen. Hier soll nun ein ganzes Steuersystem eingeführt werden. Es wäre jetzt also zu fragen, welche Steuern im

³⁹⁾ Vgl. hierzu Paul Senf, a. a. O., S. 143.

einzelnen den Konsumfonds und welche den Sparfonds vermindern. Der theoretische Obersatz hierzu ergibt sich ohne weiteres aus dem psychologischen Gesetz: Die Steuern, die die hohen Einkommen treffen, leeren im relativ stärkeren Maße den Sparfonds. Andererseits leeren die Steuern, die die niedrigen Einkommen treffen, im relativ stärkeren Maße den Konsumfonds. So kann also bei einem Steuersystem, dessen Schwergewicht auf der Verbrauchsbesteuerung liegt, zunächst vermutet werden, daß das zugehörige Budget regressiv ist. Andererseits kann bei einem Steuersystem, dessen Schwergewicht auf der progressiven Einkommensbesteuerung liegt, vermutet werden, daß das Budget progressiv ist.

An diesem theoretischen Obersatz machen die meisten Untersuchungen halt, und es scheint in der Tat, daß derjenige, der weiter will, recht bald ins Spekulative kommt. Nehmen wir beispielsweise die Erbschaftssteuer. Von ihr wird man zunächst vermuten, sie leere allein den Sparfonds. Trotzdem ist es sehr wohl möglich, daß der Anfall einer Erbschaft beim Erben gewisse Kaufentschlüsse auslöst, von denen dann infolge der Steuer einige wieder aufgegeben werden. Der beste Weg ist mithin der, die Steuererhebung generell als Einkommensminderung aufzufassen und in Erfahrung zu bringen, wie die Wirtschaftssubjekte auf diese Minderung hin ihr Einkommen auf Verbrauch und Sparen neu verteilen. Eine solche statistische Analyse hat zur Voraussetzung, daß drei Größen zahlenmäßig bekannt sind:

1. die relative Häufigkeitsverteilung der Einkommen,
2. die Steuerbelastung dieser Einkommen und
3. die verschiedenen Grenzneigungen zum Verbrauch dieser Einkommen.

Selbst wenn diese Größen statistisch erforscht wären, müßte mit einem mehr oder weniger ungenauen Ergebnis gerechnet werden. Es handelt sich nämlich bei der Frage, in welchem Maße z. B. unsere bestehende Einkommensteuer den Konsumfonds leert, um das Problem, wie groß der Konsum wäre, wenn die Steuer nicht bestände — anders ausgedrückt: um Planungen der Haushalte, die infolge der Steuer nicht durchgeführt werden, um Größen also, die gar nicht realisiert, mithin auch nicht gezählt werden, sondern nur berechnet werden können mit Hilfe eines allgemeinen Prinzips. Darüber hinaus sagt die Steuerstatistik bei Überwälzungsvorgängen nichts darüber aus, wer und in welcher Höhe die Steuer tatsächlich bezahlt. Aus diesen Erwägungen heraus ist hier von dem Versuch Abstand genommen worden, zu gewissen Vorstellungen hinsichtlich der bei der Redistribution auftretenden Größenordnungen zu kommen.

2. Die Einführung mehrerer Ausgaben.

Für die Ausgabenseite gilt entsprechendes. Die Ausgaben, die zu den hohen Einkommen fließen, füllen im relativ stärkeren Maße den Sparfonds. Andererseits füllen die Ausgaben, die den niedrigen Einkommen zufließen, im relativ stärkeren Maße den Konsumfonds. So kann also von einem Ausgabensystem, dessen Schwergewicht auf Sozialleistungen liegt, zunächst vermutet werden, daß das zugehörige Budget progressiv ist, und von einem Ausgabensystem, dessen Schwergewicht auf Zinszahlungen, Zahlungen an das Ausland und Zahlungen an Unternehmer mit hohen Einkommen (Ausgaben für Güter) liegt, kann vermutet werden, daß das Budget regressiv ist. Grob gesprochen ist das Progressionsmaß eines Budgets um so höher, je reiner eine progressive Einkommensbesteuerung mit der erstgenannten Art eines Ausgabensystems verbunden ist. Es wird um so geringer sein, je reiner eine allgemeine Verbrauchsbesteuerung mit der zweiten Art eines Ausgabensystems verbunden ist. Für die größenmäßige Erfassung der Zuflüsse im Konsum- bzw. im Sparfonds müssen wiederum drei Zahlengruppen bekannt sein:

1. Wie sind die Einkommen größenmäßig auf die Wirtschaftssubjekte verteilt?
2. In welcher Höhe werden welche Einkommen davon durch die Ausgaben des Staates erhöht?
3. Welche Konsum- und Spargewohnheiten bestehen in den begünstigten Einkommensklassen?

Die Schwierigkeiten einer Zahlenanalyse werden durch die zweite Frage nur noch vergrößert, denn es gibt zwar eine bis auf die Berücksichtigung der Überwälzungsvorgänge brauchbare Steuerstatistik, eine Statistik über den Anfall der Staatsausgaben bei bestimmten Einkommensklassen gibt es nicht ⁴⁰⁾.

⁴⁰⁾ Unter Umgehung dieser Schwierigkeiten hat Horst Jecht eine Bilanz der sozialen Transferzahlungen aufgestellt und sie auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik in Köln 1956 vorgelegt. In dieser Bilanz stehen sich die Sozialausgaben der öffentlichen Hand, der Sozialversicherung und des Lastenausgleichs auf der einen Seite und das auf Selbständige und Unselbständige aufgeschlüsselte Einkommen an Steuern und Leistungen an die Sozialversicherung sowie drei weitere Posten, die für die Redistribution entweder offen oder unwirksam sind, gegenüber. In einer zweiten Bilanz sind die Steuern und die Leistungen an die Sozialversicherung nach den Einkommen unter und über 4800.— DM aufgeteilt. Aus ihr geht unter Zugrundelegung der Zahlen für das Jahr 1950 hervor, daß für Westdeutschland der überwiegende Teil der Redistributionsvorgänge innerhalb der unteren

Überhaupt ist die Lehre von den Staatsausgaben im Gegensatz zur Steuerlehre in der Finanzwissenschaft ein wenig stiefmütterlich behandelt worden. Bezeichnend dafür ist, daß man dem, was sich uns an vielfältigen Ausgabearten dartut, den Terminus „Ausgabensystem“ nicht zubilligt; dieser Begriff fehlt entweder oder wird als nicht üblich empfunden. Ohne eine solche Systematik geht es aber nicht. Wir kommen, nach dem Gesichtspunkt des Ausgabenempfängers gegliedert, zu folgender, zweifellos recht rohen Übersicht:

1. Ausgaben an die Unternehmer:
 - a) Ausgaben für Güter
 - b) Ausgaben für Dienstleistungsgeschäfte
2. Ausgaben an die Haushalte:
 - a) Ausgaben für Dienstleistungen
 - b) Transferzahlungen
 - c) Ausgaben für den Kapitaldienst an die Haushalte
3. Ausgaben an andere Körperschaften:
Finanzzuweisungen und Ausgleichszahlungen

Die Ausgaben des Staates für Güter und Dienstleistungsgeschäfte (z. B. für Leistungen der Verkehrs-, Bank- und Versicherungswirtschaft) entziehen sich wohl am stärksten dem Grenzhangprinzip der Multiplikatortheorie; die Verwendung der Unternehmereinkommen erfolgt sicherlich nach komplexeren Regeln, als das psychologische Gesetz es angibt. Zudem gehört das Unternehmereinkommen schon mit in den Zusammenhang der Investitionsfrage. Außerdem sind Aussagen über den privaten Verbrauch der Unternehmer schon deshalb nicht leicht, weil sich dieser Verbrauch nur recht willkürlich von den Betriebsausgaben trennen läßt.

Die Ausgaben des Staates für Dienstleistungen an die Haushalte umfassen die Personalausgaben für Beamte, Angestellte und Arbeiter im Dienste des Staates. Sie sind — ebenso wie die erste Ausgabengruppe — dem Bruttovolkseinkommen voll zurechnungsfähig, solange sie eine hinlängliche Ar-

einkommensklassen liegt und die klassische Umverteilung von hohen zu niedrigen Einkommen nur einen bescheidenen Umfang hat. Im welchen Maße es auf Grund dieser Umverteilung über den privaten Konsum zu einer Steigerung des Volkseinkommens gekommen ist, wird nicht ersichtlich, doch darf aus Jechts Ergebnis geschlossen werden, daß wir eine solche Steigerung nicht zu hoch ansetzen dürfen. Vgl. dazu Horst Jecht: Staatliche Wirtschaftspolitik und Einkommensverteilung, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N. F. 13. Band 1957, S. 126 ff. Diese zum Thema „Redistribution“ zweifellos wichtigste, weil erstmals zahlenmäßig fundierte Untersuchung lag bei der Niederschrift des Manuskripts noch nicht vor. Deshalb wird auf sie hier nur kurz eingegangen.

beitsproduktivität aufweisen; ihr Redistributionseffekt wird von der Multiplikatortheorie einwandfrei erfaßt. Nicht anrechnungsfähig⁴¹⁾ sind die Transferzahlungen, ein Teil von ihnen, die Sozialleistungen, wirken dagegen stark konsumerhöhend; von den Subventionen und Unterstützungen an die Haushalte kann dasselbe vermutet werden. Ein regressiver Einfluß wird andererseits von den Zinszahlungen des Staates an die Privaten ausgehen. Diese Regression — das soll hier schon betont werden — bezieht sich lediglich auf den Konsumfonds. Wir müssen nämlich damit rechnen, daß es sich hier um Einkommen handelt, die für die langfristigen Finanzierungsformen des Kapitalmarkts eine wichtige Rolle spielen.

Die dritte Ausgabengruppe erscheint in einer beachtlichen Höhe, wenn wir ein Einzelbudget, z. B. das des Bundes betrachten. Fassen wir die Haushalte aller Körperschaften zusammen, dann löst sich dieser Posten in die beiden vorher genannten Ausgabengruppen auf. Je nachdem, in welche Ausgabenart er bei der empfangenden Körperschaft umgewandelt wird, bestimmt sich seine Anrechnungsfähigkeit auf das Bruttovolkseinkommen und sein Redistributionseffekt. Die Finanzaufweisung eines einzelnen Budgets kann also in unaufgelöster Form weder dem Bruttovolkseinkommen zugeordnet werden, noch hat sie irgendwelche konsumändernde Wirkung.

3. Die Diskriminierung des Sparens.

Die Hauptthese der Einkommenstheorie seit Keynes heißt: Alles, was gespart wird, scheidet aus dem Kreislauf aus und vermindert das Volkseinkommen; alles, was verbraucht wird, bildet Volkseinkommen. Ohne diese These wäre keine Multiplikatortheorie denkbar, ohne sie hätte die effektive Nachfrage nach Konsumgütern als konjunkturelles Phänomen nie die Bedeutung, die sie heute hat. Negativ formuliert: Das Sparen ist an allem schuld. Deshalb kann jeder hochsparende Bezieher eines großen Einkommens nur mit Mißtrauen betrachtet werden. Allerdings wird selten versäumt, das Verdammnisurteil über das Sparen unter der Voraussetzung zu sprechen, die Investition bliebe auch dann noch konstant, wenn die Ersparnisse durch wirtschaftspolitische Maßnahmen bewußt beschnitten werden.

Stucken sagt zu solcher Betrachtungsweise⁴²⁾: „Zunächst einmal erinnern wir an den bekannten Satz, daß vermehrtes Sparen dahin tendieren soll, die Beschäftigung und das Einkommen zu mindern, vermehrtes Konsumieren hingegen, die Beschäftigung und das Einkommen zu vermehren. Stimmt das

⁴¹⁾ Auf das Volkseinkommen in realen Größen.

⁴²⁾ Rudolf Stucken: Geld und Kredit, 2. Auflage, Tübingen 1957, S. 133.

so allgemein? Der Satz stimmt im Falle unveränderter Größe der Investition; aber gerade damit ist unter den hier gegebenen Bedingungen nicht zu rechnen; denn die Investition benötigt ja zu ihrer Finanzierung Kredite, und bestimmte Arten von Investitionen sind von diesen besonders gearteten Krediten abhängig, die ihrerseits in ihrer Größe auf Spartätigkeit in bestimmter Form basieren. Also die Voraussetzung „unveränderte Investition“ paßt nicht auf die Wirklichkeit, in der die Bedingungen zu 1. und 2. vorliegen⁴³⁾; die dynamische Wirkung des Sparens ist dann eine andere, allerdings ist dabei stets an spezielle Formen des Sparens zu denken.“

Die negative Formulierung des Sparens als derjenigen Einkommensteile, die nicht verbraucht werden, aus der Gleichung $S = E - C$ hat zu einer viel zu summarischen Auffassung dieser wichtigen Globalgröße geführt. Wir müssen nach verschiedenen Sparformen differenzieren, und wenn wir die Annahme von der konstanten Investition noch aufrechterhalten wollen, dann müssen wir nach Sparformen suchen, die besteuert werden können, ohne daß unsere Voraussetzung sinnwidrig oder wirklichkeitsfremd wird. Es sind dies jene Sparformen, die nicht Voraussetzung zu einer bestimmten Kreditgewährung der Banken sind, also die Formen im Bereich der zusätzlichen Geldschöpfung durch die Kreditbanken des kurzfristigen Geschäfts. Mit anderen Worten: Der konsumerhöhende Effekt einer progressiven Budgetverlängerung trägt sich nur dann mit der Annahme der konstanten Investition, wenn Ersparnisse der kurzfristigen Kontenform durch Steuern beschnitten werden, ohne daß dabei die Kreditbanken die Grenzen des Geldschöpfungsspielraum erreicht hätten.

Nun hat aber gerade diese Sparform eine recht beachtliche Bedeutung erfahren, die sich offensichtlich nur aus strukturellen Änderungen der Wirtschaftsgesellschaft erklären läßt. So ist sie heute die vorherrschende Art, in der Ersparnisse angelegt werden, wobei der alsbaldige Verbrauch dieser Geldbeträge einer Reservebildung für den wirtschaftlichen Ernstfall voransteht. Ehrlicher stellt dazu fest, „... daß die heutige Form des Sparens ... als Ausdruck eines bestimmten menschlichen Tuns näher am Konsum als am Sparen liegt“⁴⁴⁾. Die nichtverbrauchten Einkommensteile werden nicht in Effekten angelegt, sondern auf kurzfristigen Giro- und Terminkonten gehalten. Als Gründe dafür nennt Ehrlicher die gegenwärtige politische Unsicherheit, die Änderungen des Zeitgeistes und die Umwandlung in der ge-

⁴³⁾ Stucken bezieht sich hier auf Bedingungen, unter denen es erst nach vollzogener Ersparnisbildung zu einer Kreditgewährung kommen kann.

⁴⁴⁾ Werner Ehrlicher: Geldkapitalbildung und Realkapitalbildung, Tübingen 1956, S. 180.

sellschaftlichen Gliederung. Ganz allgemein wird man sagen können, daß mit dem Lebensgefühl inmitten einer instabilen Welt auch das Verhältnis der Menschen zum Sparen ein anderes geworden ist.

Solange eine Beschneidung dieser Ersparnisse nicht zu Einschränkungen des Kreditvolumens durch die Banken führt, solange also der Geldschöpfungsspielraum nicht voll beansprucht wird, solange wird auch im Investitionsvolumen keine Minderung erfolgen. Unter diesen Voraussetzungen ist die Annahme von einer konstanten Investition sinnvoll und logisch. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß es nicht einen ökonomisch sinnvolleren Weg gäbe, solche brachliegenden Ersparnisse zu mobilisieren. Wir brauchen dabei nur daran zu denken, daß es in bestimmten Bereichen der Wirtschaft eine unbefriedigte Nachfrage nach Krediten in bestimmter, langfristiger Form gibt. Das Vorhandensein einer solchen unbefriedigten Nachfrage einerseits und brachliegender Ersparnisse andererseits kennzeichnet die „Spaltung des Kreditmarktes“ ⁴⁵⁾.

Überall, wo ein solcher gespaltener Kreditmarkt vorliegt — und unter den gegenwärtigen westdeutschen Verhältnisse ist dies der Fall — wird ein progressives Budget einen Teil der brachliegenden Ersparnisse aktivieren und der Einkommensbildung zuführen, aber der Kreditnachfrage des Wohnungsbaus, der Energie- und Verkehrswirtschaft und z. T. auch der Landwirtschaft ist dabei nicht geholfen. Vom Standpunkt dieser weiterhin unbefriedigten Kreditnachfrage bewirkt das progressive Budget die konsumtive Vernichtung potentiellen Realkapitals. Ob nun dieses potentielle in tatsächliches Realkapital umgewandelt wird, hängt davon ab, ob die Kreditbanken durch ihre Anlagepolitik die Spaltung des Kreditmarktes überbrücken. Dies ist zweifellos der ökonomisch sinnvollere Weg, brachliegende Ersparnisse zu aktivieren.

Die Autoren des angelsächsischen Sprachbereichs, die auf Grund der amerikanischen Verhältnisse das progressive Budget als zur Einkommens- und Beschäftigungssteigerung geeignet anpreisen, brauchen sich in der Tat um diese Dinge weit weniger Sorgen zu machen. Stucken schreibt dazu: „Wenn man in einem Lande wie den Vereinigten Staaten von Amerika von einer Spaltung des Kreditmarktes weitgehend absehen kann, so beruht das auf einem andersartigen Verhalten der Federal Reserve Banks und der Commercial Banks,

⁴⁵⁾ Vgl. dazu Rudolf Stucken: Geld und Kredit, 2. Auflage, Tübingen 1957, S. 132 ff., derselbe: Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914—1953, 2. Auflage, Tübingen 1953, S. 253, derselbe: Besonderheiten der Geld- und Kreditpolitik in Westdeutschland und ihre konjunkturpolitische Bedeutung, Berlin-München 1954, S. 7 ff.

ihrer weitergehenden Bereitschaft zur Erfüllung der Fristigkeitsverlängerungsfunktion, als wir sie bei dem Notenbanksystem und den Banken des kurzfristigen Geschäftes in der Bundesrepublik vorfinden“ ⁴⁶⁾). Damit kommen wir unter westdeutschen Verhältnissen zu einer ganz anderen Beurteilung des progressiven Budgets. Ein solches Budget bedeutet für uns, daß etwas Sinnvolleres, Besseres zu tun versäumt worden ist.

Nun hat es aber fast den Anschein, als geschähe innerhalb unseres gegenwärtigen Bundeshaushalts etwas, was der Überbrückung der Kreditmarktspaltung qualitativ recht nahe kommt: Bei einer starken Steuerprogression auf der einen Seite gibt der Bund bemerkenswerte Kredithilfen an solche Wirtschaftszweige, die ihren Finanzierungsbedarf auf dem Kapitalmarkt nicht zu decken vermögen. Diese Art der Überbrückung muß indes als eine Notlösung betrachtet werden, denn

1. ist es gar nicht sicher, ob die Belastung nur brachliegender Ersparnisse gelingt,
2. verliert, selbst wenn die Steuer den Richtigen trifft, der Sparer die Verfügung über sein Geld endgültig und
3. steht diese Art der Überbrückung rein zahlenmäßig hinter dem zurück, was die Banken des kurzfristigen Geschäftes hier leisten könnten, besonders im konjunkturellen Krisenfall, wenn der Strom über das Budget zu versiegen beginnt.

Schon aus den unter Punkt 1 ausgeführten Gründen muß die endgültige Beurteilung dieses Falles für später aufgeschoben werden. Dort wird an Hand einer von Föhl entwickelten These geprüft werden müssen, ob unter den gegenwärtigen westdeutschen Bedingungen die progressive Steuer tatsächlich das trifft, was man gemeinhin vermutet: das Sparen hoher Einkommen.

4. Die weiteren monetären Bedingungen des Redistributionseffektes.

Mit der Beschränkung auf ganz bestimmte Sparformen, die von der Steuer beschnitten werden können, ohne daß die Annahme von der konstanten Investition wirklichkeitsfremd wird, ist die erste wichtige monetäre Bedingung genannt. Die zweite besteht nun darin, daß zu Beginn des Multiplikatorprozesses tatsächlich eine Vermehrung der Geldmenge eintritt. Bei den Autoren, die den monetären Aspekt nicht berücksichtigen, scheint die Vorstellung vorzuherrschen, daß die erforderliche Geldmenge dadurch erhöht wird, daß insgesamt gesehen ein Entsparen Platz greift. Das kann der Fall

⁴⁶⁾ Rudolf Stucken: Geld und Kredit, 2. Auflage, Tübingen 1957, S. 134.

sein. Denn die hohen Einkommen, die zusätzlich besteuert werden, schränken in erster Linie ihr Sparen ein, und die niedrigen Einkommen, die die Ausgaben empfangen, erhöhen ihren Verbrauch. Die Initialzündung $a_2T - a_1T$ ist dann durch eine Geldmengenvermehrung in gleicher Höhe abgestützt, ohne daß die Kreditbanken weder Einfluß nehmen können noch Einfluß zu nehmen brauchen. Gleichwohl ist hier vorausgesetzt, daß die Steuererhebung und die Wiederverausgabung ohne Verzögerung erfolgen. Geht die Verausgabung der Steuererhebung voran, so hat der Staat die Geldmenge vergrößert, denn er treibt ja ein anfängliches Deficit spending. Geht indes die Steuererhebung der Verausgabung voran, so entsteht ohne zusätzliche Geldschöpfung seitens Dritter, d. h. seitens der Kreditbanken ein time lag, wie wir ihn vom nicht-progressiven Budget her kennen. Zu diesem time lag besteht jedoch im Endergebnis ein wesentlicher Unterschied: Beim nicht-progressiven Budget — so ergab die Analyse — war das Ergebnis fast das gleiche mit und ohne zeitliche Verzögerung. Mit ihr wurde es lediglich nur annähernd nach einer Reihe von Perioden (theoretisch völlig nach unendlich vielen Perioden) erreicht. Das kann hier nicht zutreffen, weil der Multiplikator ja schon das Ergebnis nach unendlich vielen Perioden ist. Das bedeutet, daß der Redistributionseffekt insgesamt geringer ist, wenn die Steuererhebung eine Periode früher erfolgt als die Verausgabung durch den Staat und zu Beginn des Prozesses zusätzliches Geld in Höhe von $a_2T - a_1T$ nicht zur Verfügung steht.

Wenn wir davon ausgehen, daß Konsumausgaben in Höhe von a_1T infolge der Steuererhebung in der ersten Periode ausfallen und einen kontraktiven Prozeß auslösen, so erhalten wir als Ergebnis $dE = k \cdot -a_1T$. Von der zweiten Periode an sind die Ausgaben und Steuern gleich groß. Dadurch wird der bekannte Redistributionseffekt ausgelöst: $dE = k \cdot (a_2T - a_1T)$. Die Summe ergibt

$$dE = \frac{1}{1-a_2} (a_2T - 2a_1T).$$

Danach ist die Minderung des Redistributionseffektes bei zeitlicher Verzögerung um so größer, je größer a_1 ist. Der Effekt ist null, wenn $a_2 - 2a_1 = 0$ ist. Darüber hinaus ist er negativ.

5. Die Redistribution im dreistufigen Finanzsystem.

Das Finanzsystem der Bundesrepublik ist dreistufig, d. h. wir haben es nicht nur mit einem Staatshaushalt zu tun, sondern mit einer ganzen Reihe von Budgets der Gemeinden und der Gemeindeverbände, der Länder und schließlich des Bundes. Das kompliziert das bisher aufgezeigte Bild erheblich.

Um eine genaue Vorstellung von den durch dieses System bewirkten Redistributionseffekten und reinen Budgetwirkungen zu erhalten, müßte ein Gesamtbudget gebildet werden, in dem die bereits behandelte Ausgaben-
gruppe „Finanzzuweisungen“ verschwinden würde. Eine solche Zusammen-
stellung würde dennoch der Gefahr von Doppelzählungen im starken Maße
ausgesetzt sein. Ohne dieses Gesamtbudget läßt sich über den tatsächlichen
Koeffizienten des gesamten Finanzsystems Verbindliches nicht sagen. Wir
können nur vermuten, daß vom Haushalt des Bundes die stärksten Wir-
kungen hinsichtlich der Einkommensumverteilung ausgehen. Zwar teilt sich
der Bund mit den Ländern in der Ausschöpfung der hier wichtigsten Steuer,
der Einkommen- und Körperschaftssteuer, in einem für ihn sogar noch un-
günstigerem Verhältnis, dafür ist aber andererseits der Anteil der Sozial-
lasten in den Länderhaushalten im Vergleich zu ihren Gesamtausgaben
weitaus geringer als beim Bund. Wir können daher die Haushalte der Länder
hinsichtlich ihres Progressionsmaßes an die zweite Stelle der Skala setzen.
Dagegen läßt sich wieder nicht sagen, ob die Haushalte der reichen Länder
progressiver sind als die der armen. Eine solche Differenzierung erscheint
allein infolge des Vorhandenseins eines horizontalen Finanzausgleichs von
Land zu Land auch theoretisch fragwürdig. Dasselbe gilt, wenn die Budgets
der Gemeinden und der Gemeindeverbände an die dritte Stelle der Skala
gesetzt werden. Es ließe sich dieser dritte Platz mit dem Fehlen einer pro-
gressiven Gemeindesteuer rechtfertigen, man könnte sogar von hier aus auf
ein sehr geringes, vielleicht schon negatives Progressionsmaß der zugehörigen
Budgets schließen, andererseits muß jedoch berücksichtigt werden, daß gerade
diese dritte Ebene weitgehend auf Finanzzuschüsse angewiesen ist. So sehr
es für die Errechnung eines Gesamtkoeffizienten zweckmäßig wäre, alle
Haushalte in einer Rechnung zu vereinen, so wichtig ist die Differenzierung
nach Bundes-, Länder- und Gemeindebudgets bei einer anderen Frage.

Es geht dabei darum festzustellen, in welchem Maße ein autonomes Steigen
des einen Haushalts die Vergrößerung eines anderen mit sich bringt. Eine
Analyse dieser Zusammenhänge gibt Harold M. Somers⁴⁷⁾. Somers geht
davon aus, daß das Budget des weitesten Verbandes, des Bundes also, ver-
größert wird und Einkommen und Beschäftigung gesteigert werden. Die
Steigerung des Einkommens macht die Steuerquellen der Länder und Ge-
meinden ergiebiger, und es kommt daraufhin zu Budgetvergrößerungen
auch dieser beiden Verbände, so daß die endgültige Einkommenserhöhung
größer ist als die vom Bundesbudget bewirkte. Somers unterscheidet dabei

⁴⁷⁾ Harold M. Somers: The Multiplier in a Tri-Fiscal Economy, in: Quarterly
Journal of Economics, Band 63, Nr. 2, Mai 1949, S. 258 ff.

zwischen autonomen Ausgabenänderungen des (konjunkturpolitisch wichtigen) Verbandes, des Bundes, und einkommensinduzierten Ausgabenänderungen der beiden anderen Verbände, der Länder und der Gemeinden. Die Zusammenhänge werden in verschiedenen Multiplikatorbeziehungen zum Ausdruck gebracht. Es wird ersichtlich, daß eine Expansionspolitik durch das Bundesbudget bei sinkendem Volkseinkommen dadurch gestört oder sogar zunichte gemacht werden kann, daß die Haushalte der Länder und Gemeinden dem Trend des Volkseinkommens folgen und ebenfalls sinken, weil ihr Anteil an einkommensinduzierten Ausgaben zu groß ist. Somers kommt zu folgendem Schluß: „Thus the federal and state-local governments may have mutually reinforcing or mutually offsetting effects on national income. An autonomous increase in federal expenditures may be reinforced by an income-induced increase in expenditures by state and local governments. An autonomous reduction in federal expenditures may be reinforced by an income-induced reduction in state and local expenditures. On the other hand, federal expenditures which are not autonomous (i. e. not independent on income changes) but which rise as national income falls may be offset by income-induced reductions in state and local expenditures. These diverse relationships emphasize the importance of an adequate formulation of the multiplier relationship. Failure to recognize either of these opposing effects or failure to distinguish one type of effect from the other may lead to serious errors in income estimation and to either excessive or inadequate federal expenditures and deficit (or surplus) for any desired change in national income.“⁴⁸⁾

Allein, die entsprechende Formulierung der Multiplikatorbeziehung macht die Fehler, vor denen Somers da warnt, noch nicht unmöglich, solange alle die Grenzhänge, die Somers in seine Formeln einbezieht, vor allem die einkommensinduzierten Ausgaben der drei Verbände, nicht bekannt sind. Durch die etwas einseitige Aufteilung der autonomen Ausgabenerhöhungen auf den Bund und der einkommeninduzierten Ausgabenerhöhungen bzw. -senkungen mögen außerdem Überschätzungen der relevanten Größenordnungen entstehen. So wird man korrigierend sagen müssen, daß sich das Gros der einkommensorientierten Steuer, d. h. der Steuern, deren Aufkommen mit dem Volkseinkommen und der Beschäftigung, also der Konjunktur, schwankt, in der Hand des Bundes befindet. Der Anteil dieser Steuern am Aufkommen der Gemeindeeinnahmen ist zweifellos sehr gering; er beschränkt sich auf den Teil der Gewerbesteuer, der den Ertrag zur Grundlage hat, und viel-

⁴⁸⁾ Harold M. Somers: *The Multiplier in a Tri-Fiscal Economy*, a. a. O., S. 272.

leicht noch auf die Lohnsummensteuer. Die Länder besitzen zwar schon mehrere Einnahmequellen, die sich mit dem allgemeinen Konjunkturtrend bewegen — zu nennen wären ihre Anteile an der Einkommen- und Körperschaftssteuer, die Vermögenssteuer und vielleicht noch die Kraftfahrzeugsteuer — diesen Quellen aber die Fähigkeit zusprechen zu wollen, sie könnten den konjunkturellen Erfolg einer bewußt betriebenen Finanzpolitik auf Bundesebene in Frage stellen, scheint übertrieben.

C. Der automatische Budgetausgleich nach anfänglichem Defizit.

a) *Vorbemerkung.*

Soll eine Budgetverlängerung expansiv sein, dann muß — wie wir sahen — zusätzliches Geld geschaffen werden. Diese Geldschöpfung erfolgt mit einer Ausnahme nie automatisch. Die Lieferanten des Staates mögen zusätzliche Kredite aufnehmen, wenn die öffentliche Hand die Ausgaben für Güter erhöht, die Konsumgüterproduzenten mögen dasselbe tun, wenn aus einer Erhöhung der Renten oder der Beamtengehälter eine zusätzliche Nachfrage erwartet wird, sicher ist eine solche Verhaltensweise jedoch nicht.

Automatisch erfolgt eine zusätzliche Geldschöpfung nur dann, wenn der Staat seine Expansion mit einem Defizit beginnt, wenn er also selbst für das Geld sorgt, für dessen Bedarf er ja verantwortlich ist. Nur mit einem Defizit wird garantiert, daß im monetären Bereich die Voraussetzungen für die gewünschte Einkommenserhöhung tatsächlich von vornherein erfüllt sind und entgegengesetzt wirkende time lags vermieden werden. Von hier aus gewinnt ein defizitmäßig vorfinanziertes Budget erheblich an Bedeutung.

Allerdings ist hier ein sehr wichtiger Vorbehalt zu machen: Die Geldmenge wird insgesamt nur dann vergrößert, wenn dieses Defizit in ganz bestimmter Weise finanziert wird: mit Hilfe solcher Kredite, die seitens der Banken beliebig ausweitbar sind und nicht vom Aufkommen bereits gebildeter Ersparnisse abhängen. Wir haben es hier mit demselben Tatbestand zu tun, der sich bereits im Zusammenhang mit der Besteuerung des Sparens als sehr bedeutungsvoll erwiesen hat: der Spaltung des Kreditmarktes. So kommt Stucken zu folgendem Schluß: „Finanziert man aber in Westdeutschland das Defizit mit langfristigen Wertpapieren, so wird man keinen Mann in Beschäftigung bringen. Denn zu langfristiger Anlage bereite Gelder liegen nicht brach... Vielmehr ginge die Finanzierung solchen Staatsdefizits auf Kosten der Finanzierungsmittel, die für private Investitionen in bestimmten Teilbereichen des Wirtschaftslebens sonst verwandt worden wären, d. h.

die privaten Investitionen würden dadurch vermindert.“⁴⁹⁾ An einer anderen Stelle heißt es beim gleichen Autor: „Es ist üblich geworden, Deficit Spending des Staates als das wirkungsvollste Mittel zur Konjunkturan-kurbelung zu betrachten. Elastisches Kreditangebot, d. h. ein nicht voll ausgenutzter Geldschöpfungsspielraum, wird dabei vorausgesetzt. Aber, wenn die Bedingungen zu 1. und 2. gegeben sind, dann genügt das nicht, dann kommt es auch auf *bestimmte Finanzierungsformen für das Defizit* an, nämlich der Staat muß in solchen Formen Kredit nehmen, daß die Banken die Kredite neben den sonst gewährten Krediten zu geben in der Lage und bereit sind; das ist aber unter den genannten Bedingungen zu 1. und 2. bei ausgesprochen langfristiger Kreditnahme des Staates nicht der Fall; sie ginge auf Kosten der Investition privater Wirtschaftssubjekte, die auf ebenso geartete Kredite angewiesen sind, und damit wäre der angestrebte Effekt verfehlt.“⁵⁰⁾

Nun interessiert hier nicht das Defizit schlechthin und seine Wirkung auf das Volkseinkommen, wir behandeln ja den ausgeglichenen Haushalt; es interessiert aber das Schicksal eines Defizits. Die Frage lautet also: Finanziert sich ein Defizit möglicherweise nicht schon dadurch von selbst, daß bei steigenden Einkommen die Steuerquellen ergiebiger werden und das Steueraufkommen vergrößert wird, so daß der Staat seine Kredite recht bald zurückzahlen kann und sein Haushalt am Ende des Prozesses ausgeglichen ist? Mit anderen Worten: Unter welchen Bedingungen kann der Staat auf eine langfristige Finanzierung seines Defizits verzichten, von vornherein mit kurz- und mittelfristigen Krediten arbeiten und mit schneller Rückzahlung dieser Schulden rechnen?

Diese Frage ist für die Finanzpolitik in Ländern mit gespaltenem Kreditmarkt von entscheidender Bedeutung. Ihre Beantwortung hängt — ganz allgemein gesagt — davon ab, wie die zusätzlichen Einkommen aus dem durch das Defizit ausgelösten Multiplikatorprozeß besteuert werden. Dabei sollen im folgenden vier Fälle unterschieden werden:

1. Es wird allein das zusätzliche Sparen völlig weggesteuert.
2. Es werden über die völlige Wegsteuerung des zusätzlichen Sparens hinaus noch Teile des zusätzlichen Konsums erfaßt.

⁴⁹⁾ Rudolf Stucken: Besonderheiten der Geld- und Kreditpolitik in Westdeutschland und ihre konjunkturpolitische Bedeutung, Berlin-München 1954, S. 10.

⁵⁰⁾ Rudolf Stucken: Geld und Kredit, 2. Auflage, Tübingen 1957, S. 133 f. Die angeführten Bedingungen beziehen sich auf Kredite, die eine vorherige Ersparnisbildung zur Voraussetzung haben.

3. Es werden zusätzliches Sparen und zusätzlicher Konsum in einem bestimmten Verhältnis von der Steuer beschnitten.
4. Es wird lediglich der zusätzliche Konsum besteuert.

b) Die völlige Wegsteuerung des zusätzlichen Sparens.

Den theoretischen Grenzfall eines automatischen Budgetausgleichs nach einem anfänglichen Defizit finden wir in der folgenden Analyse⁵¹⁾. Es soll also mit einem Defizit begonnen werden; danach wird eine Steuer eingeführt, die das zusätzliche Sparen aus dem Multiplikatorprozeß völlig wegnimmt. Die auf diese Weise vereinnahmten Beträge sollen zur Kreditrückzahlung benutzt werden. Dabei kommen wir zu einem interessanten Ergebnis: Das anfängliche Defizit verschwindet.

Theoretisch exakt läßt sich dieser Vorgang fassen, wenn wir davon ausgehen, daß das Defizit genau gleich dem gesamten zusätzlichen Sparen ist. Nehmen wir an, der Staat beginne mit einem Defizit von 1 Milliarde DM. Wenn der Grenzhang zum Verbrauch in der Volkswirtschaft gleich $\frac{3}{4}$ ist, so daß sich als Multiplikator die Zahl 4 ergibt, dann erhöht sich das Volkseinkommen um 4 Milliarden DM. Davon werden insgesamt 1 Milliarde DM gespart, weil der Grenzhang zum Sparen $\frac{1}{4}$ ist. Diese 1 Milliarde DM entsteht sukzessiv, sie fließt aus dem Prozeß aus und verlangsamt ihn, bis er ganz zum Erliegen kommt. Wenn es nun gelingt, sie nach ihrer Entstehung wegzusteuern, dann wird dennoch das Volkseinkommen am Ende um 4 Milliarden DM steigen — das den Privaten verfügbare Einkommen wird um 3 Milliarden DM gestiegen sein — und außerdem ist das Defizit verschwunden. Ein ausgeglichenes Budget und ein Defizitmultiplikator sind demnach kein Widerspruch, sie sind zumindest eine modelltheoretische Realität. Die Kombination zeigt, daß der Ansatz der unmittelbar nach Keynes arbeitenden Forscher korrigiert werden muß.

Es ist leicht einzusehen, daß der expansive Effekt im obigen Beispiel der gleiche wäre, wenn keine Steuer erhoben wäre — jedenfalls soweit das gesamte Bruttoeinkommen betrachtet wird. Das mag paradox klingen, läßt sich aber dennoch sehr leicht zeigen⁵²⁾. In jedem Multiplikatorprozeß ist der Verbrauch die treibende Kraft; dadurch, daß jede Einkommenserhöhung

⁵¹⁾ Vgl. dazu Harold M. Somers: *Public Finance and National Income*, Philadelphia, Toronto 1949, S. 502—506.

⁵²⁾ Harold M. Somers: *Public Finance and National Income*, Philadelphia, Toronto 1949, S. 501, verweist auf die Beweisführung von Fritz Machlup: *Period Analysis and Multiplier Theory*, in: *Quarterly Journal of Economics*, Band 54, Nov. 1939, S. 1—27.

eine Verbrauchssteigerung nach sich zieht, entsteht eine weitere Einkommenserhöhung. Alles, was dagegen gespart wird, fällt nach Auffassung der Multiplikatortheorie für die weitere Einkommensbildung aus und wirkt nicht mehr weiter. Es fließt gleichsam auf ein totes Gleis. Diese Beträge können ohne restriktive Wirkung weggesteuert werden, weil es für den Multiplikatorprozeß nichts ausmacht, ob sie in den Sparstrumpf, auf ein formell kurzfristiges Bankkonto oder in die Staatskasse des Finanzministers fließen. Allen drei Formen ist gemeinsam, daß sie nicht sofort wieder verbraucht werden. Deshalb wirkt das Sparen für die nächste Einkommensbildung genauso wie eine nicht verausgabte Steuer. Allerdings handelt es sich hier wieder um ganz bestimmte Ersparnisse: um solche, die nicht Voraussetzung zu einer Kreditgewährung sind. Unser Prozeß des automatischen Budgetausgleichs ist also abhängig lediglich vom Grenzhang zum Verbrauch. (Implizite hängt das Ergebnis natürlich dennoch vom Steuerertrag ab, weil angenommen wird, daß das zusätzliche Sparen gleich dem Defizit und damit dem Steueraufkommen gleich ist.) Das Defizit wird folglich um so schneller verschwinden, je höher der Sparhang ist. Desto kleiner wird allerdings auch die gesamte Einkommenssteigerung sein. Andererseits ist die Einkommenserhöhung um so größer, je höher das Defizit ist. Desto größer ist dann aber das erforderliche Steueraufkommen. Auf Grund dieses Ergebnisses kann Somers sagen, daß die Multiplikatortheorie dadurch, daß sie das Defizit isoliert betrachtete, wichtige Zusammenhänge gar nicht gesehen hat⁵³⁾.

Das Defizit verschwindet nur dann völlig, wenn auch das zusätzliche Sparen völlig weggesteuert wird. Wird das Sparen nur zum Teil beschnitten und soll die Einkommenserhöhung dennoch nicht geringer sein als sie bei völliger Wegsteuerung wäre, dann sind nach dem Multiplikatorprozeß die Ausgaben des Staates höher als die Einnahmen: Es bleibt ein Restdefizit. Senf hat in einer Tabelle die Höhe dieses Restdefizits bei unterschiedlicher Besteuerung des zusätzlichen Sparens und unveränderter Einkommenssteigerung bestimmt⁵⁴⁾. Das Ergebnis dieser Zusammenstellung illustriert recht plastisch die oben angeführte Behauptung von Somers: Die einfache Beziehung $dE = \frac{1}{1-a}$. Defizit ist in dieser Form falsch. Sie läßt den beschriebenen Vorgang einer automatischen Defizitfinanzierung außer acht. Sie stimmt, wenn der Staat Defizitausgaben z. B. in Höhe von 5 Mrd. DM tätigt und darauf verzichtet, aus dem zusätzlichen Sparen Steuereinnahmen zu

⁵³⁾ Vgl. Harold M. Somers: Public Finance and National Income, Philadelphia, Toronto 1949, S. 501.

⁵⁴⁾ Paul Senf, a. a. O., S. 146.

gewinnen. Die Einkommenserhöhung beträgt dann 15 Mrd. DM, wenn der Grenzhang zum Verbrauch $\frac{2}{3}$ ist. Der Defizitmultiplikator ist gleich 3. Wenn der Staat aber das zusätzliche Sparen zu 50 % besteuert, dann nimmt er bei gleichem Grenzhang 2,5 Mrd. DM an Steuereinnahmen herein. Soll die Einkommenserhöhung die gleiche sein, nämlich 15 Mrd. DM, dann muß der Staat Ausgaben in Höhe von 5 Mrd. DM tätigen. Mithin beträgt das Restdefizit 2,5 Mrd. DM. Dieses Restdefizit paßt in die kritisierte Beziehung nicht hinein. Sein Multiplikator wäre auf Grund des Grenzhanges zum Verbrauch gleich 3, tatsächlich ist das Einkommen aber um 15 Mrd. DM gestiegen, also um sein sechsfaches. Aus diesem Grund erscheint der bereits eingeführte Terminus „Budgetkoeffizient“ (in unserem Fall gleich sechs) zweckmäßiger zur Bezeichnung des Verhältnisses zwischen Budgetveränderung und Einkommensveränderung. Der Multiplikator ist dann allein vom Grenzhang zum Verbrauch abhängig. Senf drückt diesen Tatbestand so aus: „Zwischen dem größten Defizit und dem Ausgleich des Budgets gibt es eine Vielzahl von Defiziten, deren Multiplikatorwirkung jeweils größer ist als sie wäre, wenn keine Wegsteuerung des Einkommenszuwachses stattfinden würde.“⁵⁵⁾

c) *Die völlige Wegsteuerung des zusätzlichen Sparens und die teilweise Wegsteuerung des zusätzlichen Konsums.*

Das Defizit verschwindet also nur dann völlig, wenn das zusätzliche Sparen völlig und darüber hinaus nichts anderes weggesteuert wird. Dabei ist bisher vorausgesetzt, daß diese Steuer nur das Sparen trifft. Eine solche Annahme ist unreal, das hat auch Somers gesehen: „Regarding the possibility of balancing the budget, it is not necessary that the tax remove savings and nothing else. That would be impossible. What is necessary is that, to the extent that consumption or investment is curtailed by the policy, the expenditures would have to be raised accordingly. This must always be the case since taxation would always have some effect, however slight, of discouraging consumption or investment. But, depending on the type of tax, \$ 100 of taxes may cut down consumption and investment by only \$ 5. Should we (i. e. the Government) avoid the \$ 100 taxes just because of the \$ 5 detrimental effect? Obviously not. If we spend the whole \$ 100, then \$ 5 would be compensating for the \$ 5 reduction in consumption and investment, and the rest, \$ 95 would be expansive. Thus there would be expansion with a balanced budget even though the tax was not such as to remove-

⁵⁵⁾ Paul Senf, a. a. O., S. 145 f.

savings-without-having-any-detrimental effects. The possibilities of an expansive balanced budget are greater than is generally believed. It is certainly not necessary to have a tax — an impossible tax — which has no detrimental effects; all we have to do is offset the detrimental effects. The operation of the multiplier with a balanced budget is therefor practicable without necessarily having an ideal (and impossible) tax which has no detrimental effects.“⁵⁶⁾

Somers behauptet hier also, daß das Defizit selbst dann verschwindet, wenn über die Besteuerung des Sparens hinaus Teile des Konsums (und der Investition) erfaßt werden. Machen wir uns die Zusammenhänge an unserem ersten Beispiel klar: Der Staat möge mit einem Defizit von 1 Milliarde DM beginnen, der Grenzhang zum Verbrauch sei $\frac{3}{4}$, es sei beabsichtigt, das zusätzliche Sparen aus der Einkommenserhöhung in Höhe von 1 Milliarde DM wegzusteuern und zur Deckung des Defizits zu verwenden. Die bestehende Steuer erfaßt nun aber unglücklicherweise über die 1 Milliarde Ersparnisse hinaus eine weitere Milliarde, die sonst dem zusätzlichen Konsum des Multiplikatorprozesses zugeflossen wäre. Dieser private Konsum fällt nun aus, so daß sich das Einkommen gar nicht auf insgesamt 4 Mrd. DM erhöhen würde. Aber der Staat hat nun eine gar nicht beabsichtigte Mehreinnahme von 1 Mrd. DM über das hinaus, was er zur Deckung des Defizits braucht. Wenn er sie verausgabt, ersetzt er den privaten Konsumausfall. Anders ausgedrückt: Die zweite Milliarde erhöht das Bruttovolkseinkommen nach der Art des reinen Budgeteffekts $dE = dA_{St}$. Das Volkseinkommen der Privaten steigt also um insgesamt 2 Mrd. DM, das gesamte Bruttovolkseinkommen um 4 Mrd. DM, und das Budget ist ausgeglichen, obwohl Konsumteile beschnitten worden sind. Der hiervon ausgehende restriktive Effekt konnte vermieden werden „dadurch, daß die Ausgaben um den Betrag der Verbrauchsminderung erhöht werden — jedoch nur unter der Voraussetzung einer 100%igen Wegsteuerung des Sparens.“⁵⁷⁾ Der Budgetkoeffizient ist jetzt allerdings geringer. Im vorigen Falle, wo nur das Sparen besteuert wurde, betrug er 4, weil 1 Mrd. DM eine Einkommenssteigerung von 4 Mrd. DM bewirkten; in diesem Fall, wo über das Sparen hinaus der Konsum beschnitten wurde, beträgt er 2, weil 2 Mrd. DM dieselbe Einkommenserhöhung bewirkten.

Nun gilt das alles immer noch unter der Voraussetzung, daß das zusätzliche Sparen von der Steuer gänzlich erfaßt wird. Auch diese Annahme dürfte

⁵⁶⁾ Harold M. Somers: Public Finance and National Income, Philadelphia, Toronto 1949, S. 503.

⁵⁷⁾ Paul Senf, a. a. O., S. 147.

noch in den selteneren Fällen zutreffen. Daher schränkt Senf ein: „Aber auch diese Möglichkeit einer Kompensation der Verbrauchsminderung bei gleichzeitiger 100%iger Wegsteuerung des Sparens wird es kaum in der Praxis geben. Es wird wohl kaum jeder Einkommenszuwachs, welcher nicht verbraucht wird, weggesteuert werden können. Für den Fall, daß nur ein Teil des Sparens und des Verbrauchs weggesteuert werden, ist jedoch die Möglichkeit gegeben, bei einem gegebenen Grenzhang zum Verbrauch, je nach dem Prozentsatz der Wegsteuerung des Sparens, mit dem *gleichen Defizit* eine bestimmte Multiplikatorwirkung zu erzielen, ohne daß auf den Prozentsatz der Wegsteuerung des Verbrauchs Rücksicht genommen zu werden braucht, d. h. ohne daß bei steigenden Ausgaben zum Zwecke der Kompensation der durch die Verbrauchsminderung bewirkten Reduktion der Multiplikatorwirkungen auch das Defizit erhöht werden müßte. Denn die erforderliche Ausgabensteigerung zum Zwecke der Kompensation der Verbrauchsminderung finanziert sich jeweils selbst aus den dem Verbrauch entnommenen Steuererträgen.“⁵⁸⁾

Der Beweis ist logisch schlüssig. Die Steuern aus dem Verbrauch wirken deshalb nicht einkommensmindernd, weil sie wieder verausgabt werden.⁵⁹⁾ Die Steuern aus dem Sparen dagegen werden einem Fonds zugeführt, aus dem der Staatskredit zurückgezahlt wird. Damit sind wir aber immer noch von den Verhältnissen der Praxis mehr oder weniger weit entfernt, denn die Finanzpraxis macht einen solchen Unterschied zwischen Steuern aus dem Verbrauch und Steuern aus dem Sparen nicht, und selbst wenn sie es wollte: sie könnte es nicht. Sie müßte dazu wissen, wie die Privaten die Geldbeträge, die als Steuern abgeführt werden müssen, sonst verwendet hätten, wenn sie nicht besteuert worden wären. Dazu sind die Daten erforderlich, wie wir schon im Zusammenhang mit den Redistributionseffekten kennengelernt haben: die Häufigkeitsverteilung der Einkommen, der Grenzhang zum Verbrauch der einzelnen Einkommensklassen und die Steuerbelastung dieser Klassen. Solange diese Daten nicht bekannt sind, ist der Unterschied zwischen Steuern aus dem Verbrauch und solchen aus dem Sparen einerseits und die unterschiedliche Verwendung dieser Steuern zur Defizitdeckung und zur Ausgabenerhöhung andererseits willkürlich und ungenau. Je nach dem Maß dieser Ungenauigkeit wird das praktische Resultat vom theoretischen Lehrsatz abweichen. Unter diesem Vorbehalt können wir Senf zustimmen: „Die Höhe des Defizits ist allein abhängig von der Höhe der Wegsteuerung des

⁵⁸⁾ Paul Senf, a. a. O., S. 147 f.

⁵⁹⁾ Eventuell ist hier ein geringfügiger kontraktiver Effekt aus einer möglicherweise regressiven Einkommensumverteilung zu berücksichtigen.

Sparens. Je höher diese ist, um so kleiner ist das Defizit. *Es braucht also nicht immer eine Zunahme der Ausgaben zugleich auch zu einer Vergrößerung des Defizits zu führen.*⁶⁰⁾

d) Die Besteuerung des zusätzlichen Sparens und des zusätzlichen Konsums zur Deckung des Defizits.

Was geschieht nun aber, wenn der Staat seine Einnahmen nicht in Steuern aus dem Verbrauch und in Steuern aus dem Sparen trennt und sie nicht in der oben angegebenen Weise verwendet, daß die einen der Ausgaben-erhöhung, die anderen aber der Defizitdeckung dienen? Wir kommen hier schon deshalb zu einer realistischen Fragestellung, weil der Staat in der Regel bestrebt ist, sein Defizit abzudecken, sobald dies die Mehreinnahmen aus Steuern erlauben. Die im vergangenen Abschnitt erläuterte Methode, ein Restdefizit so wirksam wie nur irgend möglich zu machen, ist — wie gesagt — für den Finanzpraktiker mangels zahlenmäßiger Unterlagen viel zu undurchsichtig. So ist die Annahme gerechtfertigt, der Staat möge alle zusätzlichen Steuereinnahmen zur Abdeckung des Defizits benutzen. Wie der Multiplikatorprozeß nun abläuft, läßt sich am folgenden Zahlenbeispiel

Tabelle: Der zahlenmäßige Ablauf eines Multiplikatorprozesses bei völliger Verwendung der Steuermehreinnahmen zur Defizitdeckung (Zahlen in Mill. DM)⁶¹⁾.

	dE vor der Besteuerung	dT	dC	dS
1. Periode	1 000	250	500	250
2. Periode	500	125	250	125
3. Periode	250	62,5	125	62,5
4. Periode	125	31,25	62,5	31,25
5. Periode	62,5	15,625	31,25	15,625
6. Periode	31,25	7,8125	15,625	7,8125
7. Periode	15,625	3,90625	7,8125	3,90625
Summe nach				
n Perioden:	2 000,000	500,00000	1 000,0000	500,00000

⁶⁰⁾ Paul Senf, a. a. O., S. 148.

⁶¹⁾ Die Spalten dT, dC und dS der Tabelle geben jeweils die Verwendung des zu Beginn der Periode gebildeten Einkommens an. Aus dieser Verwendung ergibt sich dann das Einkommen der nächsten Periode.

zeigen: Das anfängliche Defizit soll 1 Mrd. DM betragen, das Bruttoeinkommen der Privaten steigt dann nach der ersten Runde auf ebenfalls 1 Mrd. DM. Von diesem zusätzlichen Einkommen sollen die Privaten nun $\frac{1}{4}$ an zusätzlichen Steuern abführen. Das verbleibende Nettoeinkommen soll zu $\frac{2}{3}$ dem Konsum und zu $\frac{1}{3}$ dem Sparen zufließen. Den zahlenmäßigen Ablauf der weiteren Einkommensbildung stellt die Tabelle dar.

Die Privaten müssen also von ihrem auf 1 Mrd. DM gestiegenen Einkommen 250 Mill. DM an Steuern zahlen, die verbleibenden 750 Mill. DM verteilen sie in Höhe von 500 Mill. DM auf den Verbrauch und 250 Mill. DM auf das Sparen, so daß sich in der nächsten Periode eine Einkommenssteigerung in Höhe von 500 Mill. DM ergibt und der Prozeß in der angegebenen Weise weiterläuft. Insgesamt erhöht sich das Bruttovolkseinkommen um 2 Mrd. DM, das verfügbare Einkommen der Privaten nach der Besteuerung um 1,5 Mrd. DM, der private Konsum um 1 Mrd. DM, das private Sparen um 500 Mill. DM und die Steuereinnahmen um 500 Mill. DM. Das Restdefizit beträgt mithin 500 Mill. DM, sein Koeffizient beträgt 4. ⁶²⁾

Dieses Ergebnis kann auch mit Hilfe der Formel

$$dE = \frac{1}{1 - \left(1 - \frac{dT}{dE}\right) \cdot \frac{dC}{dE}} \cdot D_a \quad {}^{63)}$$

bestimmt werden, wobei D_a das anfängliche Defizit, $\frac{dT}{dE}$ die zusätzliche Steuerbelastung des Bruttoeinkommens und $\frac{dC}{dE}$ der durchschnittliche Grenzhang zum Verbrauch des Nettoeinkommens ist.

Das Defizit ist nicht ganz verschwunden. Ist diese Tatsache nun auf eine willkürliche Zahlenauswahl in unserem Beispiel zurückzuführen oder ist sie allgemeingültig? Die obige Formel mag zu einigen raschen Proben benutzt werden. Dabei rechnet man zunächst die Einkommenserhöhung aus und bestimmt auf Grund dieser Erhöhung nach Maßgabe der Größe $\frac{dT}{dE}$ die Steuereinnahme. Bei extrem großer Konsumneigung $\frac{9}{10}$ und mäßigem Steuersatz $\frac{1}{10}$ ergibt sich bei einem anfänglichen Defizit von 1 Mrd. DM ein zusätzliches Einkommen von 5 Mrd. DM. Da hierbei $\frac{1}{10}$, also 500 Mill. DM, als zusätzliche Steuereinnahmen anfallen, bleibt das Defizit wiederum nur zur Hälfte gedeckt, obwohl die zugrunde liegenden Werte so gewählt sind, daß

⁶²⁾ Vergleichsweise hätte das Defizit von 1 Mrd. DM ohne steuerliche Belastung einen Multiplikatorwert von 3.

⁶³⁾ Zur Herleitung dieser Formel vgl. Erich Schneider, a. a. O., S. 202 ff.

die Einkommensexpansion möglichst groß wird. Auch mit anderen Werten für den Grenzhang zum Verbrauch und die zusätzliche Steuerbelastung würde der Ausgleich des Haushalts nicht zu erreichen sein. Woran das liegt, wird klar, wenn man verschiedene Werte durchprobiert hat: Bei hohem Grenzhang zum Verbrauch ergibt sich zwar ein hohes Volkseinkommen, aber die beiden Größen Defizit und steuerliche Mehrbelastung werden niemals übereinstimmen. Setzt man die steuerliche Mehrbelastung so hoch an, daß das Defizit vielleicht verschwinden würde, dann bildet sich gar nicht erst ein genügend großes Volkseinkommen, aus dem die Steuereinnahme geschöpft werden könnte; der Multiplikatorprozeß wird vorher abgewürgt. Setzt man aber die steuerliche Mehrbelastung so gering an, daß ein hinreichend hohes Volkseinkommen entsteht, dann sind die Steuermehreinnahmen zur Abdeckung des Defizits zu niedrig. Der Kreis schließt sich nicht: Bei hohen Steuersätzen ist die Einkommensexpansion zu gering; bei niedrigen Steuersätzen sind die Steuereinnahmen zu gering. Anders ausgedrückt: Im ersten Fall wird das Einkommen so stark strapaziert, daß es sich nicht vergrößern kann, und im zweiten Fall wird es zu wenig besteuert. Dabei handelt es sich um echte Alternativen; den goldenen Mittelweg gibt es unter unseren Bedingungen nicht, es sei denn, man besteuert den gesamten Einkommenszuwachs. Zur Veranschaulichung diene die folgende Tabelle.

Wir müssen nun hinsichtlich einer automatischen Defizitdeckung zwei Fälle unterscheiden: Einmal handelt es sich darum, daß die Steuersätze einer bereits bestehenden Steuer unverändert bleiben. Die erhöhten Einnahmen ergeben sich dann lediglich aus dem Wachstum der Steuerbemessungsgrundlagen, also vornehmlich des Einkommens. Die Steuermehrbelastung $\frac{dT}{dE}$ ist

Tabelle: Die Zusammenhänge zwischen einem anfänglichen Defizit D_a , der Steuermehrbelastung $\frac{dT}{dE}$, der Einkommenserhöhung dE und dem Defizitrest D_r in Mill. DM.

	D_a	$\frac{dC}{dE}$	$\frac{dT}{dE}$	dE	dT	D_r
1.	1 000	$\frac{2}{3}$	$\frac{1}{10}$	2 500	250	750
2.	1 000	$\frac{2}{3}$	$\frac{2}{10}$	2 100	420	580
3.	1 000	$\frac{2}{3}$	$\frac{1}{2}$	1 500	750	250
4.	1 000	$\frac{2}{3}$	$\frac{4}{5}$	1 100	880	120
5.	1 000	$\frac{2}{3}$	$\frac{9}{10}$	1 070	963	37
6.	1 000	$\frac{2}{3}$	$\frac{1}{1}$	1 000	1 000	0

dann ein Datum, sie ist abhängig vom bereits bestehenden Tarif, genauer gesagt: vom Tarif der Besteueren. Fließen die Defizit Ausgaben also an eine Einkommensklasse, deren Steigerungssatz $\frac{1}{3}$ beträgt — eine Zahl, die bei der heutigen Progression der Einkommensteuer gerechtfertigt erscheint —, dann wird das Bruttovolkseinkommen unter unseren Bedingungen um 1,8 Mrd. DM steigen, der Staat wird mithin 0,6 Mrd. DM an Steuern zusätzlich vereinnahmen, so daß ein Restdefizit in Höhe von 0,4 Mrd. DM verbleibt. Das bedeutet, daß einer automatischen Defizitfinanzierung bei gleichbleibenden Steuersätzen eine absolute Grenze gesetzt ist; diese Grenze ist durch den höchsten Progressionssatz der Einkommensteuer bestimmt. Diese theoretisch äußerste Grenze wird natürlich kaum erreicht werden. Es wird das Maß, bis zu dem ein Defizit bei gleichbleibenden Steuersätzen automatisch finanziert wird, davon abhängen, wie hoch das Einkommen derjenigen bereits ist, denen die erhöhten Ausgaben des Staates zufließen, und an welcher Stelle der Einkommensteuerprogression sie sich schon befinden. Dieser Punkt bestimmt die relative Grenze einer automatischen Defizitfinanzierung, bis hierher geht das Ausmaß der Schuldendeckung im konkreten Fall. Der Staat kann es von sich aus dadurch beeinflussen, daß er seine Ausgaben in bestimmter Weise dotiert, d. h. sie bestimmten Personengruppen zufließen läßt. Begünstigt er mit seinen Ausgaben solche Personen, die bereits ein hohes Einkommen haben, so wird sein Defizit im stärkeren Maße verringert, als wenn er mit seinen Ausgaben solche Personen begünstigt, die nur ein geringes Einkommen haben. Die bewußte Maximierung des Finanzierungseffekts steht mithin mit den normalen beschäftigungs- und einkommenspolitischen Absichten im krassen Widerspruch. Diese Tatsache hat erhebliche konjunkturpolitische Bedeutung: Je schärfer eine Krise ist, je geringer die Einkommen also im Durchschnitt sind, desto geringer ist dann auch bei gleichem anfänglichem Defizit das Ausmaß der automatischen Finanzierung. Allerdings muß dabei berücksichtigt werden, daß bei niedrigen Einkommen ein höherer Grenzhang zum Konsum erwartet werden kann, so daß die Einkommenserhöhung aus dem privaten Verbrauch zum Teil ausgleichend wirkt. Diesen Ausgleich dürfen wir aber nicht überschätzen, denn selbst wenn mit sinkendem Einkommen der steuerliche Steigerungssatz im gleichen Maße sinkt wie der Grenzhang zum Verbrauch steigt, was ja sicherlich nicht zutrifft, selbst dann ist das Ergebnis für die Defizitfinanzierung bei hohen Einkommen günstiger als bei niedrigen. Unsere These gilt deshalb zu Recht: Bei einem hohen Einkommensniveau ist es dem Staat möglich, seine Schulden aus steuerlichen Mehreinnahmen schneller zurückzuzahlen als bei einem niedrigen Einkommensniveau, solange die Steuer-

sätze nicht erhöht werden. Eine völlige Defizitdeckung ist ausgeschlossen. Die Steuermehrbelastung ist dann kein Datum mehr, wenn der Staat die Steuersätze ändert. Eine Erhöhung dieser Sätze liegt den Zahlen in unserer letzten Tabelle zumindest von Ziffer 3 an zugrunde. Im extremsten Fall wird die gesamte Einkommenserhöhung weggesteuert (Ziffer 6 der letzten Tabelle). Dieser Fall ist uns schon einmal begegnet: beim nicht-progressiven Budget. Dort ging es darum, eine zeitliche Verzögerung bei der Erhebung der zusätzlichen Steuer und der Verausgabung der gleichen Beträge zu vermeiden. Das den Privaten verfügbare Einkommen ändert sich dabei nicht.

Abschließend kann also gesagt werden, daß es ein Budgetdefizit, das sich ohne Erhöhung der Steuersätze gleichsam von selbst finanziert, nicht gibt — wenigstens nicht im Rahmen der Multiplikatoranalyse. Wohl aber kann das Defizit durch steigende Steuereinnahmen teilweise gedeckt werden. Für das Ausmaß dieser Deckung ist entscheidend, welche Einkommen jeweils erhöht werden, hohe oder niedrige, denn jedes Defizit wirkt quantitativ anders, je nachdem, wer die Ausgaben des Staates empfängt. Die landläufige Theorie vom Defizitmultiplikator hat sich dadurch, daß sie mit einem „allgemeinen, durchschnittlich in der Volkswirtschaft herrschenden Grenzhang zum Verbrauch“ arbeitet, die Einsicht in diesen Zusammenhang weitgehend verbaut. Weiterhin soll hier der Hinweis nicht fehlen, daß außerhalb unserer Bedingungen ein automatisch finanziertes Defizit auch ohne Steuererhöhung denkbar ist: dann nämlich, wenn die expansive Finanzpolitik nicht nur die hier aufgezeigte Einkommensbildung auslöst, sondern darüber hinaus einen Wirtschaftsaufschwung im privaten Sektor veranlaßt, der über Investitionserhöhungen eine zweite Einkommensbildung zur Folge hat. Über eine solche Ausweitung entscheidet die konkrete Einzelsituation.

Schließlich sei noch ein Wort zur begrifflichen Kennzeichnung der behandelten Defizitbudgets gesagt. Wir haben die aus den beiden ersten Abschnitten bekannte Unterscheidung zwischen einem progressiven und einem nicht-progressiven Budget hier nicht benutzt. Das geschah einfachheitshalber, denn wenn ein Budget dann progressiv ist, wenn eine Erhöhung des Konsumfonds bewirkt wird, dann ist jedes Defizitbudget progressiv,⁶⁴⁾ wenn nicht gerade der gesamte Einkommenszuwachs von den Privaten gespart — eine sehr irrealer Unterstellung — oder von einer zusätzlichen Steuer belastet wird, so daß nicht nur das Einkommen der Privaten, sondern auch dessen Häufigkeitsverteilung unverändert bleiben.

⁶⁴⁾ Die Progression bezieht sich dabei auf den Teil des Budgets, der mit der Einführung eines anfänglichen Defizits zusätzlich geschaffen wurde und sich in der beschriebenen Weise weiterentwickelte.

e) *Die alleinige Besteuerung des Verbrauchs.*

Mehr aus Gründen der Vollständigkeit sei schließlich noch der Fall behandelt, daß aus einer Einkommenserhöhung in der Weise Steuern vereinnahmt werden, daß lediglich der zusätzliche Konsum besteuert wird. Hierbei wird das Sparen also nicht berührt. Das Ergebnis kann dem vorletzten Abschnitt entnommen werden: Alles, was der Staat dem zusätzlichen Konsum an Steuern entnimmt, muß er unabhängig vom anfänglichen Defizit an zusätzlichen Ausgaben dem Kreislauf wieder zurückgeben, wenn jeweils die gleiche Einkommenssteigerung erreicht werden soll. Das Defizit bleibt damit in der anfänglichen Höhe bestehen.⁶⁵⁾ Wenn es uns dagegen nicht von vornherein auf eine bestimmte Einkommenssteigerung ankommt, dann ergibt sich folgendes: In der Höhe der Besteuerung fällt zusätzlicher Konsum aus, es entfällt damit die Voraussetzung zur Bildung weiterer Einkommen. Aber selbst dann wird das Defizit nicht völlig verschwinden, wenn der zusätzliche Konsum zu 100% besteuert wird, weil einfach das durch das Defizit geschaffene Einkommen nie völlig dem privaten Verbrauch zugeführt wird. Diesen beiden Fällen seien zwei Zahlenbeispiele hinzugefügt:

1. Die Einkommenserhöhung soll 15 betragen, der Grenzhang zum Verbrauch beträgt $\frac{2}{3}$. Wenn nun der Staat mit einem anfänglichen Defizit in Höhe von 5 beginnt und darauf den Verbrauch zu 25% besteuert, dann vereinnahmt er an Steuern 2,5. Um diese 2,5 muß er nun seine Ausgaben ein weiteres Mal erhöhen, um den restriktiven Effekt der Besteuerung zu kompensieren. Nur dann erhöht sich das Einkommen um 15. Es stehen dann Gesamtausgaben in Höhe von 7,5 einem Steuerertrag in Höhe von 2,5 gegenüber: Das Defizit beträgt unvermindert 5.⁶⁶⁾
2. Ist der Staat nun bestrebt, vor allem anderen zunächst sein Defizit zu decken, so begegnet er bei der Beschränkung auf den Verbrauch dieser Schwierigkeit: Das Defizit erhöht das Einkommen der Privaten um 5. Bei einem Grenzhang von $\frac{2}{3}$ würde der zusätzliche Verbrauch der Privaten 3,33 ausmachen. Bei 100%iger Besteuerung dieser Summe bliebe ein Defizit von 1,67. Das Einkommen der Privaten wäre nur um die zusätzlichen Ersparnisse 1,67 gestiegen.

⁶⁵⁾ Vgl. dazu die Tabelle bei Paul Senf, a. a. O., S. 146.

⁶⁶⁾ Dieses Beispiel findet sich in der unter ⁶⁵⁾ angeführten Tabelle.

f) Die Wirkung von Schuldenaufnahme und Schuldentilgung.

Es ist bisher stets unterstellt worden, daß zusätzliche Steuern den privaten Konsum nach Maßgabe des Grenzhangs zum Verbrauch mindern. Demgegenüber wird so getan, als ob das Deficit spending und die damit verbundene Anleiheaufnahme der öffentlichen Hand auf den Verbrauch derjenigen, die die Anleihestücke erwerben, keinen Einfluß haben. Das mag im Normalfall zutreffen, doch hat uns auch hier die gelenkte Wirtschaft ein Novum beschert: Die Anleihebegebung zwecks Kaufkraftabschöpfung. Hier müssen die konsummindernden Wirkungen natürlich berücksichtigt werden. Geschieht das nicht, so wird das zugrundeliegende Budget falsch beurteilt.

Wieder anders liegen die Verhältnisse bei einer normalen Schuldentilgung: Wir haben gesehen, daß das Budget seine Steuereinnahmen aus verschiedenen Quellen schöpft und seine Ausgaben bestimmten Gruppen von Einkommensbeziehern zufließen. Je nach der Größe der dabei auftretenden Konsum- oder Sparminderung richtet sich das Progressionsmaß, es wird bei Schuldentilgung meist stark betroffen, denn zumeist tätigt dann der Staat zusätzliche Ausgaben an hoch sparende Personengruppen. Der einer Schuldentilgung dienende Teil eines Haushalts wird um so regressiver sein, je geringer das Ausmaß der automatischen Defizitfinanzierung vorher gewesen ist, je größer also das Restdefizit ist. Die Einkommensteile, die bei einer solchen Resttilgung umverteilt werden, wirken stark konsummindernd. Noch stärker dürfte der restriktive Effekt sein, wenn eine Schuld an das Ausland zurückbezahlt wird. Hierbei wird das Einkommen der inländischen Wirtschaftssubjekte zunächst durch die Steuer beschnitten, aber nicht wieder neu gebildet. Umgekehrt ist bei einer Schuldenaufnahme im Ausland die Gefahr ausgeschlossen, daß es im Inland an anderen Stellen zu Krediteinschränkungen kommt.

Ferner ist an dieser Stelle noch einmal auf das hinzuweisen, was eingangs dieses dritten Teils zur Kreditmarktsplaltung und seinen Konsequenzen für das Deficit spending des Staates gesagt worden ist. Danach ist die Aufnahme formell kurzfristiger Kredite für die Kreditversorgung an anderen Stellen der Wirtschaft gefahrlos, so lange der Geldschöpfungsspielraum durch die Banken nicht voll beansprucht wird. Bei langfristiger Finanzierung muß dagegen — wie gezeigt worden ist — mit Einschränkungen im Bereich der privaten Investitionen gerechnet werden. Es soll schon hier festgestellt werden, daß es sich bei der Beschränkung der Privatinvestitionen infolge von Finanzierungsschwierigkeiten einerseits und infolge der Steuerbelastung um zwei verschiedene Dinge mit möglicherweise andersartiger Konsequenz handelt. Im zweiten Fall ist die Investitionsbeschränkung ja mit einer Steuer-

mehreinnahme für den Staat verbunden. Wenn diese Mehreinnahme wieder verausgabt wird, dann wird der Investitionsausfall durch die staatliche Nachfrage kompensiert, die automatische Finanzierung des Defizits dagegen hängt von der Wegsteuerung des Sparens ab⁶⁷⁾. Im ersten Fall — Investitionsbeschränkung infolge Finanzierungsschwierigkeiten — ist eine Kompensation durch korrespondierende Steuermehreinnahmen ausgeschlossen, der restriktive Effekt kommt voll zur Geltung.

Das Ergebnis, zu dem wir auf Grund der bisherigen Überlegungen kommen, hat nun aber für die Lehre von der Kreditmarktsplaltung eine beachtliche Konsequenz, soweit es um die Anwendung auf das Deficit spending geht. Es läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Die Lehre von den Defizitwirkungen muß neu formuliert werden. Ein Staatskredit hat nicht den Multiplikatorwert 3, wenn der Grenzhang zum Verbrauch $\frac{2}{3}$ ist, das Einkommen wird nämlich deshalb nicht um das Dreifache steigen, weil unsere Einkommensteuerprogression viel zu stark ist, als daß sie unberücksichtigt bleiben könnte. Die daraus resultierende Besteuerung modifiziert je nach spezifischer Art die Expansion in der beschriebenen Form. Wir können demnach solange nichts über die Einkommenswirkungen aussagen, wie wir nicht das anfängliche und das restliche Defizit und die Quellen der Steuermehreinnahmen kennen. Die Hoffnungen, hierüber im konkreten Einzelfall stichhaltige Zahlenangaben zu erhalten, sind gering; dazu sind die Zusammenhänge in der Praxis zu undurchsichtig, die Zahl der wirksamen Faktoren ist zu groß. Dennoch kommen wir nur so zu brauchbaren Schätzungen hinsichtlich der Einkommenssteigerung.
2. Infolge der Steuermehreinnahmen kann sich das Defizit automatisch finanzieren, wenigstens zum Teil; es verringert sich frühzeitig. Das spielt für die Kreditaufnahme in Ländern mit gespaltenem Kreditmarkt eine große Rolle: Das anfängliche Defizit braucht in voller Höhe gar nicht langfristig finanziert zu werden. Für den Teil, zu dem es sich automatisch finanziert, also für die Differenz zwischen dem anfänglichen und dem restlichen Defizit, kann eine relativ kurzfristige Kreditform gewählt werden. Diese Form kann nicht nur formell, sondern auch realiter kurzfristig sein. Für den verbleibenden Defizitrest wäre die Wertpapierfinanzierung durch die Banken des kurzfristigen Geschäft im Hinblick auf die Privatinvestition das Ideal. Einer solchen

⁶⁷⁾ Es sei hierzu auf das Zitat von Somers auf S. 75 f und auf die auf S. 77 geäußerten Vorbehalte zurückverwiesen.

Mischung von Kreditformen für das gleiche Defizit möchten wir eine nicht unwichtige konjunkturstabilisierende Rolle zutrauen.

3. Überhaupt ist für die konjunkturpolitische Beurteilung eines Defizit nunmehr eine viel breitere Grundlage gewonnen. Stucken und Sies haben in einer gemeinsamen Arbeit⁶⁸⁾ das konjunkturpolitisch erwünschte Defizit mit den finanzwissenschaftlichen Deckungsgrundsätzen in Einklang zu bringen gesucht. Dabei blieben einige zweifelhafte Fälle übrig, in denen ein Defizit aus einkommens- und beschäftigungspolitischen Gründen erwünscht, aus den Erwägungen der Deckungslehre jedoch nicht ratsam war. Im Lichte der automatischen Defizitfinanzierung mag die Zahl dieser unsicheren Fälle gewiß geringer werden.

⁶⁸⁾ Rudolf Stucken und Walter Sies: Finanzwissenschaftliche Deckungsgrundsätze und konjunkturpolitische Postulate, in: Finanzarchiv, N.F. 12. Bd. 1951, S. 616—631.

III. Die Auswirkungen eines ausgeglichenen Haushalts auf das Investitionsvolumen.

A. Vorbemerkung.

An dieser Stelle machen die Autoren in ihren Untersuchungen der Budgetwirkungen halt. Es wird gesagt, ein Budget wirke unter bestimmten Bedingungen expansiv, weil es effektive Nachfrage erzeugt. Hinsichtlich der Investition aber bleibt in den meisten Fällen die ursprüngliche Annahme, sie sei konstant, bestehen. Man denkt damit den ganzen Fragenkomplex einfach nicht zu Ende; der Schluß wird vorverlegt. Das Ergebnis bekommt dadurch unzweifelhaft hypothetischen Charakter. Das ist jedoch keine Grundlage für ein konjunkturpolitisches Rezept für die Finanzpraxis.

Wo die Investitionsfrage dennoch berücksichtigt wird, geschieht das in vagen Vermutungen und unverbindlichen Aussagen. Diese Unsicherheit hat natürlich seine Gründe: Die Beziehung Budget—Investition ist nicht logisch zwingend, sie ist unter allgemeinen Bedingungen unbestimmt. Allein auf analytischem Wege läßt sich ihr nicht beikommen, dazu sind zu viele Möglichkeiten offen. Was tatsächlich geschieht, hängt von vielen anderen Umständen ab.

Trotzdem ist die Frage der induzierten Investition zu wichtig, als daß man sie unerledigt lassen könnte. Mehr noch: Sie ist der zentrale Punkt einer durch das Budget geschaffenen Einkommensumverteilung. Es erheben sich nämlich angesichts der bisherigen Untersuchungsergebnisse zwei Fragen:

1. Werden die bisher behandelten Budgetwirkungen tatsächlich realisiert, oder werden sie durch anders verlaufende Vorgänge im Investitionsbereich neutralisiert, vielleicht sogar überkompensiert, so daß schließlich genau das Entgegengesetzte von dem, was erwartet wurde, geschieht? Diese Frage stellt sich in erster Linie in der bearbeiteten amerikanischen Literatur. Will man sich nämlich den expansiven Effekt eines Budgets zunutze machen, dann wäre eine solche entgegengesetzte Reaktion im Investitionsbereich höchst unerwünscht: Die Erhöhung des Volkseinkommens wäre in Frage gestellt, d. h. das Budget ließe sich zu dem erklärten Zweck gar nicht einsetzen. Diese Fragestellung ist stark

konjunkturpolitisch orientiert, sie interessiert sich in erster Linie für den kurzfristigen Effekt von Budgetänderungen. Sie wirft das Problem auf, ob die induzierte Konsumänderung von Investitionsänderungen in ihrer Wirksamkeit auf das Volkseinkommen gefördert oder gehemmt wird. Dabei gilt die Aufmerksamkeit dem Volkseinkommen der gleichen oder der nächsten Periode; man will wissen, was auf kurze Sicht geschieht.

2. Daneben steht der langfristige Aspekt; es stellt sich eine weit bedeutendere Frage: Sollten sich nicht durch die bisher behandelten Budgetwirkungen Verschiebungen in der Kapitalbildung ergeben? Wir sahen, daß ein progressives Budget den Sparfonds zugunsten des Konsumfonds mindert. Ergeben sich daraus nicht Ungleichgewichte, wenn man den einen Fonds zugunsten des anderen dauernd künstlich niedrig hält? Ist ein progressives Budget dann überhaupt noch erwünscht, wie es im Lichte der kurzfristigen Betrachtung bisher immer erschien? Gibt es Ausgleichskräfte gegen dieses ständige Leerlaufen des Sparfonds? Welche sind es, wie wirken sie? Es geht also hier um die Frage, ob die konsumfördernde Umverteilung von Einkommen nicht eine latente Gefahr für das Reicherwerden einer Volkswirtschaft ist. Konkreter: Sind unsere derzeitigen Budgets für die erforderliche Realkapitalbildung überhaupt noch tragbar? Also nicht der Erfolg für heute und morgen, sondern für einen viel längeren Zeitraum soll erfragt werden.

Die Bedeutung der Investitionsfrage liegt damit klar. Ihr auszuweichen, hieße die bisherigen Ergebnisse auf eine unsichere Grundlage stellen. Darüber hinaus bliebe auch ein theoretischer Widerspruch bestehen: Keynes hat in seiner Theorie aus Definitionsgleichungen die Gleichheit von Sparen und Investieren postuliert. Wie ist diese Gleichheit überhaupt noch mit der Tatsache in Einklang zu bringen, daß ein progressives Budget zwar das Sparen beschneidet, jedoch eine Investitionsbeschränkung im gleichen Ausmaß nicht bewirkt?

B. Der Zusammenhang zwischen einem ausgeglichenen Budget und dem Zins.

Es entspricht einer alten Tradition, gleichsam im Vorfeld der Investitionsfrage das Zinsproblem aufzurollen. Es wäre also hier zu untersuchen, welche Auswirkungen ein ausgeglichener Haushalt auf den Zins hat. Dabei soll gleich zu Beginn auf zweierlei aufmerksam gemacht werden. Natürlich besteht der Zusammenhang zwischen dem Zins und dem Budget nicht darin, daß die eine Größe von der anderen direkt abhängt, daß eine einfache, logisch

zwingende Beziehung vorhanden wäre etwa der Art, daß der Zins irgendeine Funktion des Budgets wäre. Das ergäbe in der Tat eine merkwürdige Zinstheorie. Andererseits haben unsere derzeitigen Haushalte Größenordnungen erreicht, daß die Beziehung Budget—Zins immerhin unser Interesse wert ist.

Der zweite Punkt betrifft etwas anderes: Wir behandeln hier den Zins in dem Abschnitt über die induzierte Investition. Das soll nichts über die Rolle des Zinses innerhalb des Investitionskomplexes selbst aussagen. Die Frage, in welchem Ausmaß die Investitionen zinsreagibel sind, steht hier nicht zur Diskussion¹⁾. Trotz aller Zweifel hinsichtlich dieses Ausmaßes gehört das Zinsphänomen nun einmal in den Bereich der Kapitalbildung. Das ist der Anlaß, unsere obige Frage hier zu stellen.

Eine ähnliche Frage hat Kjeld Philip behandelt.²⁾ Philip geht dabei von der Liquiditätstheorie des Zinses aus und untersucht, in welcher Weise die Finanzpolitik des Staates die beiden Größen Geldmenge und Liquiditätspräferenz beeinflusst. Je nach dem, wie das Verhältnis dieser beiden Größen durch die Finanzoperationen des Staates verändert wird, wird auch der Zinssatz steigen oder fallen.

Nun liegt aber der gesamte zusätzliche Geldbedarf, den eine Budgetänderung auslösen kann, mit Ausnahme eines langfristig finanzierten Defizits im Bereich der kurzfristigen Kreditgewährung, in jenem Bereich also, der durch zusätzliche Geldschöpfung seitens der Banken des kurzfristigen Geschäfts nach Maßgabe des Geldschöpfungsspielraums angereichert werden kann, in dem mithin das Angebot keine fest umrissene Größe mehr ist. Angesichts dieser Unbestimmtheit sind Zinsänderungen auf Grund von Budgetänderungen überhaupt nicht zu erwarten, solange die Geldmengenvermehrung mit den geldpolitischen Zielsetzungen harmonisiert. Erst wenn dies nicht mehr der Fall ist, kann mit Änderungen des Zinssatzes gerechnet werden. Aber selbst dann handelt es sich weniger um eine unmittelbare Einflußnahme auf die Geldmenge — dazu sind andere Mittel entwickelt worden³⁾ —, es handelt sich vielmehr um eine Art psychologischer Geldpolitik: Das Banksystem bringt damit zum Ausdruck, daß ihr eine Änderung der Geldmenge nicht genehm ist, daß sie eventuell diese anderen Mittel der Marktleitung einsetzen wird.

¹⁾ Vgl. dazu Rudolf Stucken: Geld und Kredit, 2. Aufl., Tübingen 1957, S. 88 ff. und 135 f.

²⁾ Kjeld Philip: Finanzpolitik und Zins, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 62. Bd. 1949, S. 214 ff.

³⁾ Vgl. dazu Rudolf Stucken: Geld und Kredit, 2. Aufl., Tübingen 1957, S. 91 ff.

Ist also schon die Beziehung zwischen dem Zins und der Geldmenge recht dehnbar geworden, so ist ein Zusammenhang zwischen dem Zins und dem Budget zumindest im kurzfristigen Bereich so gut wie gar nicht vorhanden.

Ähnlich liegen die Dinge im langfristigen Sektor. Unbeschadet der noch unbeantworteten Frage, wie ein Budget die langfristige Geld- und Realkapitalbildung beeinflusst, läßt sich hier vorgreifend sagen, daß der Zins angesichts des enormen Finanzierungsbedarfs einerseits und des geringen Sparaufkommens andererseits unter den gegenwärtigen westdeutschen Bedingungen gar nicht mehr in der Lage ist, Angebot und Nachfrage auszugleichen.

Dieser Tatbestand hat Stucken zu dem Wort von der „Entthronung“ des Zinses veranlaßt.⁴⁾ Derselbe Tatbestand läßt auch den Schluß zu, daß ein fühlbarer Zusammenhang zwischen dem Budget und dem Zins nicht besteht.

C. Die Steuerwirkungen auf die Investition.

Wenden wir uns nun endlich der wichtigen Frage zu, was im Investitionssektor geschieht. Wir wollen dabei, um dem komplexen Charakter dieser Zusammenhänge gerecht zu werden, die Steuerwirkungen und die Ausgabenwirkungen getrennt behandeln. Ein solches Vorgehen ließ sich bisher stets vermeiden, auch hier wäre es analytisch möglich, Steuern und Ausgaben gleichzeitig einzuführen — das Föhlische Modell, von dem noch zu sprechen sein wird, bietet sich für ein solches Verfahren geradezu an. Ein solcher Ansatz wäre jedoch bei aller Eleganz recht global, es bestände die Gefahr, daß wichtige Unterschiede von vornherein verlorengingen. Allerdings wollen wir uns auch davor hüten, allzusehr in Einzelheiten einzudringen. Die Wirkungen beispielsweise der Vermögensteuern auf die Investition sind aus unserer Sicht Details; in sie können wir nicht eindringen. Das alles bedeutet, daß unser endgültiges Resultat um die Ergebnisse von Spezialuntersuchungen zu korrigieren wäre.

Als Ausgangspunkt möge die Feststellung dienen, daß die Investitionen vom Budget her auf dreierlei Weise beeinflusst werden können:

1. über den Zins,
2. über geänderte Gewinnchancen und
3. über geänderte Finanzierungsmöglichkeiten.

Die Zinsfrage ist bereits beantwortet. Es ergaben sich keine Anhaltspunkte für die Vermutung, daß ein ausgeglichenes Budget den Zins im nennens-

⁴⁾ Rudolf Stucken: Geld und Kredit, 2. Aufl., Tübingen 1957, S. V.

werten Umfang tangiert. Der Zins stellte sich dabei als eine Größe dar, die nur in einem größeren Zusammenhang beeinflussbar ist. Auf die Beziehung Zins—Investition brauchen wir deshalb nicht einzugehen.

a) Die Auswirkung von Steueränderungen auf die Gewinnchancen von Neuinvestitionen.

1. Bei genauer Kostenkalkulation.

aa) Mit gradliniger Abschreibung. Wir kommen damit zu der Beziehung Steuer—Gewinnchance. Dabei muß nun unterstellt werden, daß der langfristige Zins gleich bleibt; die Unternehmer sollen langfristige Kredite auch nach einer Steuererhöhung zu den gleichen Kosten erhalten. Wenn nun die Gewinnchance einer neuen Investition berechnet werden soll, dann werden die Kosten der neuen Anlage den erwarteten Einnahmen gegenübergestellt. Diese erwarteten Einnahmen entstehen sukzessiv Jahr für Jahr zu einem bestimmten Betrag. Ebenso ergeben sich die Steuern aus dem Investitionsgewinn sukzessiv Jahr für Jahr zu einem bestimmten Betrag. Da alle in die Kalkulation eingehenden Werte auf einen bestimmten Zeitpunkt bezogen werden müssen, damit man sie vergleichen kann, sind — wenn man den Beginn der Investition als den Bezugspunkt wählt — alle im Laufe der Zeit entstehenden Beträge auf eben diesen Zeitpunkt zu diskontieren. Dann können miteinander verglichen werden:

1. der Gegenwartswert der erwarteten Einnahmen aus der Investition,
2. der Gegenwartswert der Steuerzahlungen auf Grund des Investitionsgewinns und
3. die Kosten der Anlage.

Auf der Einnahmeseite ist dann der Gegenwartswert der Steuerzahlungen vom Gegenwartswert der Einnahmen abzuziehen. Der Gegenwartswert der Einnahmen ergibt sich dadurch, daß man jede Jahreseinnahme auf die erste Periode diskontiert und die entsprechenden Beträge dann addiert. Die Einzeldiskontierung einer jeden Jahreseinnahme ist deshalb nötig, weil die Beträge ja zu unterschiedlichen Zeitpunkten entstehen. Praktisch rechnerisch kann man die Summenformel einer arithmetischen Reihe zu Hilfe nehmen. Von dieser Differenz ist nun der Kostenbetrag abzuziehen. Hierbei ergeben sich keine Schwierigkeiten, weil die Kosten ja für den gemeinsamen zeitlichen Bezugspunkt gelten. Als Ergebnis erhalten wir eine Reineinnahme, die nach der Besteuerung aus einer neuen Investition erwartet wird.

Zur Illustration sei hier das folgende Zahlenbeispiel angegeben: Eine neue Anlage koste 10 000,— DM. Man rechnet damit, daß sie insgesamt 5 Jahre

in Betrieb ist und jährlich 3000,— DM einbringt, so daß an Einnahmen insgesamt 15 000,— DM anfallen. Bei einer 20%igen Abschreibung werden pro Jahr 2000,— DM abgeschrieben. Es verbleibt damit eine Einnahmesumme von 1000,— DM pro Jahr. Wenn diese 1000,— DM mit 50 % besteuert werden, dann sind jährlich 500,— DM an Steuern zu zahlen. Bei einem Zinssatz von 6 % können wir den erwarteten Reingewinn nach folgender Formel berechnen:

Erwarteter Reingewinn = (Gegenwartswert der erwarteten Einnahmen — Gegenwartswert der Steuerzahlungen) — Kosten.

1. Gegenwartswert der erwarteten Einnahmen

Gesamtwert 15 000,— DM

Diskontierung:

$$5\text{jährig: } \frac{5}{2} \left(3000 \frac{6}{100} + 3000 \frac{6}{100} 5 \right) = 2700,— \text{ DM}$$

$$4\text{jährig: } \frac{4}{2} \left(3000 \frac{6}{100} + 3000 \frac{6}{100} 4 \right) = 1800,— \text{ DM}$$

$$\text{arithmetisches Mittel: } ^5) \quad \quad \quad 2250,— \text{ DM}$$

Gesamtwert — Gesamtdiskont

12 750,— DM

2. Gegenwartswert der Steuerzahlungen

Summe der Jahreszahlungen 2500,— DM

Diskontierung

$$5\text{jährig: } \frac{5}{2} \left(500 \frac{6}{100} + 500 \frac{6}{100} 5 \right) = 450,— \text{ DM}$$

$$4\text{jährig: } \frac{4}{2} \left(500 \frac{6}{100} + 500 \frac{6}{100} 4 \right) = 300,— \text{ DM}$$

$$\text{arithmetisches Mittel} \quad \quad \quad 375,— \text{ DM}$$

Gesamtwert — Gesamtdiskont

2 125,— DM

10 625,— DM

3. Kosten

10 000,— DM

4. Erwarteter Reingewinn nach Steuerzahlung

625,— DM

⁵⁾ Es ist auf folgende Weise diskontiert worden: Die Einnahme des ersten Jahres vermindert sich um $3000,— \cdot 6\%$, die des zweiten um $3000,— \cdot 6\% \cdot 2$, die des fünften Jahres um $3000,— \cdot 6\% \cdot 5$, so daß sich eine arithmetische Reihe ergibt. Ihre Summe errechnet sich in der angegebenen Weise: Halbe Anzahl der Reihenglieder mal Summe des ersten und letzten Gliedes. Ein Mittelwert aus 5- und 4-jähriger Diskontierung wurde deshalb gebildet, weil die Einnahmen schon vom Beginn des ersten Jahres an hereinkommen.

Wir ersehen aus diesem Beispiel, daß die Gewinnchancen bei der Einführung einer Steuer überproportional vermindert werden. Betrugen sie noch vor der Einführung der Steuer 2750,— DM (Gegenwartswert der erwarteten Einnahmen 12 750,— DM minus Kosten 10 000,— DM), so schrumpfen sie bei einer 50 %igen Gewinnbesteuerung auf 625,— DM zusammen.

Aus einem zweiten Beispiel können wir ähnliche Verhältnisse ersehen: Die Anlage koste 3000,— DM, sie soll 10 Jahre stehen, zu 10 % abgeschrieben werden, jährlich 500,— DM Einnahmen erbringen und mit 5 % diskontiert werden. Den Gesamtkosten in Höhe von 3000,— DM stehen also erwartete Gesamteinnahmen in Höhe von 5000,— DM gegenüber. Nach der Diskontierung ergibt sich, daß die Gewinnchance bei einer 50 %igen Besteuerung der Reineinnahme gleich null ist. Der Gegenwartswert der Steuerzahlungen 750,— DM und die Kosten betragen 3000,— DM.

Worauf ist eine derart drastische Reduzierung der Gewinnchance zurückzuführen? Brown weist darauf hin, wie wichtig es ist, sich auf einen neuen Begriff zu konzentrieren: den Gegenwartswert der Steuerersparnis.⁶⁾ Browns Gedankengang läßt sich folgendermaßen nachzeichnen: Die Steuerbasis wird in zwei Teile geteilt. Wir erhalten dann

1. die erwarteten Einnahmen aus der Investition vor der Abschreibung,
2. die Abschreibungsbeträge.

Brown macht nun einen Kunstgriff: Er wendet den Steuersatz auf beide Teile an. Der zu zahlende Steuerbetrag ergibt sich dann als Summe der beiden auf diese Weise gewonnenen Beträge. Damit gelangen wir zu einer Bruttorechnung, die sich so interpretieren läßt: Auf Grund der erwarteten Einnahmen werden die Steuerbeträge nach Maßgabe des Steuersatzes errechnet. Diese Steuerschuld ist zu hoch, sie muß den Abschreibungsbeträgen entsprechend vermindert werden. Was sich nun nach Maßgabe der Abschreibungsbeträge (unter Anwendung des Steuersatzes auf diese Beträge) ergibt, ist gleichsam der Steuerrabatt, die negative Steuer. Anders ausgedrückt: Der auf den Abschreibungsbetrag angewandte Steuersatz ergibt die Steuerersparnis. Um diese Steuerersparnis und seine Veränderung geht es. Brown bringt dazu folgendes Zahlenbeispiel⁷⁾: Eine neue Anlage koste 400 Dollar, der Abschreibungssatz sei 20 %, die Einnahmen sollen sich auf 100 Dollar pro Jahr belaufen, innerhalb der Lebensdauer der Anlage werden also insgesamt

⁶⁾ Cary E. Brown: Business-Income Taxation and Investment Incentives, in: Income, Employment and Public Policy, Essays in Honor of Alvin H. Hansen, New York 1948, S. 303.

⁷⁾ E. Cary Brown, a. a. O., S. 304.

500 Dollar vereinnahmt. Bei einem Zins von 8 % errechnet sich dann der Barwert der Einnahmen zu 400 Dollar, d. h. die Investition liegt an der Grenze, die Gewinnchance ist vor der Einführung einer Steuer gleich null. Wird nun eine 50 % Gewinnsteuer erhoben, dann wird

1. der Barwert der Einnahmen von 400 auf 200 Dollar gesenkt,
2. der Barwert der Steuererleichterung 160 Dollar betragen.

Letzterer errechnet sich folgendermaßen: Der Abschreibungssatz pro Jahr ist 80 Dollar, 50 % Steuer davon sind 40 Dollar pro Jahr, nach 5 Jahren 200 Dollar. Diskontieren wir diesen Betrag, so erhalten wir 160 Dollar als Gegenwartswert der Steuererleichterung. Dieser Wert vermindert die Kosten von 400 Dollar auf 240 Dollar. Das ergibt gegenüber der Einnahmeminderung von 400 auf 200 Dollar ein Minus von 40 Dollar. Mit diesem Verlust wird die Investition nach Erhebung einer 50 %igen Gewinnsteuer abschließen, wenn sich die erwarteten Werte realisieren. Die Einnahmeminderung ist mithin zu stark, die Kostenminderung — anders ausgedrückt: die Steuererleichterung — zu gering. Die Einnahme mindert sich proportional der Steuer, die Steuererleichterung steigt nicht entsprechend. Nur wenn die Steuer die Einnahmen und die Kosten proportional ändern würde, würden die Gewinnchancen gleich bleiben.⁸⁾

Warum steigt nun die Steuererleichterung so schwach? Was insgesamt innerhalb der Lebensdauer abgeschrieben wird, ist ja gleich den Kosten der Anlage. Die gesamte Steuerermäßigung ist zwar dem Steuersatz proportional, aber sie ist als Summe ja auf die Zukunft bezogen. Durch die Diskontierung, also den Rückbezug auf den Zeitpunkt zum Investitionsbeginn fällt der Barwert der Steuererleichterung unter die Summe der jährlichen Beträge.

Wir können also Brown in folgenden Schlüssen zustimmen: Die restriktive Wirkung einer Steuer auf den Investitionsanreiz ist um so stärker, je kleiner der Barwert der Steuererleichterung aus der Abschreibung ist. Dieser Barwert wiederum ist um so kleiner, je größer der angewandte Diskontsatz ist. Der Diskontsatz richtet sich aber nach dem Zins, der für die Kreditnahme angerechnet wird. Das bedeutet, daß bei der Verwendung von teurerem Fremdkapital eine hohe Steuer viel schmerzhafter ist als bei billigem Eigenkapital. Es ist mithin zu vermuten, daß derjenige Unternehmer, der Zugang zu billigem Eigen- oder Fremdkapital hat, sich weit besser steht, und daß eine ganze Reihe von Investitionen unterbleiben werden, die mit teurerem Fremdkapital finanziert worden wären.⁹⁾

⁸⁾ Vgl. dazu E. Cary Brown, a. a. O., S. 304 f.

⁹⁾ E. Cary Brown, a. a. O., S. 306.

Darüber hinaus sinkt der Barwert der Steuererleichterung noch mit steigender Lebensdauer der Anlage. Durch die Rückbeziehung auf den Zeitpunkt zu Beginn der Investition wird die Steuererleichterung um einen Diskontabzug vermindert, der um so größer ist, je länger die Abschreibung dauert. Langfristige Investitionen werden mithin von der gleichen Steuer schärfer getroffen als kurzfristige.

Brown hat die zahlenmäßigen Verhältnisse, um die es hier geht, in einer Tabelle zusammengefaßt.¹⁰⁾ Aus ihr wird der Barwert der Abschreibung, in Prozent der Anlagekosten ausgedrückt, ersichtlich. Es wird gezeigt, wie dieser Barwert mit steigenden Zinssätzen und mit steigender Lebensdauer sinkt.

Tabelle: Der Barwert einer gradlinigen Abschreibung in Prozent der Anlagekosten.¹⁰⁾

Lebensdauer	jährl. Abschreibung	Barwert der Abschreibung diskontiert zu			
		2 %	4 %	6 %	8 %
5	20 %	94,3 %	89,0 %	84,2 %	79,9 %
10	10 %	89,8 %	81,1 %	73,6 %	67,1 %
20	5 %	81,8 %	68,0 %	57,3 %	49,1 %
50	2 %	62,8 %	43,0 %	31,5 %	24,5 %

Brown weist darauf hin, daß natürlich nicht der Barwert der Abschreibung in der obigen Analyse die Kosten mindere, sondern die diesem Betrag entsprechende Steuer. So zeige z. B. die Tabelle, daß der Barwert der Abschreibung bei einer 20jährigen Lebensdauer und einem Diskontsatz von 4 % 68 % der Anlagekosten betrage. Eine Steuer von 50 % mindere die Einnahme um die Hälfte, die Kosten der Anlage aber nur um 34 %.

Wenn bei dieser Investitionskalkulation Kosten und diskontierte Einnahmen vor der Steuererhebung gleich gewesen wären (Grenzinvestition ohne kalkulatorische Gewinn- und Verlustchance), dann ergäbe sich nach der Besteuerung folgendes Bild: Die Kosten übersteigen den Barwert der Einnahmen um 16 % des Anlagewertes, denn sie fallen auf 66 % (Kosten minus Steuererleichterung = 100 % — 34 % = 66 %), die Einnahmen dagegen auf 50 %. Selbstverständlich werden diese Verhältnisse um so ungünstiger, je höher die Steuersätze sind.

Formulieren wir das Ergebnis zusammenfassend so: Die Gewinnchancen einer Investition werden mit steigender Verzinsung, mit steigender Lebensdauer und mit steigenden Steuersätzen gemindert. Bevor wir von hier aus weiterschließen, soll noch kurz der Fall der Ersatzinvestition behandelt werden.

¹⁰⁾ E. Cary Brown, a. a. O., S. 306.

bb) bei Ersatzinvestitionen.

In dem speziellen Fall einer Ersatzinvestition sollen die Kosten der alten Anlage noch nicht voll abgeschrieben sein. Welche Wirkung hat das auf den zu zahlenden Steuerbetrag? Wenn eine Ersatzinvestition nicht erfolgen würde, dann würde das alte Stück weiterarbeiten und Jahr für Jahr zu einem bestimmten Satz abgeschrieben werden. Es ergäbe sich nach den bisherigen Überlegungen eine Steuererleichterung infolge Abschreibung. Diese Erleichterung aber würde in der Zukunft liegen. Man müßte diskontieren. Der errechnete Barwert wäre geringer als die insgesamt noch vorzunehmende Abschreibung. Wird das Stück jedoch ersetzt, ohne daß es voll abgeschrieben ist, dann konzentriert sich die gesamte restliche Abschreibung auf ein Jahr. Das bedeutet, daß eine zukünftige Steuererleichterung gegen eine gegenwärtige ausgetauscht wird. Letztere ist größer, weil sie nicht diskontiert wird. Diese Größe, die gegenwärtige Steuererleichterung, kommt nun zu den bereits bekannten der Investitionskalkulation hinzu. Ihr wird die Steuererleichterung aus der Abschreibung des neuen Stückes hinzugerechnet. Die Summe beider Beträge vermindert die Kosten der neuen Anlage. Die Kostensenkung kann der Steuer proportional sein. In diesem Fall sind die Gewinnverhältnisse, wie sie vor der Einführung der Steuer bestanden, wiederhergestellt. Brown macht aber darauf aufmerksam, daß ein solches Ergebnis bei gleichen Kosten und bei gleichen Abschreibungsquoten für das alte und das neue Stück nicht zu erzielen ist. Er zeigt in einer weiteren Tabelle, wie der Barwert der zusätzlichen Steuererleichterung überproportional mit den nicht-abgeschriebenen Kosten und der Lebensdauer der ausscheidenden Anlagestücke steigt.¹¹⁾

Fassen wir zusammen: Die Besteuerung trifft die Gewinnchancen der Investitionen im unterschiedlichen Maße. Ersatzinvestitionen mit nicht-abgeschriebenen Anlagewerten werden begünstigt. Benachteiligt werden dagegen Ersatzinvestitionen bei voll abgeschriebenen Anlagewerten und Unternehmensexpansionen mit nicht-abschreibbaren Anlagen. Wir werden noch zu untersuchen haben, wo wir diese verschiedenen Investitionstypen antreffen. Vorerst seien noch zwei Voraussetzungen der bisherigen Analyse aufgelöst:

1. Die Bestimmtheit der erwarteten Einnahmen und
2. die gradlinige Abschreibung nach der Lebensdauer.

Beide Punkte werden das Ergebnis qualitativ nicht mehr ändern, trotzdem sind wir es einer wirklichkeitsnäheren Betrachtung schuldig, daß wir noch ein wenig abseits unseres Hauptanliegens verweilen.

¹¹⁾ Vgl. dazu E. Cary Brown, a. a. O., S. 308.

cc) bei verkürzter Abschreibung.

Wenn die Abschreibung nicht auf die gesamte Lebensdauer der Anlage ausgedehnt wird, sondern in einem kürzeren Zeitraum erfolgt, dann wird der Barwert der Steuererleichterung höher sein als bisher. Die Diskontierung der jährlichen Steuerersparnisse streckt sich nicht so lange hin; sie wird geringer. Die restriktive Steuerwirkung wird somit abgeschwächt, die Gewinnchancen sinken nicht mehr so wie bei einer Abschreibung nach der Lebensdauer. Im äußersten Fall wird die neue Anlage bereits im ersten Jahr abgeschrieben. Die Steuererleichterung wäre dann der Steuer proportional, die Kosten würden proportional gesenkt. Hinsichtlich der Gewinnchance bliebe in diesem Grenzfall alles beim alten — ob mit oder ohne Besteuerung.

Brown stellt diesen Tatbestand noch anders dar¹²⁾: Dadurch, daß die Steuererleichterung (und damit der tatsächlich gezahlte Steuerbetrag) auf der Basis der Anlagekosten erhoben wird, macht sich der Staat gleichsam zum Teilhaber des Unternehmens. Die Beteiligung erfolgt dann zum gleichen Satz, zu dem der Staat später Steuern auf die Einnahmen erhebt. Sie ist verschieden lang. Im Falle der Abschreibung nach der Lebensdauer wird sie auf eben diesen Zeitraum ausgedehnt und bei kürzerer Abschreibung entsprechend eingeschränkt. Je kürzer die Beteiligung ist, desto geringer sind die Zinskosten. Diese Formulierung besagt dasselbe: Der Barwert der Steuererleichterung ist um so größer, je geringer die Abschreibungsdauer ist.

dd) bei unsicheren Einnahmeerwartungen.

Die obigen Ergebnisse haben zur Voraussetzung, daß alle Größen der Investitionskalkulation bestimmt sind. Das wird für die erwarteten Einnahmen in der Regel nicht der Fall sein. Die zukünftige Gestaltung der Preise, der Kosten, des Umsatzes, des Produktionsstandes und des Produktionsverfahrens sind mehr oder weniger ungewiß. Wie beeinflusst diese Unsicherheit unser Ergebnis?

Zunächst entfernen wir die eine, sicher erwartete Reihe von sukzessiven Jahreseinnahmen und tauschen sie gegen viele mögliche ein. Aus diesen vielen möglichen Reihen muß der Unternehmer irgendwie einen Barwert der Einnahmen berechnen, wenn er überhaupt noch kalkulieren will. Da dieser Wert proportional der Steuer vermindert wird, interessiert sich Brown in erster Linie für den Gegenwartswert der Steuererleichterung aus Abschreibung.¹³⁾ Sinkt diese Größe allein infolge des Diskontabzuges oder greift

¹²⁾ E. Cary Brown, a. a. O., S. 310.

¹³⁾ E. Cary Brown, a. a. O., S. 312 f.

noch eine weitere Verminderung infolge des Risikos Platz? Dabei werden drei Fälle unterschieden:

1. Der Unternehmer faßt die vielen möglichen Einnahmereihen zu einer einzigen repräsentativen Reihe zusammen. Diese Reihe muß der Bedingung genügen, daß sie sich bestimmt realisieren läßt. Es wird also von vornherein vorsichtig kalkuliert. Am ursprünglichen Ergebnis ändert sich nichts.
2. Der Unternehmer bildet die eine repräsentative Reihe aus vielen möglichen in der Weise, daß die Zeitdauer, in der die Einnahmen erwartet werden, verkürzt wird. Innerhalb dieser verkürzten Dauer sollen die Einnahmen dafür aber auch mit Bestimmtheit hereinkommen. Das würde bedeuten, daß ein Teil der Abschreibungsquoten infolge des Einnahmeausfalls ungedeckt bliebe, bzw. die Deckung unsicher würde. Browns Kunstgriff bedeutet aber: Wo keine Abschreibungen vorgenommen werden mangels Einnahmen, kann es auch nicht zu Steuererleichterungen kommen. Mithin fällt der Barwert der Steuererleichterung nicht nur um den Diskontabzug, sondern auch noch um einen Risikoabzug.
3. Der Unternehmer schätzt angesichts der vielen möglichen Reihen, mit welcher Wahrscheinlichkeit die Abschreibungsquote durch die Einnahmen gedeckt wird. Auch hier kommt zum Diskontabzug ein Risikoabzug hinzu. Wenn dann der Fall eintritt, daß die Jahreseinnahmen unter die jährliche Abschreibungsquote fallen, dann verringert sich die tatsächliche Abschreibung und damit die Steuererleichterung. Der Risikoabzug wächst mit der Länge des Zeitraumes.

Fall 1 ist theoretischer Natur. Die ursprüngliche Voraussetzung wird durch eine andere ersetzt. Die Fälle 2 und 3 zeigen dagegen, daß die bisherigen Steuerwirkungen nur noch verstärkt werden, wenn die Einnahmeerwartungen ungewiß sind. Dabei wird dem zweiten Fall die größere Aktualität zukommen. So kommt Brown zu dem Ergebnis, daß die Unternehmer der Unsicherheit hinsichtlich der zu erwartenden Einnahmen dadurch Rechnung tragen, daß sie die Zeitdauer, in der die Erträge aus der Investition anfallen, vorsichtig beurteilen und gegebenenfalls scharf verkürzen.¹⁴⁾ Innerhalb dieser kürzeren Zeit können dann die Einnahmen mit großer Sicherheit erwartet werden.

Abschließend sei noch festgestellt, daß die Analyse den steuerlichen Abzug der Zinskosten nicht berücksichtigt, einen mehrjährigen Verlustvortrag nicht kennt und auch die degressive Abschreibungsmethode nicht miteinbezieht.

¹⁴⁾ Vgl. E. Cary Brown, a. a. O., S. 313.

Hierdurch ergeben sich zweifellos gewisse Modifikationen. Im ganzen läßt sich jedoch der restriktive Effekt dadurch nicht neutralisieren. Dieser Effekt steigt, um es noch einmal zu sagen, mit der Länge der Abschreibung, der Höhe des Zinssatzes, der Höhe der Steuersätze, mit dem Grad der Ungewißheit hinsichtlich der erwarteten Einnahmen und um so mehr, je stärker die alten Anlagen bereits abgeschrieben sind.

2. *Modifikationen der Kostenkalkulation.*

aa) Allgemeines zur Elastizitätsfrage.

Die obige Analyse hat gezeigt, daß die Steuer rein kalkulatorisch eine stark regressive Wirkung auf die Gewinnchance und damit auf die Investitionsneigung ausübt. Über den qualitativen Effekt ist damit schon etwas gesagt. Welche Größenordnungen aber betroffen werden, wissen wir nicht. Wir können darüber nur Vermutungen anstellen.

Zunächst ist allgemein zu fragen, ob die Elastizität der Investition in bezug auf die Steuerwirkungen hoch ist oder nicht. Anders ausgedrückt: Wird sich jede Beeinträchtigung der Gewinnchancen sofort in entsprechenden Entscheidungen über die Höhe der Investitionsausgaben niederschlagen? Die Ratio der obigen Kostenkalkulation spräche dafür. Was spricht dagegen? Sammeln wir also die Punkte, die sich trotz besserer Vernunft der kalkulatorischen Ergebnisse einer scharfen Investitionsminderung entgegenstellen. Sie sind gewiß vorhanden, denn der bloße Augenschein lehrt uns, daß die gegenwärtige Besteuerung den Investitionsprozeß insgesamt in seinem Kern noch nicht ernstlich zu gefährden vermochte. Denn unbeschadet vieler gewiß bedenklicher Steuerwirkungen wird nach wie vor im nennenswerten Umfang investiert. Es kann deshalb vermutet werden, daß insgesamt Investitionsminderungen in der Höhe, wie sie den Steuerwirkungen auf die kalkulatorische Gewinnchance entsprechen würde, tatsächlich nicht auftreten. Die gleiche Vermutung spricht auch Lintner aus und behandelt in seinem Artikel¹⁵⁾ die Unternehmererwägungen hinsichtlich der Besteuerung und der Investitionsentscheidungen.

bb) Festsetzung einer Mindesteinnahme statt Kalkulation.

Lintner berichtet davon, daß ein großer Teil aller Unternehmungen bei ihren Investitionsentscheidungen gar nicht so sehr von genauen Kalkulationen ausgehen. Sie setzen vielmehr eine Art Mindesteinnahme fest.¹⁶⁾ Diese

¹⁵⁾ John Lintner: Effect of Corporate Taxation on Real Investment, in: American Economic Review, Band 44, 1954, S. 520 ff.

¹⁶⁾ John Lintner, a. a. O., S. 522.

Mindesteinnahme muß erzielt werden, anderenfalls wird nicht investiert, soweit nicht noch andere Gründe mitsprechen. Daß sich diese Mindesteinnahme für die verschiedenen Investitionsarten unterscheidet und auch zeitlich variiert, ist für den späteren Schluß beachtlich. Der sich ergebende Gewinnsteuerabzug kann nun in der Höhe der erforderlichen Mindesteinnahme bereits berücksichtigt sein — das ist bei vielen Gesellschaften der Fall; es kommt aber auch vor, daß eine Mindesteinnahme vor der Besteuerung zugrundeliegt. Lintner will dies bei einer Reihe großer Gesellschaften mit guter Organisation gefunden haben.¹⁷⁾ Diese letzte Gruppe müßte bei Steuererhöhungen den Betrag der erforderlichen Mindesteinnahme berichtigen. Nach Lintner ist das in vielen Fällen nur sehr zögernd und unvollkommen, ja sogar überhaupt nicht geschehen. Die erste Gruppe mit Mindesteinnahmen nach der Besteuerung hat diese stellenweise gesenkt, wenn die Steuern gestiegen sind. Wenn wir noch die Fälle berücksichtigen, in denen die Mindesteinnahme auch nach einer erhöhten Besteuerung gar nicht berührt wird, weil die mit Sicherheit zu erwartenden Einnahmen noch darüber liegen, dann wird verständlich, daß die Investitionsrückgänge geringer sind, als es die theoretische Analyse vermuten läßt. Dabei kann natürlich eine Rolle spielen, daß die Steuererhöhung für eine vorübergehende Maßnahme angesehen wird. Entscheidend dürfte sein, daß bei der Frage, ob investiert werden soll oder nicht, eine ganze Reihe von Gesichtspunkten mitspielen. Jeder dieser Gesichtspunkte hat ein bestimmtes Gewicht, und nicht immer dürften steuerliche Überlegungen an erster Stelle stehen.

cc) Die Verlustrechnung.

Investitionen können auch erfolglos sein; auch der Verlust wird berücksichtigt. Hohe Steuern mindern ihn, ebenso wie sie den Gewinn mindern. Das mag bei Investitionen mit ungewissem Ausgang eine Rolle spielen, solange der Verlust einer Neuinvestition sich in bestimmten Grenzen hält und keine wesentliche Verschlechterung der Gesamtlage der Unternehmung eintritt. Solange wird man schon deshalb die Gewinne im eigenen Unternehmen investieren, weil man die in der Bilanz ausgewiesene Gewinngröße manipulieren will, selbst wenn die Rentabilität der neuen Anlage nicht gesichert ist.¹⁸⁾

Es kann sogar vorkommen, daß ein richtig kalkulierender Unternehmer trotz kurzfristig ungünstiger Gewinnchancen zu Investitionen gezwungen wird, um bestimmten Steuerwirkungen zu entgehen. Einen solchen Fall hat

¹⁷⁾ John Lintner, a. a. O., S. 522.

¹⁸⁾ Vgl. dazu auch Werner Ehrlicher, a. a. O., S. 184 f.

Stucken dargestellt. Er schreibt: „... Ich komme deshalb zu dem Ergebnis, daß wegen der Existenz der Lastenausgleichsabgabe der Prozeß der Ausscheidung weniger erfolgreicher Betriebe sich außerordentlich verschärfen muß; wer heute nicht genügend verdient, um ebenso wie seine Konkurrenten aus Gewinnen zu investieren, ist morgen erst recht nicht konkurrenzfähig, weil dann das Verhältnis des vermögenabgabepflichtigen Vermögens zum Gesamtvermögen bei ihm ungünstiger ist als bei den Konkurrenten.“¹⁹⁾

dd) Außersteuerliche Gesichtspunkte.

Lintner betont, daß in der heutigen Praxis der Investitionsentscheidung keineswegs die Gewinnerwägungen an erster Stelle stehen.²⁰⁾ Tatsächlich wird eine solche Entscheidung weit mannigfaltiger und differenzierter sein, als eine Theorie es fassen kann. Die Theorie bedient sich eines bestimmten Schemas; die Wirklichkeit ist komplexer. Dabei spielen natürlich auch Gewinnüberlegungen eine Rolle, und zwar um so eher, je ungenügender die Gewinnverhältnisse für den betreffenden Betrieb gerade sind. Wir wollen diesen Tatbestand nicht aus dem Auge verlieren. Solange die Geschäftslage aber nicht so kritisch ist, daß sie den Bestand einer Firma in Frage stellt, werden andere als am Gewinn orientierte Erwägungen in den Vordergrund treten, und es werden Investitionen unternommen werden, die nicht ein ihren Kosten entsprechendes Mehr an Erträgen einbringen.

Diese Investitionen sind nach Lintners Ansicht in den Augen der Geschäftsführung ein Teil des strategischen Gesamtplanes zur Verbesserung der Wettbewerbslage, zur Vergrößerung des Marktanteils und zur Sicherstellung eines hinreichenden Wachstums der Unternehmung. Erst im Lichte dieser Dynamik vermögen wir unsere Frage zu entscheiden. Hier paßt Schumpeters Bild vom bahnbrechenden Unternehmer hinein. Demjenigen, der neue Kombination von Produktionsfaktoren durchgeführt hat, müssen die anderen folgen. Wer es versäumt, sich eine neue Anlage anzuschaffen, seine Kapazität zu vergrößern, seinen Marktanteil zu sichern, begeht schwere Fehler. Er muß darauf achten, was die führenden Unternehmungen tun, ja was sie tun werden. Das alles heißt aber investieren, ohne zu kalkulieren. Ist die kurzfristige Erwartung nicht sehr günstig, dann muß auf einen Gewinn auf lange Sicht gehofft werden. So wird trotz hoher Steuern investiert, wenn nur die Finanzierung gelingt. Diese Gesichtspunkte aber zahlenmäßig exakt in eine

¹⁹⁾ Rudolf Stucken: Vermögensteuern, Schriftenreihe des Instituts „Finanzen und Steuern“, Heft 29, Bonn 1954, S. 8.

²⁰⁾ Lintner, a. a. O., S. 524.

²¹⁾ Lintner, a. a. O., S. 524.

Investitionskalkulation hineinzubringen, ist nicht gut möglich, und so hält Lintner den Betrag der Investitionen, die auf Grund genauer und sicherer Einnahmeerwartungen vorgenommen werden, für gering.²²⁾ Aber nur, wenn die Gewinnsschätzungen genau genug verfolgt werden, wird ja der restriktive Steuereffekt sichtbar. Auch dann fragt sich noch, ob sich der Unternehmer nicht doch zur Investition entschließt. Wir meinen, daß der eigentümliche Zwang, mit den anderen mitzutun, ihm stellenweise keinen anderen Ausweg läßt. Dann ist — wie Lintner sich ausdrückt²³⁾ — der „Gewinn“ weniger das, was sich in der Buchhaltung niederschlägt, sondern — negativ formuliert — dieses: Es wird vermieden, daß der Anschluß verlorengeht, daß auf lange Sicht ein Verlust gemacht wird, weil man heute eine Investition versäumt hat. Eine solche „Gewinn“-betrachtung ist gegen Steuerwirkungen ziemlich immun.

ee) Die Konjunkturabhängigkeit als Investitionskriterium.

Es ist schon gesagt worden, daß diese nicht am Gewinn orientierten Kriterien nur eine Rolle spielen können, wenn die Ertragsverhältnisse insgesamt nicht kritisch sind. Das soll heißen, daß diese Kriterien dann Platz greifen, wenn die Umsätze hoch und die Aussichten günstig sind, d. h. bei guter Konjunktur. In solchen Zeiten muß damit gerechnet werden, daß die Steuer die Investitionstätigkeit nicht so stark beeinträchtigt, wie es die theoretische Analyse anzeigt. Hier werden dann Zweifel über die Rentabilität einer neuen Anlage eher im optimistischen als im pessimistischen Sinne geklärt werden. Trotz der Besteuerung werden die Gewinne dann über das hinaus steigen, was eingangs als die zur Durchführung der Investition erforderliche Mindesteinnahme genannt wurde. Der Teil der Investitionen, der aus anderen als Gewinnerwägungen unternommen wird, wird steigen. Da eine starke Nachfrage darüber hinaus auf die Grenzen der Kapazität drücken kann und die Unternehmer mit einem Anhalten dieser Nachfrage rechnen mögen, werden in nicht geringem Umfang Investitionen ohne genaue Kalkulationsgrundlagen unternommen werden.

Umgekehrt werden die Gewinnerwägungen in Zeiten ungünstiger Geschäftslage sehr bedeutungsvoll. Eine ganze Reihe von Investitionen der hier behandelten Art werden unterbleiben, die Kalkulation wird zur Grundlage der Entscheidung, es steigt die Elastizität in bezug auf die Steuern. Dabei braucht gar nicht einmal der Tiefpunkt einer großen Depression vorzuliegen, es braucht auch nicht einmal die Mindesteinnahme unterschritten

²²⁾ John Lintner, a. a. O., S. 525.

²³⁾ John Lintner, a. a. O., S. 525.

zu werden; es genügt, daß die Entwicklung der anfallenden Gewinne — konjunkturell bedingt — nach abwärts gerichtet ist, um der Ratio einer genauen Kostenkalkulation mehr Gewicht zu verleihen.

Es gibt, so können wir zusammenfassend sagen, gewisse Investitionen, die nicht auf Grund genauer Gewinnüberlegungen der beschriebenen Art ausgeführt, sondern auf Grund dessen unternommen werden, was Entwicklung, Prestige und Wettbewerb erfordern. Sie sind stark konjunkturabhängig. Die Gewinnsteuern sind hinsichtlich dieser Investitionen „latent vorhandene konjunkturverändernde Momente“ (Stucken).

3. Die Überwälzungsfrage.

Die bisherigen Betrachtungen über die Steuerwirkungen auf die Investition hatten zur Voraussetzung, daß die Gewinnsteuern nicht überwälzt werden. Zu den Möglichkeiten einer solchen Überwälzung nimmt im gleichen Zusammenhang James K. Hall in einer Erwiderung auf Lintners Artikel Stellung.²⁴⁾ Wir wollen Hall hier als ein Beispiel für die Meinungen in der amerikanischen Literatur zu Wort kommen lassen: Hall hält die tatsächliche Überwälzung von Gewinnsteuern für etwas sporadisches, sie bleibt nach seiner Meinung auf einige wenige Gesellschaften beschränkt und ist demnach als Kostenfaktor zu unbedeutend, als daß sie die Faktorpreise und die Verbraucher im nennenswerten Umfang träfe.

Nun ist in der deutschen Literatur von Carl Föhl eine Lehre entwickelt worden, wonach die Gewinnsteuern generell überwälzbar sind. Wir halten es für zweckmäßiger, auf diese Lehre erst im Zusammenhang mit den Steuerwirkungen auf die Investitionsfinanzierung einzugehen. Dort wird sich dann die Überwälzungsfrage mitentscheiden.

4. Die Differenzierung der Investitionen nach ihrer Steuerempfindlichkeit.

Vorher wollen wir aus den bisherigen Überlegungen den endgültigen Schluß ziehen. Wir haben gesehen, daß die Steuern im unterschiedlichen Maße die Gewinnchance verändern, je nachdem, ob der Investor an eine exakte Kalkulation gebunden ist oder nicht. Im ersten Fall wird die Investitionsneigung um so stärker getroffen, je höher der Steuersatz, je langfristiger die Abschreibung, je höher der Zins und je unsicherer die erwartbaren Einnahmen sind. Ist er nicht so sehr an die Kalkulation gebunden, so

²⁴⁾ Vgl. James K. Hall: Diskussion zu John Lintners „Effect of Corporate Taxation on Real Investment“, in: American Economic Review, Band 44, 1954, S. 540.

werden die restriktiven Wirkungen abgeschwächt. Es ergibt sich demnach eine Skala, in der die einzelnen Investitionstypen unter der Voraussetzung gleicher Finanzierungsmöglichkeiten und bei gleicher Konjunktur nach Maßgabe ihrer Steuerempfindlichkeit aneinandergereiht sind. Es ergeben sich dabei zwei Fragen:

1. Welche Investitionstypen stehen in der Skala oben und welche stehen unten?
2. Wird in dieser Reihenfolge ein Prinzip sichtbar?

Zunächst zur zweiten Frage: Das Prinzip läßt sich aus dem bisherigen Resultat herleiten. Die Investitionsreihe wird dann durch Fristigkeit und Rentabilität bestimmt. Je geringer die Rentabilität eines Produktionszweiges bereits ist, desto stärker sind die Unternehmer dieses Zweiges bei Investitionsentscheidungen an eine exakte Kalkulation gebunden, desto stärker fällt gleichzeitig die Langfristigkeit ins Gewicht.

Wir können also an die Spitze unserer Skala die Zweige Energiewirtschaft, Verkehrs- und Versorgungswirtschaft, die Wohnungswirtschaft und die Landwirtschaft setzen. Letztere allerdings nur insofern, als es langfristige Investitionen wie z. B. die Flurbereinigung, den Bau neuer Bewirtschaftungsanlagen und die Anschaffung langlebiger Maschinen betrifft. Hier handelt es sich aber schon um derart hilfsbedürftige Zweige, daß der Staat sie entweder weitgehend von der Steuerzahlung befreit hat oder ihnen in anderer Weise Hilfestellung gewährt, wenn sie sich auf Grund ihres gemeinwirtschaftlichen Charakters nicht überhaupt schon in seiner Regie befinden. Dadurch wird die ursprüngliche Steuerwirkung auf die Investitionsentscheidung erheblich abgeschwächt.

Am unteren Ende der Skala finden wir die kurzfristigen Vorrats- und Anlageinvestitionen der konsumorientierten Industrie und des Handels. Zwischen diesen beiden Extremen hätten die restlichen Produktionszweige, nach Rentabilität und Fristigkeit ihrer Investitionen gestaffelt, Platz. Dabei dürften die Unterschiede zwischen Klein- und Großbetrieben um so größer sein, je näher der entsprechende Produktionszweig dem oberen Ende der Skala liegt, weil ein Großbetrieb die zur Investition erforderlichen Mittel eher aus eigenen Gewinnen und damit billiger aufbringen kann. Wir kommen also der von Ehrlicher herausgearbeiteten Unterscheidung in „kreditabhängige“ und „konjunkturabhängige“ Investitionen — von denen noch eingehender die Rede sein wird — auch vom Standpunkt der Steuerelastizität sehr nahe.²⁵⁾

²⁵⁾ Vgl. Werner Ehrlicher, a. a. O.

b) Die Auswirkungen auf die Finanzierungsmöglichkeiten.

1. Die Selbstfinanzierung.

aa) Mit zusätzlicher Kreditschöpfung.

Stellen nun unsere heutigen Gewinnsteuern den Investitionsvorgang nicht dadurch schon in Frage, daß sie über die Beeinträchtigung der Gewinnchancen hinaus das Aufkommen an Finanzierungsmitteln fühlbar schmälern, so daß schließlich z. B. die Erstellung neuer Betriebsanlagen unterbleibt, obwohl die Neigung zu investieren vorhanden ist? Wir wenden uns zunächst den Möglichkeiten zur Selbstfinanzierung zu und prüfen vorerst, ob die Gewinnsteuern überwältzt werden können.

Um welche Art von Überwälzung kann es sich dabei handeln? Charakterisieren wir den klassischen Typus folgendermaßen: Die Steuern machen Teile der Produktion infolge der Kostenerhöhung unrentabel. Werden diese Teile stillgelegt, dann wird das Angebot knapper und bei gleicher Nachfrage ergibt sich eine Preissteigerung nach Maßgabe der Angebotsminderung. Um einen solchen Typus kann es sich hier nicht handeln. Als Argument ist hier die These geläufig, daß der alte Grenzproduzent nicht verschwindet, weil er keine Gewinnsteuern zahlt. Es fragt sich aber, ob man angesichts der beträchtlichen Vermögensteuerverpflichtungen, die von der Einkommensteuer nicht absetzbar sind, unter unseren westdeutschen Bedingungen mit der Figur des Grenzproduzenten überhaupt noch arbeiten soll.²⁰⁾ Das Argument, die progressive Ausgestaltung der Einkommensteuer erschwere die Überwälzung, leuchtet schon eher ein. Die Möglichkeit, die proportionale Körperschaftsteuer zu überwälzen, besteht dann weiter. Aber es kann doch angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen Jahre nicht gesagt werden, das Angebot sei durch einen steuerlich induzierten Desinvestitionsprozeß verknappt worden. Wo das Investitionsvolumen hinter dem Bedarf zurückgeblieben ist wie in der Wohnungswirtschaft, der Versorgungs- und Verkehrswirtschaft, handelt es sich um Bereiche, in denen eine Preissteigerung aus sozialen Gründen ausgeschlossen war. In der konsumnahen Industrie und im Handel ist jedoch — wie wir sahen — bei guter Konjunktur die Elastizität der Investitionsneigung in bezug auf die Steuern zu gering, als daß es zu einer merklichen Angebotsverknappung kommen könnte.

Es muß jetzt noch ein anderer Überwälzungstyp behandelt werden, den

²⁰⁾ Vgl. dazu Rudolf Stucken: *Vermögenssteuern*, Schriftenreihe des Instituts „Finanzen und Steuern“, Heft 29, Bonn 1954.

Carl Föhl folgendermaßen entwickelt hat ²⁷⁾: Die Verbrauchsausgaben der Produktionsfaktoren und der Unternehmer machen zusammen die Kosten der Konsumgüterproduktion und die Unternehmergewinne aus. Der Unternehmergewinn ist demnach das, was an Verbrauchsausgaben über die Kosten der Konsumgüterproduktion hinausgeht. Der Staat besteuert nun den Gewinn, und diese Steuereinnahme wird für Konsumgütersausgaben verwandt, d. h. sie fließt zu den Unternehmern zurück. Wenn diese ihren Verbrauch und ihre Investitionen in der Zwischenzeit nicht eingeschränkt haben, dann ist ihr Bruttogewinn gestiegen, weil auch die Ausgaben für Konsumgüter bei unveränderten Kosten gestiegen sind. Wenn das tatsächlich der Fall ist, dann sind die Möglichkeiten zu unverminderter Selbstfinanzierung trotz hoher Besteuerung tatsächlich gegeben.

Dieses Föhlsche Modell ist ein Spezialfall des nicht-progressiven Budgets. Wir erinnern uns: Die Verlängerung eines nicht-progressiven Budgets ließ die Nettoeinkommen der Privaten unverändert, es entstand aber eine zusätzliche Nachfrage des Staates, die zu einer Erhöhung des Bruttovolkseinkommen führte. Die einzige Änderung besteht darin, daß im Föhlschen Fall die Steuerzahler und die mittelbaren Ausgabenempfänger in einer Personengruppe zusammenfallen: den Unternehmern, und in einer kleinen Nuance: Wir haben das zusätzliche Bruttovolkseinkommen im Zusammenhang mit dem nicht-progressiven Budget als Einkommen gleichsam des Staates gesehen, repräsentiert durch die neu errichteten Schulen, Krankenhäuser, und dergleichen. Föhl sieht es als Bruttogewinn noch in den Händen der Unternehmer. Dieser Unterschied ist wichtig, denn der Unternehmer hat wie keine andere Personengruppe die Möglichkeit, sein Einkommen, den Gewinn, zu manipulieren; er kann in die Investition ausweichen. Nun hatten wir aber unser Modell im Zusammenhang mit dem nicht-progressiven Budget unter der Voraussetzung der Unterbeschäftigung entwickelt. Auf den Föhlschen Fall übertragen würde das bedeuten, daß in den Unternehmungen unausgenutzte Kapazitäten bestehen, daß Auftragsmangel herrscht, daß die Gewinne gering sind. In einer solchen Situation wird die Neigung zu zusätzlichen Investitionen gering sein. Darüber hinaus wird die zusätzliche Nachfrage des Staates ohne Preissteigerung verkraftet.

Föhl meint nun aber offensichtlich den Fall der Vollbeschäftigung. Es ergibt sich dann — wie das in dem Abschnitt über die Inflationswirkungen einer Budgetverlängerung gezeigt wurde — dadurch eine Preissteigerung, daß seitens der Banken dem durch die Budgetverlängerung ausgelösten

²⁷⁾ Carl Föhl: Kritik der progressiven Einkommensbesteuerung, in: Finanzarchiv, N.F. 14. Bd. 1953, S. 88 ff.

zusätzlichen Geldbedarf entsprochen wurde. Dieser Geldmengenvermehrung fehlt das güterwirtschaftliche Korrelat, so daß die Preise steigen und die Unternehmer zu den Begünstigten der ersten Runde eines inflationistischen Prozesses werden. Stucken und Ehrlicher haben darauf aufmerksam gemacht, daß die zusätzliche Kreditgewährung die *conditio sine qua non* des Föhlischen Überwälzungstypus ist²⁸⁾. Sie betonen, daß die Kreditgewährung und nicht die Budgetverlängerung die Ursache der Preissteigerung ist.

Eine Selbstfinanzierung aus solchen Gewinnsteigerungen ist also möglich, wenn eine zusätzliche Geldschöpfung erfolgt. Alle an der Diskussion der Föhlischen Theorie im Finanzarchiv beteiligten deutschen Autoren betonen, daß der Tatbestand einer hohen Selbstfinanzierung infolge hoher Unternehmerrgewinne trotz einer starken Steuerprogression den westdeutschen Nachkriegsverhältnissen entspricht²⁹⁾. Stucken und Ehrlicher nennen dazu diese Voraussetzungen:

1. die zusätzliche Kreditgewährung,
2. eine starke Produktivitätssteigerung, die zwar den Preisauftrieb in Grenzen hielt und gleichzeitig hinreichende Gewinne bildete,
3. eine geringere Preissteigerung im Inland als im Ausland und kommen dann zu folgendem Schluß: „Alle die hier kurz erwähnten Momente sind aber rein historische und damit zufällige Bedingungen, die heute z. T. schon erhebliche Änderungen erfahren haben; sie sind damit als Voraussetzungen für eine Lehre, die Anspruch auf Gemeingültigkeit erheben will, unzulässig und dürften erst bei Anwendung einer Lehre, die auf in ihrer Vereinfachung generell gültigen Voraussetzungen fußt, eingeführt werden.“³⁰⁾

Es ist nun noch zu fragen, um welchen Investitionstypus es sich handelt, welcher Typus durch die von Föhl dargestellte Überwälzung hinsichtlich seiner Finanzierung begünstigt wird. Es ist jener, dessen Gewinnchancen sich bereits hinsichtlich der Steuerwirkungen als sehr unelastisch erwiesen

²⁸⁾ Vgl. Rudolf Stucken und Werner Ehrlicher: Zur Frage der Überwälzung der Unternehmenssteuern, in: Finanzarchiv, N.F. 14. Band, 1953, S. 367 ff.

²⁹⁾ Ferner waren an der Diskussion beteiligt: Hanns-Joachim Rüstow: Gewinnbesteuerung und Einkommensverteilung, in: Finanzarchiv, N.F. 14. Band, 1953, S. 360 ff; Hans Neisser: Kreislauftheoretisches zur Gewinnsteuer, in: Finanzarchiv, N.F. 14. Band, 1954, S. 687 ff, sowie Gerhard Colm: „Don't Throw the Baby Out With the Bath“, Comments on recent articles on Progressive Income and Corporate Income Taxes, in: Finanzarchiv, N.F. 14. Band, 1953, S. 525 ff.

³⁰⁾ Rudolf Stucken und Werner Ehrlicher, a. a. O., S. 376.

haben. Ehrlicher bezeichnet ihn als „konjunkturabhängig“ und charakterisiert ihn so:³¹⁾ Die Investitionen zeichnen sich durch gute Rentabilitätsverhältnisse aus, sie können innerhalb einer recht kurzen Bauzeit durchgeführt werden, haben eine verhältnismäßig kurze Lebensdauer, sind zinsunempfindlich, erzielen einen relativ großen Kapazitätseffekt, dagegen einen relativ geringen Einkommenseffekt, benötigen ein verhältnismäßig niedriges Fixkapital, ihre Vornahme ist vom Angebot an langfristigen Krediten unabhängig, sie richtet sich vielmehr nach der kurzfristig erwarteten Konsumgüternachfrage. Im Zusammenhang mit der freien Marktpreisbildung hat sich in den Nachkriegsjahren in diesen Bereichen die Selbstfinanzierung zur beherrschenden Form der Investitionsfinanzierung entwickelt. Ehrlicher sieht darin ein wesentliches Merkmal einer neuen Ordnung auf dem Gebiet der Kapitalbildung³²⁾.

Die Frage, ob der Tatbestand einer über das Preisniveau erfolgenden Kapitalbildung auf die Wirksamkeit eines hohen Budgets zurückzuführen ist, soll zunächst noch offen bleiben. Wichtig ist hier, daß der hohe Grad der Selbstfinanzierung die Geldkapitalbildung in den Konsumsektor verlegt hat. Über erhöhte Preise wird ein Zwangssparprozeß in Gang gehalten, der die konjunkturabhängigen Investitionen dadurch ermöglicht, daß er sie finanziert. Es ändert sich nun aber auch der reale Budgetkoeffizient, das Maß, zu dem das Budget durch die Einkommensumverteilung die Einkommensverwendung auf Konsum und Sparen neu festlegt. Die reale Konsumsteigerung eines progressiven Budgets wird also unter diesen Bedingungen tatsächlich geringer sein, als das bei Außerachtlassung der selbstfinanzierten Investitionen vermutet werden könnte. Oder anders ausgedrückt: Das Budget ist unter unseren westdeutschen Verhältnissen gar nicht so progressiv, wie es auf Grund seines hohen Anteils progressiver Steuern und sozialer Leistungen erwartet werden könnte. Das Auslaufen des Sparfonds zugunsten des Konsumfonds wird im Bereich der konjunkturabhängigen Investitionen gehemmt, und es entsteht über den Vorgang der Selbstfinanzierung eine umgekehrte Bewegung vom Konsumfonds zum Sparfonds.

Es fragt sich, ob diese Gegenbewegung eine Art von Selbstheilungskräften der Wirtschaft gegen eine allzu hohe Budgetprogression, gegen eine allzu starke Beeinträchtigung des Sparens durch die Besteuerung darstellt. Das muß bezweifelt werden. Keineswegs scheint es so zu sein, daß ein zu starkes Auslaufen des Sparfonds durch ein progressives Budget die Gegen-

³¹⁾ Werner Ehrlicher, a. a. O., S. 24 und 30.

³²⁾ Werner Ehrlicher, a. a. O., S. 252.

bewegung von sich aus erzwingt. Es scheint vielmehr, daß diese Gegenbewegung von einer ganzen Reihe anderer Komponenten abhängt und wohl letztlich ihre Ursache — wie Ehrlicher gezeigt hat — in einem grundlegenden Strukturwandel auf dem Gebiete der Ersparnisbildung hat. Praktisch politisch hängt sie damit in erster Linie von den Geldschöpfungsmöglichkeiten und folglich von außenwirtschaftlichen und sozialpolitischen Aspekten ab.

bb) Die Selbstfinanzierung ohne zusätzliche Kreditschöpfung.

Demgegenüber scheinen die Steuerwirkungen auf die Selbstfinanzierung weit ernster zu sein, wenn die Unternehmer die Steuerlast voll zu tragen haben. Ehrlicher macht darauf aufmerksam, daß selbstfinanzierte Investitionen die Gefahr einer Unterversorgung mit Geld heraufbeschwören können, weil angesichts des hohen Kapazitätseffekts dieser Investitionen das zusätzlich erforderliche Geld nicht *pari passu* mit dem güterwirtschaftlichen Plus entsteht. Es muß an anderen Stellen der Wirtschaft geschaffen werden ³³⁾.

Offensichtlich kommt der Frage der Steuerwirkungen auf die Selbstfinanzierung von Investitionen beim Fehlen einer solchen Geldschöpfung in den Vereinigten Staaten einige Bedeutung zu. So führt Lintner in seiner Untersuchung aus, daß diese Steuerwirkungen bei guter Konjunktur weit fühlbarer seien als etwa die steuerlichen Einflüsse auf die Investitionsneigung infolge geänderter Gewinnchancen ³⁴⁾. In ungünstiger Konjunkturlage kehrt sich dieses Verhältnis um: Die Steuerwirkung auf die Investitionsneigung wird bedeutsamer, die exakte Kalkulation kommt zu ihrem Recht.

Für diese unterschiedliche Steuerwirkung auf die Möglichkeiten zur Selbstfinanzierung in guter und weniger guter Konjunktur gibt Lintner ein Zahlenbeispiel: Wird die Gewinnsteuer von 40 % auf 60 % erhöht, so würde sich der intern verfügbare Fonds einer Gesellschaft für die Finanzierung um 25 % vermindern, wenn man die Daten für das zweite Halbjahr 1953 zugrundelegt. Unter weniger günstigen Bedingungen würde diese Verminderung geringer sein. So würde die gleiche Steuererhöhung unter Zugrundelegung der Daten des zweiten Halbjahres 1949 nur eine Verminderung von 15,6 % mit sich bringen ³⁵⁾.

³³⁾ Siehe dazu Werner Ehrlicher, a. a. O., S. 252.

³⁴⁾ John Lintner, a. a. O., S. 530.

³⁵⁾ John Lintner, a. a. O., S. 531. Als Quelle gibt der Autor an: FTC—SEC Quarterly Financial Report, US Manufacturing Corporation, ohne Jahr. Näheres über die obigen Zahlen wird nicht gesagt. Lintners Beispiel war nicht nachprüfbar.

Natürlich kann eine Gesellschaft die Beschränkung der von innen heraus verfügbaren Investitionsfonds auf zweierlei Weise ausgleichen. Sie kann

1. die Dividenden kürzen oder
2. auf die Außenfinanzierung ausweichen.

Die erste Ausgleichsmöglichkeit, die Kürzung der Dividentenzahlungen, hält Lintner für verhältnismäßig unbedeutend. Die Unternehmensleitung, so meint er ³⁶⁾, pflegt hinsichtlich der Ausschüttungen an die Anteilseigner großen Wert auf Stabilität und Kontinuität unabhängig von den jeweiligen Steuersätzen zu legen. Die Dividendenauszahlungen bewegen sich demnach nicht mit den Steuersätzen, sondern sind vom Gewinn abhängig.

2. Die Außenfinanzierung.

aa) Unter amerikanischen Verhältnissen.

Bis zu welchem Ausmaß werden nun die geschmälernten Möglichkeiten zur Selbstfinanzierung durch Aufnahme von Krediten wettgemacht? Lintner macht eine ganze Reihe von Umständen für dieses Ausmaß verantwortlich. Allgemein gesprochen, wird eine Anzahl von Unternehmungen in günstiger Konjunkturlage in die Außenfinanzierung gehen und somit die beschnittenen Selbstfinanzierungsmöglichkeiten ersetzen, sofern es die Rentabilitäts- und Liquiditätsverhältnisse erlauben. Diese Zuflucht zur Außenfinanzierung wird — Lintner zufolge — bemerkenswert deutlich an den amerikanischen Nachkriegsverhältnissen illustriert. Die Kreditgewährung (debt issues and private placement) soll sich im Zeitraum von 1946 bis 1952 auf ungefähr 58 Mrd. Dollar belaufen haben ³⁷⁾. Die Aufnahme von Fremdkapital, so betont Lintner, geht auf Sonderbestimmungen der hohen Gewinnsteuern (special provisions) mit zurück. Diese Sonderbestimmungen waren während eines Teils des oben angegebenen Zeitraumes hindurch wirksam. Lintner vermutet, daß ein beträchtlicher Teil dieser 58 Mrd. Dollar auf Grund geminderter Selbstfinanzierungsmöglichkeiten entstanden ist und zur Aufrechterhaltung des Investitionsvolumens trotz der hohen Steuersätze aufgenommen worden ist.

Aber offensichtlich geht es auch hier nicht ohne wesentliche Steuererleichterungen: „Our field surveys point overwhelmingly to the conclusion that, for appreciation-minded investors, the single most important feature of the tax structure is the differentially low rate, at which long-

³⁶⁾ John Lintner, a. a. O., S. 531.

³⁷⁾ John Lintner, a. a. O., S. 532, zitiert hier Schätzungen von D. H. Brill: Financing of Capital Formation, Conference on Research in Income and Wealth, October 1953.

term capital gains are taxed in comparison with the much higher rates on ordinary income, especially for individuals in the upper income tax brackets.“³⁸⁾

Es kommt hinzu, daß die Zinsen für Fremdkapital abzugsfähig sind. Aber Lintner rechnet trotzdem nicht damit, daß das solchermassen entstandene Investitionsvolumen den steuerlich bedingten Ausfall an selbstfinanzierten Investitionen wettmacht. Als Begründung werden folgende Punkte angeführt:

Einige Gesellschaften zeigen das deutliche Bestreben, Verschuldungen zu vermeiden, wenn es sich nicht gerade um kurzfristige oder saisonale Fälle handelt. Wenn Investitionen von innen heraus finanziert werden können, so wird man dies tun. Wenn statt dessen jedoch Fremdkapital benutzt werden muß, dann fällt eine Reihe von ihnen aus. Lintner konstatiert eine steigende Abneigung der Investoren, je mehr Fremdkapital benutzt werden muß. Die Kapitalangebotskurve habe an der Stelle, an der die Quellen für die Selbstfinanzierung erschöpft sind, einen markanten Knick und fällt danach ab. Kreditkosten und -lasten, die damit verbundenen Risiken und psychologische Abneigungen sind für diesen Sprung verantwortlich.

Die regressive Steuerwirkung auf die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten wird sich um so eher durchsetzen, je schlechter die Konjunktur ist. Dann werden die zum Ausgleich über den Kreditmarkt finanzierten Investitionen eher gemindert werden, da eine solche Finanzierung risikoreicher geworden ist. Lintner kommt zu dem Schluß, daß die Beeinträchtigung der Innenfonds dazu führt, daß eine zusätzliche Nachfrage auf dem Kreditmarkt erscheint. Diese Nachfrage wird allerdings nicht für sehr groß gehalten. Sie beschränkt sich auf eine begrenzte Anzahl großer und angesehener Unternehmungen und kommt selbst in diesem Umfang nur dann zur Geltung, wenn es die Kreditmarktlage erlaubt. Das Problem scheint darin zu liegen, daß die Unternehmer — vor allem bei Klein- und Mittelbetrieben — sich vor der Aufnahme bereitstehender Mittel von außen scheuen, wenn die eigenen Reserven für Investitionsvorhaben durch die Besteuerung erschöpft sind. Unter westdeutschen Verhältnissen können solche Reserven im Bereich der konjunkturabhängigen Investitionen noch gebildet werden dank der besonderen Bedingungen auf dem Gebiete der Geldschöpfung in einer historisch zufälligen Situation. Ist aber den kredit-

³⁸⁾ Lawrence E. Thompson und J. Keith Butters: Effects of Taxation on the Investment Policies and Capacities of Individuals, in: The Journal of Finance, 3. Band 1953, S. 147.

abhängigen Investitionen die Möglichkeit gegeben, in die Außenfinanzierung auszuweichen, wie das in den USA der Fall ist?

bb) Die Außenfinanzierung unter deutschen Verhältnissen.

Unter deutschen Verhältnissen ist also von der Unterscheidung in kreditabhängige und konjunkturabhängige Investitionen auszugehen. Die zweite Gruppe kann infolge ihrer hohen Umsatzgewinnrate mit kurzfristigen Krediten finanziert werden. Dazu besteht — wie Ehrlicher gezeigt hat³⁹⁾ — derzeit kein Anlaß, weil die Geldschöpfung an anderen Stellen noch ausreicht; so dominiert die Selbstfinanzierung. Beide Finanzierungsarten haben aber zur Voraussetzung, daß zusätzliches Geld im ausreichenden Maße entsteht. Das hängt wiederum vom Geldschöpfungsspielraum und damit von außenwirtschaftlichen und sozialpolitischen Zielsetzungen ab. In dem Maße, zu dem diese Gegebenheiten einer Geldmengenvermehrung entgegenstehen, wird der Steuerdruck auf die Finanzierungsmöglichkeiten der konjunkturabhängigen Investitionen zur Gefahr. Pointiert können wir es so formulieren: Auf Grund unserer Außenhandelslage und der inländischen Produktivitätsentwicklung können wir uns erst unser derzeitiges Budget erlauben, ohne einen bestimmten Teil des Investitionsvorgangs zu gefährden.

Die Problematik der Finanzierung von kreditabhängigen Investitionen hat Werner Ehrlicher in seiner bereits mehrfach angeführten Schrift behandelt⁴⁰⁾. Danach hängt das Volumen dieser Investitionen vom Aufkommen der langfristigen Geldkapitalbildung, also vom Effektsparen, ab. Dieses Aufkommen ist in Westdeutschland in den Nachkriegsjahren zu gering gewesen. Ehrlicher erwartet auch für die Zukunft keine wesentliche Belebung, sondern rechnet damit, daß der gegenwärtige Trend weiter anhält. Danach ist das Einlagesparen die heute vorherrschende Form der Geldkapitalbildung; Unternehmer und Publikum deponieren freie Gelder zu einem überwiegenden Teil auf Depositen- und Terminkonten. Daß diese neue Form auf Einflüsse der Besteuerung zurückgeht, konnte nicht festgestellt werden; vielmehr werden tatsächliche Gewohnheitsänderungen als Ursache angegeben⁴¹⁾. Man hat versucht, durch eine Reihe steuerlicher Begünstigungen für bestimmte Kapitalbildungen im Einkommensteuergesetz das Aufkommen langfristiger Ersparnisse auszuweiten. Vermutlich ist die Budgetprogression hierdurch im nicht geringen Maße zurückge-

³⁹⁾ Werner Ehrlicher, a. a. O.

⁴⁰⁾ Werner Ehrlicher, a. a. O.

⁴¹⁾ Vgl. dazu auch Paul Binder: Die Geldkapitalbildung, in der Reihe „Recht und Staat“, Band 170/171, Tübingen 1952.

gangen. Es handelt sich dabei jedoch um einen Notbehelf, der nicht nur den Strukturwandel nicht wieder ausgleichen kann, sondern darüber hinaus unerwünschte Nebenwirkungen, wie die Möglichkeiten für bestimmte Personengruppen, ihr Einkommen zu „gestalten“, mit sich bringt. Auch eine Senkung der Steuersätze wird nach Ehrlichers Meinung an den Verhältnissen nichts ändern: Die daraus resultierende zusätzliche Ersparnisbildung wird auf kurzfristigen Termin- und Depositenkonten erfolgen. Damit würden bestenfalls die konjunkturabhängigen Investitionen begünstigt werden.

D. Die Wirkungen der Staatsausgaben auf die Investition.

Die Beträge, die der Staat auf Grund der Gewinnsteuern bei den Unternehmern vereinnahmt, fließen bei der Verausgabung wieder zu ihnen zurück, denn entweder fragt der Staat selbst Güter nach oder er stattet bestimmte Personengruppen mit Kaufkraft aus. Aber dieser Rückfluß erfolgt nicht in derselben Weise wie die Aufbringung der Mittel durch die Steuer. Im Einzelfall wird also nicht jeder Unternehmer so viel zurück-erhalten, wie ihm genommen wurde. Föhls kreislauftheoretisches Modell verdeckt diesen Tatbestand. Danach fließen sämtliche Steuern, um die Ersparnisse der Produktionsfaktoren geschmälert, an die Unternehmer. Man könnte infolgedessen argumentieren, die Klagen eines Unternehmers über den durch Steuern geschmälerten Gewinn seien grundlos, weil ohne Steuern auch die Unternehmereinnahmen geringer gewesen seien, so daß der Gewinn so oder so der gleiche geblieben wäre. Wenn das so richtig wäre, hätten wir uns den großen Umweg sparen können, der mit Browns Analyse der Steuerwirkungen auf die Gewinnchancen begann. In eben dieser Analyse würden analog dem Föhlschen Modell bei jeder Steuererhöhung die zu erwartenden Einnahmen automatisch um den gleichen Betrag steigen: Die Gewinnchance wäre unverändert.

Tatsächlich liegen die Dinge anders. Ein nicht-progressives Budget hat keine Redistributionswirkungen, weil Steuern und Ausgaben an der Häufigkeitsverteilung der Einkommen nichts ändern. Ein solches Budget wäre in der Wirklichkeit ein Zufall. Ebenso zufällig wäre aber ein Budget, das die Häufigkeitsverteilung der Unternehmergewinne auf dem Wege der Besteuerung und der Wiederverausgabung unverändert ließe. Wir müssen vielmehr damit rechnen, daß bei unveränderter Summe aller Nettogewinne in den einzelnen Produktionszweigen und Betriebsgrößen beachtliche Unterschiede entstehen. Genau so, wie sich bei einer Einkommensumverteilung die Konsumausgaben in bestimmter Weise geändert haben, so werden

sich auch bei einer Umverteilung von Gewinnen die Investitionsausgaben ändern. Allerdings läßt sich die investitionsverändernde Wirkung einer solchen Umverteilung noch weniger konkret erfassen als die konsumändernde Wirkung einer Einkommensredistribution; nicht einmal eine halbwegs sichere algebraische Beziehung läßt sich angeben. Das sagt indes nichts gegen die Existenz eines solchen Effekts. Denken wir doch nur daran, was an Ausgaben der öffentlichen Hand an die Bauwirtschaft fließt. Es ist nicht damit zu rechnen, daß das Aufkommen an Unternehmungssteuern aus der Bauwirtschaft diesen Ausgaben entspricht. Ein gewiß nicht geringer Teil der dort entstehenden Gewinne kann also auf das Budget zurückgeführt werden, ebenso auch ein Teil der dort getätigten Investitionsausgaben. Diesem Plus steht in einem anderen Wirtschaftszweig ein Minus gegenüber. Es besteht also kein Zweifel, daß der Staat mit einem ausgeglichenen Budget auf die relative Investitionshäufigkeit einen beträchtlichen Einfluß nimmt. Der Einfluß auf die relative Investitionshäufigkeit hängt davon ab, welche Funktion der öffentlichen Hand jeweils zugeschrieben wird. So erklärt sich die Begünstigung der Bauwirtschaft durch die traditionelle Aufgabe des Staates, Straßen zu bauen und Verwaltungsbauten zu errichten.

Ein normaler Staatshaushalt wird dabei vornehmlich den Investitionstyp begünstigen, der als konjunkturabhängig bezeichnet worden ist. Ganz allgemein berühren die Staatsausgaben die Investition auf dreierlei Weise:

1. durch die eigene Nachfrage (Haavelmoscher Fall),
2. durch die veränderte Konsumnachfrage der Privaten (Redistributions-effekt) und
3. durch direkte Bereitstellung öffentlicher Mittel zur Investitionsfinanzierung.

In den beiden ersten Fällen werden die Gewinnaussichten der Investitionen verändert, d. h. es wird die Neigung zu investieren betroffen. Diese Beziehungen sind Gegenstand der Akzeleratortheorie. Der zweite Fall betrifft die konjunkturabhängigen, Fall drei die kreditabhängigen Investitionen.

a) Die Investitionsfinanzierung des Staates.

Im konjunkturabhängigen Bereich — so hat Ehrlicher festgestellt ⁴²⁾ — dominiert die Selbstfinanzierung, im kreditabhängigen Bereich stehen öffentliche und ERP-Mittel im Vordergrund, die Selbstfinanzierung schei-

⁴²⁾ Werner Ehrlicher, a. a. O., S. 206. Zur Bereitstellung öffentlicher und ERP-Mittel wird eine Statistik aus „Finanzen und Steuern“ 1949/1950 angegeben, jedoch ein Fortbestehen der dort erkennbaren Tendenz vermutet.

det hier infolge einer gemeinwirtschaftlich orientierten Preisbildung und einer niedrigen Umsatzgewinnrate aus. Zum anderen mißlingt mangels eines entsprechenden Aufkommens an langfristig gebundenen Ersparnissen die Außenfinanzierung über den Kapitalmarkt. So muß der Staat mit Mitteln aus dem Budget einspringen. Diesen Weg ist der Staat in den letzten Jahren dann auch tatsächlich gegangen. Er hat entweder direkt mit Steuergeldern die dringendsten Investitionslücken geschlossen oder durch Einnahmeverzichte eine starke Kapitalansammlung im Wege der Steuererleichterung zu erreichen gesucht. In diesem zweiten Fall wirkt das Budget mehr durch das, was es gar nicht enthält.

Dieser Tatbestand der von Ehrlicher aufgezeigten neuen Struktur der Geld- und Realkapitalbildung ist für die Wirkungen eines ausgeglichenen Budgets von großer Wichtigkeit, denn er zwingt von vornherein zu einem Verzicht auf einen verhältnismäßig hohen Budgetkoeffizienten.

b) Die Konsumsteigerung aus progressiver Einkommensumverteilung.

Die Investitionsänderungen auf Grund von Konsumschwankungen sind Gegenstand der Akzeleratortheorie. Diese Theorie bringt zum Ausdruck, daß die induzierte Nettoinvestition einer Periode ein Vielfaches der Konsumänderung gegenüber der Vorperiode beträgt. Stucken betont nun, daß diese Aussage von derart vielen Voraussetzungen abhängig ist, daß „... die Anwendung der Aussage auf die Wirklichkeit ohne Auflösung dieser Annahmen als ein höchst fragwürdiges Beginnen erscheint. Für die Wirklichkeit bleibt im Grunde genommen nur die alte Erkenntnis übrig, daß eine Nachfragesteigerung geeignet ist, zusätzliche Investitionen zu induzieren, und daß dies in um so größerem Maß der Fall ist, je elastischer das Kreditangebot ist und je mehr die Produktionsanlagen ausgelastet sind...“⁴³⁾.

Da wir uns hier für die Wirkungen eines ausgeglichenen Budgets auf Einkommen und Beschäftigung interessieren und im Zusammenhang mit dem nicht-progressiven Budget die Arbeitslosigkeit und ihre Beseitigung eine Rolle gespielt hat, wollen wir hier prüfen, in welchen beschäftigungspolitischen Situationen ein Akzeleratoreffekt überhaupt zu erwarten ist. Dabei sollen drei Situationen unterschieden werden:

1. die generelle Unterbeschäftigung,
2. die generelle Vollbeschäftigung und
3. die Unterbeschäftigung außerhalb des direkt betroffenen Sektors.⁴⁴⁾

⁴³⁾ Rudolf Stucken: Geld und Kredit, 2. Auflage, Tübingen 1957, S. 211.

⁴⁴⁾ Vgl. die weitergehende Unterscheidung bei Walter Adolf Jöhr: Die Konjunkturenswankungen, Tübingen und Zürich 1952, S. 284 ff und 263 ff.

1. Im Falle einer generellen Unterbeschäftigung reagiert die Investition nicht, wenn unausgenutzte Kapazitäten der Konsumgüterindustrie den erhöhten Verbrauch des Staates oder der Privaten bewältigen können.⁴⁵⁾ Das gleiche gilt für Konsumsenkungen, wenn die Unternehmer schon vorher auf Ersatzinvestitionen verzichtet haben. Bei Verbrauchsverschiebungen, wie sie im Gefolge von Änderungen eines nicht-progressiven Budgets vorkommen können, bleibt die Investition ebenfalls unberührt, weil einer Konsumerhöhung in dem einen Zweig eine Konsumsenkung in einem anderen entspricht. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf die Frage nach dem beschäftigungspolitischen Erfolg einer Budgetverlängerung bei Unterbeschäftigung: Es ist damit zu rechnen, daß der expansive Effekt sich auf die Schaffung der zusätzlichen Nachfrage des Staates beschränkt und keine zusätzliche Investition herbeiführt, solange nicht noch andere Einflüsse mitspielen. Hierbei ist besonders an psychologische Faktoren, wie die Antizipationen künftiger Konsumerhöhungen, zu denken. Ohne sie muß die Budgetverlängerung schon eine recht erhebliche Nachfragesteigerung auslösen, um je nach Art und Umfang der Arbeitslosigkeit auch noch eine Expansion im Investitionssektor zu bewirken.

2. Sind Konsum- und Investitionsgüterindustrie vollbeschäftigt, dann hängt der Spielraum des Akzelerators lediglich von der Geldschöpfung ab. Es kann zu Abzügen von Produktionsfaktoren aus dem Konsumsektor kommen, weil die Konsumgüterpreise steigen und neue Investitionen lohnend erscheinen lassen. Dieser Abzug verknappt aber die Konsumgüterproduktion und gibt Anlaß zu weiteren Preissteigerungen, solange die neuen Investitionen noch nicht erstellt sind. Hayek hat diesen Prozeß ad absurdum geführt, indem ihm infolge der Preissteigerung wiederum neue Investitionen rentabel erschienen, bis schließlich auch der letzte Arbeiter in der Investitionsgüterindustrie beschäftigt ist zur Erstellung von Anlagen in der Konsumgüterindustrie, die irgendwann in der Zukunft das Konsumgutvolumen steigern sollen, wenn die Leute bis dahin nicht verhungert sind.⁴⁶⁾ Wenn also eine restriktive Geldpolitik dem Wettlauf um die Produktionsfaktoren schon frühzeitig ein Ende bereitet, dann kommt der Akzelerator überhaupt nicht oder sehr gering nur zur Auswirkung. Eine Konsumminderung kann bei Vollbeschäftigung den Akzelerator zum Spielen

⁴⁵⁾ Die Ausgaben des Staates werden als Verbrauchsausgaben angesehen.

⁴⁶⁾ Walter Adolf Jöhr, a. a. O., zitiert auf Seite 264: Hayek: The Ricardo Effect, in: Individualism and Economic Order, 1948, S. 244.

bringen und die Investition einschränken. Es ist aber auch möglich, daß diese Entlastung Investitionen an anderer Stelle überhaupt erst möglich macht. Auch bei Konsumverschiebungen sind zwei Wege möglich, je nachdem, wie sich Senkung und Erhöhung zueinander verhalten. Wir müssen hier überhaupt betonen, daß die Gegenüberstellung von Konsum- und Investitionsgüterindustrie noch viel zu roh ist, daß in allen Fällen sogenannte Engpässe entstehen können und den Akzelerator auch güterwirtschaftlich sehr wohl hemmen können.

3. Jöhr weist darauf hin, daß nur dann, wenn die Konsumgüterindustrie vollbeschäftigt und die konsumferneren Stufen unterbeschäftigt sind, die Akzeleratorbeziehung voll zur Geltung kommen könnte, jedenfalls was die beschäftigungstheoretischen Annahmen anbelangt.⁴⁷⁾ Es sind aber schon Hemmungen möglich, wenn der Konsum statt zu steigen sinkt, weil nicht damit gerechnet werden muß, daß ein vollbeschäftigter Industriezweig bei Auftragsrückgang sofort darauf verzichtet, die fälligen Ersatzinvestitionen vorzunehmen. Bei Verbrauchsverschiebungen ist auf die Beschäftigungslage der beiden betroffenen Zweige zu achten. Eine zusätzliche Investition ist dann zu erwarten, wenn der begünstigte Zweig vollbeschäftigt und der benachteiligte unterbeschäftigt ist. Im umgekehrten Fall kann es zu einem Investitionsrückgang kommen, wenn Ersatzinvestitionen des benachteiligten Zweiges ausfallen. So ist jede Ausgabenwirkung je nach der Beschäftigungslage verschieden. Darauf muß bei jeder Budgetveränderung geachtet werden. Wir kommen zweifellos zu falschen Resultaten, wenn wir auf Grund sehr roher Überlegungen am Kreislauf Steuern und Ausgaben einfach saldieren und aus der Konstanz der Nettogewinne der Unternehmer einseitige Schlüsse ziehen.

c) Die direkte Nachfrage des Staates.

Die direkte Nachfrage des Staates ist hinsichtlich ihrer Wirkung auf induzierte Investitionen im letzten Abschnitt schon mitbehandelt worden. Ergänzend wäre an dieser Stelle zu fragen, welcher Investitionstyp begünstigt wird. Bei den Investitionen auf Grund budgetinduzierter Konsumerhöhung läßt sich das sehr leicht feststellen: Es handelt sich eindeutig um die Gruppe der konjunkturabhängigen Investitionen. Bei der Nachfrage des Staates nach Gütern ist die Antwort etwas schwieriger. Wenn wir aber berücksichtigen, daß ein überwiegender Teil der vom Staat veraus-

⁴⁷⁾ Walter Adolf Jöhr, a. a. O., S. 285.

gabten Mittel zum Bau von Straßen, Häusern und ähnlichen Projekten sowie zum Zwecke der Landesverteidigung verwendet werden, dann finden wir auch hier eine relativ starke Begünstigung des Investitionstyps, der von der Konjunktur abhängt. Damit steigen die Gewinnchancen dieses Typs. Eine Begünstigung der kreditabhängigen Investitionen findet dann statt, wenn der Staat selbst der Investor solcher Vorhaben auf Grund seiner hoheitlichen Ausgaben ist.

E. Die Grenzen der Budgetwirkungen.

a) Der ausgeglichene Haushalt als ein quantitatives Problem.

Die Auswirkungen eines ausgeglichenen Budgets auf die Investition beleuchten eine offensichtlich sehr verdeckte Tatsache: Die Progression eines ausgeglichenen Haushalts hat enge Grenzen. Diese Grenzen mögen in den einzelnen Ländern verschieden abgesteckt sein; so liegen sie in den Vereinigten Staaten vermutlich auf Grund der dortigen Kreditmarktlage viel weiter hinaus als bei uns in Westdeutschland. Nur das kann den Optimismus und die Zuversicht verständlich machen, mit der ein großer Teil der amerikanischen Forscher an die Möglichkeit glaubt, mit Hilfe eines ausgeglichenen Budgets eine Expansionspolitik im nennenswerten Umfang treiben zu können.⁴⁸⁾ Es kann aber auch nicht der Sinn der folgenden Ausführungen sein, dem anderen Extrem zu verfallen und die Möglichkeit einer solchen Politik grundsätzlich zu verneinen. Nur müssen wir uns ihrer Grenzen stets bewußt bleiben.

Die Grundlage aller Redistributionswirkungen ist eine ganz bestimmte Einkommensverteilung. Hieraus bezieht das Budget die fälschlicherweise ihm selbst zugeschriebene Eigenschaft, progressiv zu sein. Die Einkommensverteilung ist damit das wichtigste Datum. Wer über den ausgeglichenen Haushalt Expansions- oder Kontraktionspolitik treiben will, muß mit ihr als einer Gegebenheit rechnen. Die Zahl der hohen Einkommen, die den Koeffizienten in so starkem Maße bestimmen können, läßt sich nicht beliebig verändern. Hier steht also gleichsam der erste Grenzstein.

Der zweite befindet sich dort, wo es unzumutbar erscheinen muß, die hohen Einkommen steuerlich noch mehr zu belasten. Der Anreiz zu weiterer Bildung dieser Einkommen darf nicht verlorengehen, und die

⁴⁸⁾ Eine gewisse Skepsis bringen hierzu lediglich Henry C. Wallich, a. a. O., S. 79, und Gottfried Haberler, a. a. O., S. 149, zum Ausdruck.

Neigung der Individuen zur Steuervermeidung, -umgehung und -überwälzung darf nicht durch überhöhte Sätze übermäßig forciert werden. Ist die Besteuerung so hoch, daß der bisherige Investitionsstand infolge von Finanzierungsschwierigkeiten und geschmälernten Gewinnchancen nicht mehr gehalten werden kann, dann sind die konsumerhöhenden Wirkungen sehr bald aufgefangen. Diese Investitionsreduktion gibt den dritten Punkt an, der die Grenze markiert.

Für den Politiker, der auf ein Budget mit hoher Progression aus ist, ist natürlich die Lage dieser drei Punkte interessant: Die des ersten wäre der Statistik zu entnehmen. Die des zweiten ist schon ungleich schwieriger zu ermitteln. Welche Steuerlast dem Individuum ohne erhebliche Einbuße für den Fiskus noch zumutbar ist, war stets eine delikate Frage. Die Schätzungen — denn um mehr kann es sich nicht handeln — lagen rückschauend betrachtet stets zu niedrig. Das spricht weder gegen das objektive Vorhandensein noch gegen die konkrete Erreichbarkeit dieses Punktes. Wir dürften ihm in Westdeutschland zur Zeit sogar sehr nahe liegen. Die größte Verlegenheit bereitet die Lagebestimmung des dritten Punktes. Eine ganze Reihe von Faktoren bestimmen ihn: die Möglichkeiten der Selbst- und Außenfinanzierung, die Gewinnchancen, Preiselastizitäten u. a. Eine konkrete Antwort ist hier deshalb schon so schwierig, weil es ja für den reibungslosen Fortgang des Wirtschaftsprozesses nicht nur auf die Gesamtsumme aller Investitionen, sondern auch auf die relative Investitionshäufigkeit ankommt. Daß eine hohe Besteuerung aber gerade hier sehr gefährlich werden kann, haben wir ja in den vorangegangenen Abschnitten zu zeigen versucht. Daß eine solche Steuergefahr im allgemeinen noch nicht akut ist, dürfte auf die strukturelle Lage des Geld- und Kapitalmarkts in Westdeutschland zurückgehen. Im Zusammenhang damit haben die besonderen Bedingungen unseres Aufschwungs nach dem Kriege unerwünschte Steuerwirkungen noch verdecken können.

Der eine Teil der durch Steuerwirkungen vorgezeichneten Grenze ist damit abgesteckt. Der andere Teil verläuft im Bereich der Ausgabenwirkungen. Wiederum ist die Häufigkeitsverteilung der Einkommen maßgebend; die Zahl der geringen Einkommen, die durch staatliche Ausgaben begünstigt werden können, ist begrenzt. Wir sehen, daß hier das Problem der reichen Volkswirtschaften hineinspielt. Daneben muß berücksichtigt werden, daß der durch die Verausgabung ausgelöste Multiplikatorprozeß durch eine große Anzahl von sukzessiven Ausgabeakten zustandekommt. Der Staat hat aber nur auf die erste Runde dieser Ausgabeakte Einfluß, er kann seine Ausgaben einer bestimmten Gruppe mit einem hohen Konsum-

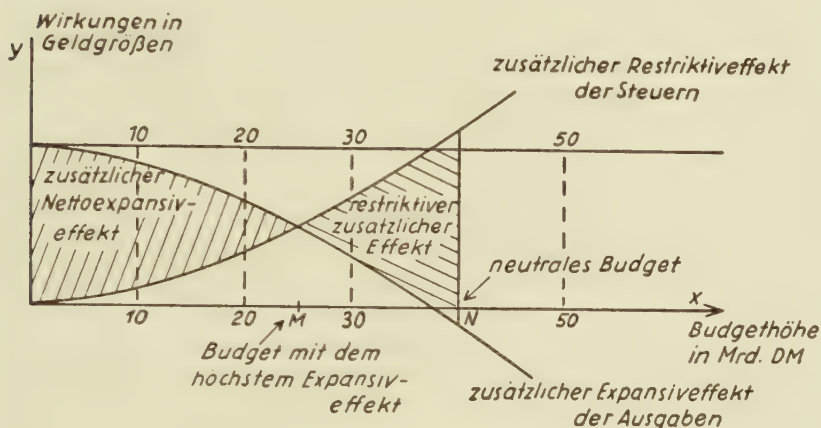
hang zukommen lassen. Ob deren Ausgaben aber nicht schon in hoch sparende Kanäle gehen, ist ungewiß. Da in der Verbrauchsgüterindustrie der Großbetrieb — meist in Form des Markenartikelherstellers — immer mehr an Boden gewonnen hat, ist dies in bestimmten Marktlagen sogar zu befürchten. Endlich bleibt ein dritter Begrenzungspunkt übrig: Wie der Staat auf der Steuerseite seine Mittel nicht ausschließlich nur aus hohen Einkommen beziehen kann, so fließen seine Ausgaben auch nicht nur niedrigen Einkommen zu. Das Verhältnis der einzelnen Ausgabearten zueinander wird durch die Funktionen des Staates bestimmt. So wird ein Budget niemals nur um eines expansiven Effekts willen gemacht werden können. Bestimmte Ausgaben werden immer in hoch sparende Kanäle fließen, weil z. B. eine konkrete Situation Zinszahlungen in einer bestimmten Höhe erfordert.

b) Eine allgemeine Theorie des ausgeglichenen Haushalts.

Die im vorangegangenen Abschnitt genannten sechs Punkte schränken die qualitativen Effekte mit steigendem Budget ein. Es muß also irgendwann einmal zu restriktiven Wirkungen kommen, wenn der Staat seine Ausgaben auf bestimmten Gebieten immer weiter vergrößert. Dazu zwei einfache Beispiele: Die öffentliche Hand möge die Ausgaben für den Wohnungsbau immer mehr vergrößern. Dann ist unter normalen Verhältnissen einmal der Punkt erreicht, wo sich die privaten Bauherren anderen Geschäften zuwenden müssen. Die Staatsausgaben ersetzen hier also irgendwann die privaten Ausgaben. Oder: Der Staat erhöht dauernd seine Sozialleistungen. Die Empfänger dieser Leistungen werden dann einmal in Einkommensklassen gelangen, in denen mit dem Sparen begonnen wird, und wo dann ihre Angehörigen ihre bisherigen Unterstützungen einstellen. Wieder ersetzen staatliche Ausgaben solche der Privaten. Wir können deshalb allgemein sagen: Jede Budgetverlängerung schafft in bestimmter Weise zusätzliches Einkommen. Aber dieser Prozeß geht nicht bis in alle Ewigkeit hin fort, sondern es wird ein Punkt erreicht, von dem an die restriktiven Wirkungen immer stärker werden, bis sie einmal die expansiven völlig überdecken. Der Budgetkoeffizient ist also begrenzt.

Dieser Grundgedanke ist einfach und einleuchtend. Ihm soll eine Fassung gegeben werden, in der alle Budgetwirkungen, die expansiven wie auch die restriktiven, in integraler Schau zusammengefaßt sind. Haben wir das Budget bisher als etwas Qualitatives angesehen, so soll es jetzt quantitativ betrachtet werden. Eine solche Betrachtung hat Harold M. Somers angestellt und sie „Allgemeine Theorie des ausgeglichenen Budgets“

genannt.⁴⁹⁾ Somers instruktive graphische Darstellung soll auch hier zugrundegelegt werden.



In der obigen Darstellung sind in einem Koordinatenkreuz die Wirkungen der Budgetverlängerungen auf der y-Achse und die Budgethöhe auf der x-Achse eingetragen. Je größer das Budget nun ist, desto eher werden sich die restriktiven gegenüber den expansiven Effekten geltend machen, wie es sich aus den obigen sechs Punkten ergab. Dadurch entstehen die beiden Kurven, auf denen jeweils der zusätzliche restriktive Effekt der Steuern und der zusätzliche expansive Effekt der Ausgaben eingezeichnet ist. Mit steigender Budgetgröße nimmt, wie wir der Zeichnung entnehmen können, der erstgenannte Effekt zu und der andere ab. Der zusätzliche expansive Budgeteffekt — der Saldo der beiden vorigen — nimmt immer noch zu. Er erreicht im Punkte M seine größte Höhe. Steigt das Budget noch weiter an, dann entsteht ein zusätzlicher restriktiver Budgeteffekt. Er beginnt, den zusätzlichen expansiven Budgeteffekt zu überdecken. Die Differenz der beiden schraffierten Flächen wird immer kleiner. Wo sie gleich null wird, liegt das neutrale Budget. Der Begriff „neutral“ ist hier in dem Sinne gemeint, daß die integrierten Wirkungen aus Steuern, Ausgaben, induziertem Konsum und induzierter Investition keine Änderung des Volkseinkommens mehr bewirken. Die Neutralität bezieht sich also nur auf eine einzige Größe: das Volkseinkommen. Auf alle anderen wirkt

⁴⁹⁾ Harold M. Somers: Public Finance and National Income, Philadelphia und Toronto 1949, S. 507 ff.

auch dieses Budget nicht neutral. Einen Haushalt, der gewissermaßen „alles beim alten läßt“, gibt es gar nicht. In diesem spezifischen Sinn ist nur ein Budget von unendlich vielen möglichen neutral.

Die Budgetverlängerungen können an den einzelnen Punkten mit verschiedenen Steuern und verschiedenen Ausgaben vorgenommen werden. Das kann in den einzelnen Abschnitten Sprünge im Kurvenverlauf zur Folge haben. Dieser Verlauf ist dann im einzelnen nicht mehr regelmäßig. Es sind unendlich viele Kurven möglich. Insgesamt gesehen wird aber die dargestellte Grundtendenz immer wieder zum Ausdruck kommen. Wir können diese Darstellung mit vielen anderen Gesetzen in der Theorie vergleichen. Am meisten ähnelt sie dem Gesetz vom abnehmenden Bodenertragszuwachs. Auch dort ergibt sich ein regelmäßiges Kurvenbild nur bei der Veränderung eines Produktionsfaktors wie hier bei der Veränderung einer bestimmten Steuer und einer bestimmten Ausgabenart *ceteris paribus*.

Den Schluß dieser allgemeinen Theorie können wir folgendermaßen formulieren: Jede Budgetwirkung hängt von der bestimmten Art der Budgetänderung ab — wie das in den vorhergehenden Kapiteln gezeigt worden ist —, darüber hinaus aber auch von der Budgethöhe, von der diese Änderung ausgeht. Denn es gibt im ökonomischen Bereich nichts, was sich dieser langfristigen Regression entziehen kann, auch die Budgetwirkungen nicht.

IV. Die Budgetänderungen bei „autonomen“ Einkommensschwankungen.

Es ist bisher so viel von den expansiven Wirkungen einer Budgetverlängerung die Rede gewesen, daß der Widerspruch mit einer satksam bekannten Konjunkturtatsache nahezu herausgefordert wird. Gemeint ist der schon zum Allgemeingut der Lehrbuchliteratur gewordene Fall, daß im Konjunkturabschwung die Steuereinnahmen geringer werden und zum Ausgleich des Budgets eine Erhöhung der Steuersätze erforderlich machen. Die dadurch entstehende Einkommensverminderung wirkt regressiv auf die Nachfrage der Privaten, und es bildet sich in der folgenden Periode weniger Einkommen, so daß der konjunkturelle Rückgang nur noch verstärkt wird.

Der Unterschied zwischen den bisherigen Analysen und dem obigen Fall liegt im folgenden: Bisher haben wir die Einflüsse der Budgetgrößen isoliert betrachtet. Dabei wurde das Volkseinkommen von anderen Auswirkungen, die nicht letzten Endes auf den Staatshaushalt zurückgeführt werden konnten, ferngehalten; es wurde hinsichtlich dieser nicht-budgetären Komponenten als konstant angesehen. Diese Annahme soll nun fallen. Wir müssen dann untersuchen, wie das ausgeglichene Budget und seine Veränderungen auf ein sich gleichfalls änderndes Volkseinkommen wirken. Das zwingt zur Unterscheidung zwischen budget-induzierten und nicht-budget-induzierten Änderungen im Volkseinkommen. Wodurch dieser zweite Typ von Schwankungen ausgelöst wird, ist für uns uninteressant. Er ist aus unserer Sicht „autonom“. Interessant ist dagegen, wie die budget-induzierten Wirkungen der bisherigen Art moduliert werden.

Man kann die Bewegungsvorgänge, um die es hier geht, in drei Gruppen einteilen:

1. die saisonalen Schwankungen,
2. die konjunkturellen Schwankungen und
3. die langfristigen, wachstumsbedingten Schwankungen.

Die saisonalen und die langfristigen, wachstumsbedingten Schwankungen des Volkseinkommens sollen hier nicht untersucht werden. Das heißt nun

nicht, daß sich diese Fragen nicht lohnten. So wären beispielsweise im ersten Fall das Problem der Steuertermine mit seinen Liquiditätswirkungen und das Problem der Ausgabenbewilligung mit seinen ebenfalls recht erheblichen zeitlichen Auswirkungen vor allem auf die Bauwirtschaft zur Sprache zu bringen. Im zweiten könnte z. B. untersucht werden, wie das ständige Wachstum des Staatshaushalts nach dem Gesetz von Adolf Wagner mit dem Wachstumstrend der Wirtschaft korrespondiert, ob das Budget sich in diese Entwicklung hineinfügt, und welche Schwierigkeiten dabei auftreten.

Probleme sind also ausreichend vorhanden. Trotzdem wollen wir uns auf die konjunkturellen Schwankungen beschränken, denn die saisonalen Änderungen sind im Zusammenhang mit dem Thema dieser Arbeit viel zu kurzfristig; sie reichen über die Budgetperiode nicht hinaus, und nur innerhalb einer solchen Periode ist es ja sinnvoll, von einem ausgeglichenen Budget zu sprechen. Die wachstumsbedingten Schwankungen enthalten wiederum derart mannigfaltige und komplexe Beziehungen, daß sich ein oberflächliches Streifen dieses Problems verbietet. Schon das Konjunkturproblem enthält so viele Gesichtspunkte, daß wir straffen müssen. Wir untersuchen also wieder nur Modellfälle.

Diese Modellfälle werden auf folgende Weise gewonnen: Wir denken uns bei Einkommensexpansions- und -kontraktionsvorgängen jeweils ein unverändertes, sinkendes oder steigendes Budget und beobachten die Veränderungen der Konsum- und Investitionsquoten. Man könnte dabei noch zwischen einem progressiven, einem nicht-progressiven und einem regressiven Budget unterscheiden. Die Aussagen werden sehr relativ sein, selbst die Qualität der Auswirkungen wird oft mit Sicherheit nicht genannt werden können, weil das Ausmaß, zu dem Kompensationen eintreten, von ihrer zahlenmäßigen Stärke abhängt.

A. Expansionsprozesse.

a) Bei starrem Budget.

Steigt das Volkseinkommen infolge anderer Ursachen, dann bleibt das Budget nur dann unverändert, wenn die Steuersätze gesenkt werden, weil die wichtigsten Steuergrundlagen Einkommen, Gewinn, Umsatz usw. steigen. Die Ausgaben des Staates blieben unverändert. Dieser Fall ist nicht aktuell. Erstens sind Steuersenkungen dieser Art praktisch unmöglich, weil sie im voraus nicht bestimmbar sind, und zweitens sind die Aufgaben des Staates bei einer bestimmten Ausgabenhöhe nicht erschöpft. Uns interessiert dieser Fall deshalb, weil doch offensichtlich Budgetwirkungen ein-

treten, ohne daß die Höhe des Haushalts sich ändert. Zunächst geht der Anteil des reinen Budgeteffekts (Haavelmos Fall) am Bruttovolkseinkommen zurück, das vom Staat durch seine Nachfrage geschaffene Einkommen sinkt im Verhältnis zum gesamten Einkommen. Weiterhin erhöht die Steuersenkung die privaten Einkommen nach der Besteuerung. Von der Art der Steuersenkung hängt der Einfluß auf die Häufigkeitsverteilung dieser Einkommen ab. Wir haben also einen budget-induzierten Redistributionseffekt bei unverändertem Haushalt. Die über die konjunkturelle Konsumsteigerung hinaus erfolgende budget-induzierte Steigerung der privaten Verbrauchsnachfrage wird um so stärker sein, je mehr die niedrigen Einkommen steuerlich entlastet werden. Nach Maßgabe dieser Entlastung wird der Aufschwung gefördert. Der relative Rückgang der Nachfrage des Staates wird aber durch diese Konsumsteigerung nicht ganz wettgemacht, und zwar um so weniger, je mehr sich die Steuersenkung auf die hohen Einkommen- und Gewinnsteuern beschränkt. Der Budgetkoeffizient wird sich ändern, ohne daß die Höhe der Steuereinnahmen und der Ausgaben variiert worden wären. Wir sehen daraus, daß diese Größe auch von Einkommensschwankungen berührt wird, die nicht finanzpolitisch vom Haushalt her beeinflußt sind. Je nach Stärke eines Aufschwungs kann daher auch ein unverändertes Budget inflationistisch wirken, wenn die entsprechenden Steuersenkungen eine starke Konsumgüternachfrage der Privaten auslösen.

Im Investitionsbereich können inzwischen zwei Wirkungen auftreten:

1. Die Gewinnanreize werden infolge einer Gewinnsteuersenkung erhöht. Gleichzeitig werden dadurch die Finanzierungsmöglichkeiten verbessert.
2. Die Neigung zu investieren wird durch einen erhöhten Konsum der Privaten verstärkt.

Bei Verbrauchsteuersenkung würden hinsichtlich des ersten Punktes keine großen Änderungen herbeigeführt werden. Dafür dürften die Impulse des zweiten Falles um so größer sein. Eine Erhöhung wäre hier allerdings in erster Linie konjunkturbedingt, da die budgetinduzierte Steigerung des privaten Konsums den relativen Rückgang der staatlichen Nachfrage ausgleicht.

Bei Gewinnsteuersenkungen mindert sich die Budgetprogression. Ist der Expansionsprozeß schon weit fortgeschritten, und sind die Unternehmergewinne sowieso schon hoch, dann ist der Zusammenhang zwischen der Investitionsneigung und der Steueränderung im konjunkturabhängigen Bereich nicht mehr allzu elastisch. Dagegen dürften sich die Gewinnchancen

der langfristig finanzierten Investitionen verbessern. Finanzierungsschwierigkeiten können sich jedoch weiterhin hemmend bemerkbar machen, denn der Staat hat ja gerade infolge der Steuersenkung die Möglichkeit zu verstärkter Kredithilfe aus öffentlichen Mitteln ausgeschlossen.

Wir kommen zu dem Schluß, daß ein konjunkturpolitisch passives Budget trotz konstanter Ausgabenhöhe sehr wohl expansive Wirkungen verstärken kann. Es aus Furcht vor inflationistischen Effekten konstant zu halten, erweist sich mithin in bestimmten Situationen als ein Trugschluß. Der entscheidende Angelpunkt einer kontraktiven Politik muß daher weniger im starren Budget, sondern im monetären Bereich gesucht werden.

b) Bei steigendem Budget.

In der Regel vergrößert sich mit der allgemeinen Wirtschaftsbelebung auch der Haushalt des Staates. Die Vergrößerung kann einmal automatisch sein, d. h. die Steuereinnahmen wachsen bei unveränderten Sätzen. Mit steigender Konjunktur erhöhen sich die wichtigsten Steuergrundlagen. Dem Vorrang, den die progressive Einkommensteuer in unserem Steuersystem einnimmt, ist zu entnehmen, daß auf der Einnahmenseite das Progressionsmaß des Budgets steigt, ohne daß Steuererhöhungen stattfinden. Infolge dieser Automatik des Steuersystems erfährt die durch den Staat bewirkte Einkommensumverteilung in der Konjunktur eine weitere Änderung. So kann ein bisher regressiver zu einem progressiven Haushalt werden. Entscheidend ist dann bei hoher Steuerprogression, was auf der Ausgabenseite geschieht. Hier läßt sich schwer eine allgemeine Regel aufstellen; eine der Besteuerung vergleichbare Automatik gibt es nicht. Meistens entspringt das, was an neuen oder bisher aufgeschobenen Aufgaben auf den Staat zukommt, der jeweiligen konkreten Situation. Man kann nur vermuten, daß die Gruppe der Transferzahlungen bei guter Finanzlage wächst. Ein Wirtschaftsaufschwung erfaßt nicht alle, und es ist das Kennzeichen einer in Verbänden organisierten Wirtschaftsform, daß die Benachteiligten „ihren Anteil fordern“. So können wir in gewissen Grenzen auf eine Ausdehnung der Subventionen und der Sozialleistungen des Staates schließen, mithin auf eine progressive, konsumfördernde Umverteilung. Der Staat hat das Geld, also kann er diesen Forderungen nachkommen. Diese Ausgaben müssen jedoch beschlossen werden, und dieses menschliche Zutun schließt eine der Besteuerung analoge Automatik aus.

Der zweite Weg zu einer Budgetvergrößerung — die Steuererhöhung — läßt den Haushalt natürlich über das automatische Wachstum hinaus steigen. Bei starker Expansion wird er nicht die Regel darstellen, sondern es

ist sogar mit Steuersenkungen zu rechnen, ohne daß dabei die Ausgabenhöhe geringer wird. Der jüngste westdeutsche Fall ist hierfür das beste Beispiel. Die Unterschiede sind wichtig für den inflationistischen Effekt. Man muß in Erfahrung bringen, ob das Budget in einer bestimmten Konjunkturlage schneller steigt als das Volkseinkommen auf Grund nicht-budgetärer Faktoren.

Wir haben den inflationistischen Prozeß, soweit das Budget die Ursache dazu ist, schon an anderer Stelle geschildert ¹⁾. Wir können uns hier deshalb kurz fassen: Die Nachfrage des Staates überfordert die Kapazität der Volkswirtschaft, das Budget wirkt im starken Maße konjunkturverschärfend, und das Bruttovolkseinkommen erhöht sich stärker, als das Haavelmosche Theorem und die Redistributionsgleichung es anzeigen, solange die Geldschöpfung elastisch ist. Man findet mitunter den Hinweis, daß die automatische Erhöhung der Besteuerung infolge der Steuerprogression den Vorzug hat, konjunkturdämpfend zu wirken. Das ist ein Trugschluß, solange über die Ausgabenseite nichts gesagt wird. Die These stimmt, wenn der Staat aus den Steuermehreinnahmen Überschüsse bildet, die er vorerst nicht wieder ausgibt. Ein solches Überschußbudget wäre in der Tat ein wirksames Mittel im finanzpolitischen Bereich, den Aufschwung zu dämpfen. Allerdings scheint die Neigung zu einem solchen Überschußbudget noch geringer zu sein als die Neigung zu einem Deficit spending, weil Ausgabenbeschränkungen bei vollen Kassen keine populären Maßnahmen sind. Immerhin hat die westdeutsche Finanzpolitik dieses Kunststück, aus Mehreinnahmen Kassenüberschüsse zu bilden, in jüngster Vergangenheit fertiggebracht. Da es aber nicht konjunkturpolitisch begründet war, ist das Beispiel für uns uninteressant.

Auch hinsichtlich der Investitionsfrage wäre hier schon Bekanntes zu wiederholen. Die Steuern beeinträchtigen nicht mehr in so starkem Maße die Gewinnchancen, weil die Kostenkalkulation einer Investition nicht mehr so sorgfältig beachtet wird. Die Selbstfinanzierung bereitet im konjunkturabhängigen Bereich bei elastischer Geldschöpfung und starker Konsumgüternachfrage keine Schwierigkeiten. Überhaupt scheint sich die Relation von Steuer- und Ausgabenwirkungen mit den Konjunkturschwankungen zu verschieben. So sind die letztgenannten Wirkungen bei starker Expansion und geringen Leistungsreserven weitaus stärker zu bemerken als die restriktiven Wirkungen einer hohen Besteuerung. Diese verlieren offensichtlich um so mehr an Bedeutung, je größer die Zahl der konjunk-

¹⁾ Vgl. den Abschnitt über die Inflationswirkungen eines ausgeglichenen Budget, S. 44 ff. dieser Arbeit.

turverbessernden Momente wird. Auch für die kreditabhängigen Investitionen ist die Lage bei guter Konjunktur erfreulich; der Staat hat reichlich Einnahmen und kann ihnen Finanzierungsmittel im stärkeren Maße zufließen lassen. Ehrlicher hat diesen Tatbestand, daß diese Investitionen, die hinsichtlich der Gewinnchance nicht von der Konjunktur abhängigen, ausgerechnet im Aufschwung unternommen werden, ungünstig beurteilt. Er sieht darin gegenüber früheren Zeiten, in denen Geld- und Kapitalmarkt in enger Verbindung standen und deshalb eine Vornahme dieser Investitionen in Zeiten schlechter Konjunktur ermöglichten, den Fortfall eines wichtigen Selbstheilungsmechanismus und eine konjunkturverschärfende Ursache²⁾.

c) *Bei sinkendem Budget.*

Wenn das Budget bei starker Einkommensexpansion gesenkt werden soll, dann müssen die Steuersätze übermäßig gesenkt werden. Die Vorbehalte, die im Hinblick auf diesen Fall am Platze sind, drückt Ritter folgendermaßen aus: „The second“ (Ritter meint damit unseren Fall), „formally most consistent with both laissez-faire attitudes and the principles of sound finance, means, in fact, a refusal to allow what may be a needed minimum of governmental activity and would certainly be a method worthy of no consideration in time of war.“³⁾ Es dürfte darüber hinaus auch politisch schwer fallen, das Budget selbst in Friedenszeiten so stark zu verkürzen, daß die am Markt überschüssige Nachfrage auch tatsächlich ausfällt. Außerdem erscheint es zweifelhaft, ob es dann zu einer entsprechenden Geldvernichtung kommt. Wenn das nicht der Fall ist, dann dürfte in bestimmten Konjunkturlagen der Ausfall der staatlichen Nachfrage einfach durch die private ersetzt werden, und zwar um so eher, Fall haben wir eingangs als das Ricardo-Theorem bezeichnet⁴⁾. Statt Straßen, Krankenhäuser und Verwaltungsbauten werden Konsumgüter geschaffen. Zunächst arbeitslos werdende Produktionsfaktoren werden an anderer Stelle beschäftigt, die Gesamtwirkung auf das Volkseinkommen ist gleich null. In diesem besonderen Sinn ist das Budget neutral. Ricardo sah darin den allgemeinen Fall, tatsächlich ist er jedoch speziell, darin hat die moderne Lehre recht.

²⁾ Vgl. dazu Werner Ehrlicher, a. a. O., S. 189 und 252.

³⁾ Lawrence S. Ritter: The Control of Inflation, Direct versus Monetary-Fiscal Measures, Zusammenfassung einer Dissertation an der University of Wisconsin 1950, in: The Journal of Finance, Band 8, März 1953, S. 56.

⁴⁾ Vgl. Seite 11 dieser Arbeit.

B. Die Kontraktionsprozesse.

a) Bei starrem Budget.

Der Konjunkturabschwung mit einem unveränderten Budget ist eingangs geschildert worden. Bei gleicher Ausgabenhöhe müssen die Steuersätze erhöht werden. Es sinken dadurch die privaten Einkommen nach der Besteuerung und folglich auch die Ausgaben für Konsum- und Investitionsgüter. Die Erhaltung der Nachfrage des Staates wird somit unter schweren Opfern erkaufte, der Abschwung wird beschleunigt.

b) Bei steigendem Budget.

Es versteht sich nach dem bisher Gesagten, daß ein steigendes Budget bei scharfen Abschwüngen in seiner expansiven Wirkung zumindest überspielt wird, wenn es die Schrumpfung nicht noch erheblich verstärkt: Das Ergebnis des Haavelmo-Theorems wird sich in solchen Fällen nicht durchsetzen. Das bedeutet, daß die konjunkturpolitische Anwendbarkeit einer Budgetverlängerung sich auf solche Situationen beschränkt, in denen nur eine relativ geringe Arbeitslosigkeit besteht, und in denen die konjunkturverbessernden Momente das Übergewicht haben⁵⁾.

c) Bei sinkendem Budget.

Bei einem Abschwung mit sinkendem Budget treffen wir die bereits behandelte Automatik wieder. Es kann also analog angenommen werden, daß das Progressionsmaß eines automatisch sich bewegenden Budgets — d. h. bei gleichen Steuersätzen — während einer Einkommenskontraktion sinkt. Die hohen Einkommen gehen zurück und mit ihnen die entsprechenden Steuereinnahmen. Diese Entwicklung findet jedoch dort ihre Grenze, wo eine Massenarbeitslosigkeit zum Ausfall einer großen Zahl kleiner Einkommen führt. Darüber hinaus dürften sich die Subventionen und Sozialleistungen, zu denen sich der Staat schon bei guter Finanzlage verpflichtet hat, nun nicht mehr reduzierbar sein.

Es ist klar, daß der Haushalt nur bis auf ein Niveau sinken kann, das die Erledigung der notwendigsten Staatsausgaben gerade noch gewährleistet. Von da an muß er modelltheoretisch als starr angesehen werden. Bis dieser Punkt erreicht ist — seine Lage wird nur schwerlich zu ermitteln sein — fällt die Nachfrage des Staates aus. Besonders verschärfend muß dabei die kontraktive Wirkung sein, wenn die Finanzierungshilfen

⁵⁾ Zur Lehre von den konjunkturverändernden Momenten vgl. Rudolf Stucken: Die Konjunkturen im Wirtschaftsleben, Jena 1932.

für kreditabhängige Investitionen mit ihrem hohen Einkommenseffekt und ihrem kurzfristig geringen Kapazitätseffekt beschränkt werden.

Es ist nun nicht zu leugnen, daß in den ersten Anfängen eines deflationistischen Prozesses eine Budgetverlängerung die beschäftigungspolitische Wirkung haben könnte, auf die es Haavelmo offensichtlich ankommt. Dazu ist jedoch erforderlich, daß man aus dem gerade zu Ende gegangenen Aufschwung nicht mit einem Mammutbudget herauskommt, wie das angesichts der behandelten Steuerautomatik zu befürchten ist. Dann ist nämlich für die Steuererhöhung in der einsetzenden Depression kein Spielraum mehr vorhanden.

Wir können zusammenfassend sagen, daß die Ergebnisse der statischen Analyse unter dynamischen Voraussetzungen stellenweise erheblich modifiziert werden, ja sogar in ihr Gegenteil umschlagen können. Das Ergebnis läßt sich auf die kurze Formel bringen, daß diese Modifikationen entscheidend vom Zusammenwirken der konjunkturverbessernden und der konjunkturverschlechternden Momente, von der Art des Budgets und von der Budgethöhe abhängen. Der ausgeglichene Haushalt wird bei scharfen Konjunkturschwankungen selbst viel zu sehr zum Objekt der Konjunkturlösungen, als daß er zum Mittel einer wirkungsvollen Konjunkturpolitik werden könnte. In solchen Lagen bleibt nämlich vom Haavelmo-Theorem nicht viel mehr übrig als die formalistische Feststellung, daß die seitens des Staates verausgabten Geldbeträge dem Bruttovolkseinkommen zuzurechnen sind. Das ist aber fast nur noch ein Problem der Wirtschaftsstatistik; als solches ist es schon längst gelöst.

Nun soll am Schluß dieser Arbeit nicht der Eindruck entstehen, als liefen die Überlegungen dieses Abschnitts darauf hinaus, die Ergebnisse des ersten Teils samt und sonders als Irrealitäten aus dem Elfenbeinturm der Theorie abzutun. Es sind sicherlich Wirkungen, mit denen man rechnen muß. Aber sie sind nicht voraussetzungslos. Es muß deshalb davor gewarnt werden, ihre Konsequenzen ohne Bedenken in praktisches Handeln umzumünzen.

V. Die wirtschaftspolitischen Konsequenzen.

A. Ein Vergleich mit anderen finanzpolitischen Mitteln.

Wir stehen am Ende des theoretischen Teils, und es stellt sich hier die Frage, ob und gegebenenfalls wie die bisherigen Ergebnisse für die wirtschaftspolitische Praxis nutzbar gemacht werden können. Die Fälle, in denen scharfe Einkommensschwankungen erfolgen und die konjunkturverschlechternden Momente überwiegen, haben wir bereits ausgeklammert. Es bleiben damit solche Situationen übrig, in denen einem in Ruhelage befindlichen Volkseinkommen ein Druck nach oben verliehen werden oder eine bereits vorhandene Aufwärtsentwicklung unterstützt werden soll. Es geht dabei darum, angesichts eines mehr oder weniger stabilen Gleichgewichts der konjunkturverändernden Momente eine noch spürbare Arbeitslosigkeit zu beseitigen. An dieser Stelle macht es sich sehr nachteilig bemerkbar, daß die theoretische Untersuchung nicht mit empirischen Zahlenmaterial angereichert werden konnte. Es wäre das die solideste Grundlage für das hier angestrebte Urteil über die beschäftigungspolitische Anwendbarkeit eines ausgeglichenen Haushalts.

Weil eine solche Grundlage fehlt, muß ein anderer Weg gegangen werden: Wir vergleichen die Wirkungen eines ausgeglichenen Budgets mit den Wirkungen anderer finanzpolitischer Mittel. Dieser Vergleich mag uns einigen Aufschluß über den Nutzeffekt eines bewußt eingesetzten Haushalts geben. Als andere finanzpolitische Mittel kommen in Frage:

1. die Ausgabenerhöhung bei gleichen Steuereinnahmen und
2. die Steuersenkung bei gleicher Ausgabenhöhe.

Hansen hat diese drei Spielarten einer budgetären Expansionspolitik nebeneinander gestellt:¹⁾

1. Bei einem ausgeglichenen Haushalt steigt das Volkseinkommen in der angegebenen Weise.

¹⁾ Vgl. Alvin H. Hansen: *Three Methods of Expansion through Fiscal Policy*, in: *American Economic Review*, Band 35, 1945, S. 382 ff. und J. M. Clark: *Hansen's „Three Methods of Expansion through Fiscal Policy“*, Comment, im gleichen Heft, S. 926 ff. und anschließend Hansens Antwort darauf, S. 928.

2. Bei zusätzlichen Ausgaben steigt das Volkseinkommen nach Maßgabe des Defizitmultiplikators²⁾. Diese Steigerung ist stets größer als im Falle 1., es sei denn, es würden dort nur brachliegende Ersparnisse besteuert.
3. Bei einer Verkürzung der Steuereinnahmen werden Konsum- und Sparfunktion verschoben. Die Privaten werden daher ihre Nachfrage erhöhen. Nur auf diese Verschiebung ist die Einkommenssteigerung zurückzuführen, denn die Ausgaben des Staates bleiben unverändert. Der expansive Effekt ist also bei gleichem Defizit im Falle 2 größer als im Falle 3. Anders ausgedrückt: Will man das Volkseinkommen um einen bestimmten Betrag erhöhen, dann wird das erforderliche Defizit im Falle 3. größer sein als im Falle 2.³⁾

Grob gesprochen rangiert damit das ausgeglichene Budget hinsichtlich seines Nutzeffekts an dritter Stelle. Die durch Anleiheaufnahme erhöhten Ausgaben des Staates erweisen sich als am wirkungsvollsten, und das Steuersenkungsprogramm nimmt hinsichtlich seiner Einkommenswirkung eine Mittellage ein. Diese Reihenfolge ist jedoch deshalb recht problematisch, weil nicht gefragt wird, ob

1. der Finanzierungsvorgang der Investitionen unbeeinflusst bleibt und
2. die finanzwissenschaftlichen Deckungsgrundsätze ein Deficit spending überhaupt zulassen.

Die oben angegebene Reihenfolge muß daher als sehr relativ bezeichnet werden; die Antwort auf die Frage nach der besten Finanzpolitik zur Erreichung eines hohen Einkommens verliert damit ihre Klarheit und Eindeutigkeit.

B. Ein hypothetisches Zahlenbeispiel.

Die Frage nach den praktisch-politischen Möglichkeiten eines ausgeglichenen Budgets erhält damit gerade im Lichte der Kreditmarktsplaltung

²⁾ Wir können dabei von der einfachen Defizitwirkung ohne Steuerautomatik ausgehen, wir können auch diese Steuerautomatik berücksichtigen: das Ergebnis wird dasselbe sein.

³⁾ Mathematisch läßt sich der Vergleich so darstellen:

$$1. dE = \frac{1-a_1}{1-a_2} \cdot dT \text{ (Budgetverlängerung)}$$

$$2. dE = \frac{1}{1-a_1} \cdot dA \text{ (Ausgabenerhöhung)}$$

$$3. dE = \frac{a_1}{1-a_2} \cdot dT \text{ (Steuersenkung)}$$

Vgl. dazu auch Erich Schneider, a. a. O., S. 200.

und der Deckungsgrundsätze eine sehr reale Bedeutung. In diesem Zusammenhang ist eine Analyse recht aufschlußreich, die Richard A. Musgrave in seinem Artikel „Alternative Budget Policy for Full Employment“⁴⁾ durchgeführt hat. Es handelt sich um ein mit hypothetischen Zahlen durchgeführtes Rechenexempel, das die Beziehung zwischen dem Budget, dem Defizit und der Einkommenserhöhung quantitativ zu erfassen sucht, allerdings ohne die automatische Defizitfinanzierung und die Investitionsfrage zu berücksichtigen.

Ausgangspunkt ist die Formel

$$dE = dA_{St} + k [a_2(A_{St} + Tr) - a_1 \cdot dT] + k \cdot dI.$$

k ist der allgemeine Multiplikator auf Grund des durchschnittlichen in der Volkswirtschaft herrschenden Grenzhangs zum Verbrauch, a_1 ist wieder der Grenzhang zum Verbrauch der Steuerzahler und a_2 der Grenzhang zum Verbrauch der Ausgabenempfänger. Dann drückt der erste Summand den reinen Budgeteffekt nach dem Haavelmo-Theorem aus, und der zweite bezeichnet den Redistributionseffekt. Von der Investition wird angenommen, sie sei konstant, so daß $k \cdot dI = 0$ ist.

Musgrave geht nun von folgendem Fall aus: In der nächsten Periode wäre ein Bruttovolkseinkommen von 200 Mrd. Dollar zu erwarten, wenn Vollbeschäftigung bestünde. Tatsächlich wird sich diese Größe infolge einer gewissen Arbeitslosigkeit auf nur 170 Mrd. Dollar stellen. Die fehlenden 30 Mrd. werden als Deflationslücke aufgefaßt, die durch finanzpolitische Mittel zu schließen wäre. Des Vorbehalts eingedenk, daß man mit einer bestimmten Ausgabenhöhe nicht jedes x -beliebige Einkommen schaffen kann, wollen wir das folgende als eine hypothetische Illustration mit allen erforderlichen methodischen und praktischen Bedenken auffassen. Unter diesen Einschränkungen mag man fragen, wie groß das Budget sein muß, wenn die Deflationslücke bei verschiedenen Defiziten und bei verschiedenen Defiziten und bei verschiedenen Grenzneigungen zum Verbrauch der Besteueren geschlossen werden soll.

Dazu werden in der obigen Gleichung folgende Veränderungen vorgenommen:

1. Die Ausgaben des Staates für Güter und Dienste A_{St} und die Ausgaben des Staates für Transferzahlungen werden in der Größe A zusammengefaßt.

⁴⁾ Richard A. Musgrave: Alternative Budget Policy for Full Employment: in: American Economic Review, Band 35, 1945, S. 387 ff.

2. Aus dieser Größe A wird $r \cdot A$. r ist dabei der Bruchteil der zusätzlichen Ausgaben, der tatsächlich einkommensschaffend wirkt. Es ist hierbei daran zu denken, daß von den zusätzlichen Staatsausgaben ein Teil in das Ausland fließen kann und für die inländische Einkommensbildung ausfällt. Darüber hinaus soll der schwächere Effekt der Transferzahlungen pauschal korrigiert werden.
3. Die Größe des Steuerbetrages T wird zur Differenz $A - D$, wobei D das Defizit ist.
4. Die Frage heißt: Wie hoch müssen die staatlichen Ausgaben sein, wenn die Lücke dE geschlossen werden soll? Die obige Gleichung muß also nach A aufgelöst werden. Das ergibt $A = \frac{dE - k \cdot a_1 \cdot D}{r + k(a_2 - a_1)}$

Für r , k und a_2 nimmt Musgrave bestimmte Werte an: Der Bruchteil der einkommensschaffenden Ausgaben an den Gesamtausgaben r sei 0,75, der Multiplikator k wird zurückhaltend mit 2 und der Grenzhang zum Verbrauch der Ausgabenempfänger a_2 mit 0,7 geschätzt.

Die Größen a_1 (Grenzhang zum Verbrauch der Besteuernten) und D (Defizit) werden variiert. Die folgende Tabelle zeigt dann die tatsächliche Ausgabenhöhe bei zwei Variablen zur Erreichung eines zusätzlichen Volkseinkommens in Höhe von 30 Mrd. Dollar. Es wird angenommen, daß das Budget vor dem Ausgabenprogramm mit 10 Mrd. Dollar in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen war.

Tabelle: Die erforderliche Höhe der Gesamtausgaben zur Erzielung einer Einkommenserhöhung von 30 Mrd. Dollar bei veränderlichem Defizit und veränderlichem Grenzhang zum Verbrauch der Besteuernten in Mrd. Dollar ⁶⁾.

Defizit in Mrd. Dollar	Grenzhang zum Verbrauch der Besteuernten a_1							
	0,0	0,2	0,4	0,5	0,6	0,7	0,9	
0	23,9	27,1	32,2	36,1	41,6	50,0	95,7	
1	23,9	26,9	31,6	35,2	40,3	48,1	90,6	
3	23,9	26,5	30,4	33,5	37,8	44,4	80,3	
5	23,9	26,0	29,3	31,7	35,3	40,7	70,0	
7	23,9	25,5	28,1	30,0	32,7	36,9	59,2	
9,3	23,9	25,0	26,7	28,0	29,8	32,6	47,9	
10	23,9	24,9	26,3	27,4	29,0	31,3	44,3	
13	23,9	24,2	24,5	24,8	25,1	25,7	28,8	
13,9	23,9	23,9	23,9	23,9	23,9	23,9	23,9	
15	23,9	23,7	23,3	23,0	22,6	22,0	18,6	
16	23,9	23,5	22,7	22,2	21,4	20,1	—	
18	23,9	23,0	21,6	20,4	18,8	—	—	
20	23,9	22,6	20,3	—	—	—	—	

⁶⁾ Diese Tabelle findet sich bei Richard A. Musgrave, a. a. O., S. 394.

Da das Budget ursprünglich 10 Mrd. Dollar betrug, sind die zusätzlichen Ausgaben jeweils 10 Mrd. Dollar geringer als die Gesamtausgaben in der Tabelle. Das gleiche gilt für den Steuerbetrag. Die Zahlenreihen zeigen uns, daß der ausgeglichene Budgetrest, solange das Defizit noch relativ klein ist und unter 13,9 Mrd. Dollar liegt, um so stärker erhöht werden muß, je größer der Grenzhang der Steuerzahler ist, also je stärker Konsumteile betroffen werden. Ein Defizit von 13,9 Mrd. Dollar reicht aus, damit die erwünschte Einkommenserhöhung erfolgt; eine Erhöhung ist nicht nötig, deshalb sind auch die a_1 -Werte ohne Einfluß. Bei größeren Defiziten kann der ausgeglichene Budgetrest sogar unter das ursprüngliche 10 Mrd.-Niveau gesenkt werden. Der Tabelle ist beim Lesen der Längsspalten von oben nach unten zu entnehmen, wie die Steuerbelastung mit steigendem Defizit sinkt. Beim Lesen der Querspalten von links nach rechts ergibt sich, daß mit der Steuerbelastung stark konsumierender Einkommen auch der ausgeglichene Budgetrest immer stärker wächst.

Es sind die folgenden behandelten Budgetfälle enthalten:

1. das progressive ausgeglichene Budget (vgl. die ersten fünf Zahlenwerte bei $D = 0$),
2. das nicht-progressive ausgeglichene Budget (vgl. den sechsten Zahlenwert bei $D = 0$),
3. das regressive ausgeglichene Budget (vgl. den siebten Zahlenwert bei $D = 0$),
4. das Defizitbudget, bei dem nur das Sparen besteuert wird (vgl. die erste Zahlensäule bei $a_1 = 0,0$). Die Einkommenserhöhung ist hier nicht mehr von der Höhe des Defizits abhängig. Zwischen Steuer- und Defizitfinanzierung ist kein Unterschied mehr, wichtig ist nur die Ausgabenhöhe von 23,9 Mrd. Dollar. Allerdings wird hier auch klar, daß es sich um Formelergebnisse handelt.
5. Das Defizitbudget, bei dem der Konsum mitbetroffen wird (vgl. alle übrigen Zahlenwerte).

Die für unser Urteil wichtige Frage lautet nun: Wo würde unter Zugrundelegung unserer gegenwärtigen westdeutschen Steuerbelastung das Budget zu suchen sein, das eine Einkommenserhöhung von 30 Mrd. Dollar unter unseren Voraussetzungen herbeiführt. Dabei sind die Werte für das Bruttovolkeinkommen für unsere Verhältnisse viel zu hoch. Aber das ist nicht entscheidend; wichtig ist die Relation zwischen der erwünschten Einkommenserhöhung und der erforderlichen Budgetverlängerung. Wir suchen also den a_1 -Wert, der unsere heutige Steuerbelastung repräsen-

tiert angesichts der Wahl, die hinsichtlich a_2 mit 0,7 getroffen wurde. Anders ausgedrückt: Ist das Progressionsmaß unseres gegenwärtigen Budgets groß, oder ist es gering? Der Anteil der progressiven Steuern am Gesamtaufkommen ist erheblich, die Progression der Einkommensteuer außerordentlich hoch. Gleichzeitig ist aber auch die Breitenwirkung dieser Steuer recht bedeutsam, und außerdem wird die Belastung hoher Einkommen durch Steuererleichterungen abgeschwächt. Endlich ist trotz eines hohen Sozialstats der Ausgabenbetrag an Kreditgläubiger und Unternehmereinkommen doch nicht unerheblich. Hinzu kommen die von Föhl aufgezeigten Belastungsverschiebungen infolge einer elastischen Geldschöpfung. Alle diese Punkte veranlassen uns, den Budgetkoeffizienten nicht zu hoch anzusetzen. Wenn im Zahlenbeispiel von Musgrave der Grenzhang der Ausgabenempfänger a_2 mit 0,7 angegeben wird, dann muß mit einem Grenzhang der Besteueren gerechnet werden, der irgendwo zwischen 0,5 und 0,7 liegt. Der Budgetkoeffizient wird dann zwischen 1 und 1,6 vermutet. Wenn wir nun die entsprechenden Spalten der Tabelle aufsuchen, dann entdecken wir, daß zur Erzielung eines Einkommenszuwachses von etwas über 17% das Budget bei einem a_1 -Wert von 0,6 von 10 auf 41,6 Mrd. Dollar gesteigert werden müßte, wenn der Ausgleich erhalten bleiben soll.

Es handelt sich also bei fühlbaren Einflüssen auf das Volkseinkommen seitens eines ausgeglichenen Budgets um derart exorbitante Größenordnungen, daß man Expansionspolitik nur mit Mammutbudgets treiben müßte. Musgrave spricht in diesem Zusammenhang von Ausgabehöhen, die für Friedenswirtschaften nicht in Frage kommen⁶⁾ und Hart meint zur Beseitigung einer Deflationslücke unter Bezugnahme auf Musgrave: „I can see no reason to differ with the finding of the model-builders . . . that the theoretical possibility of eliminating a ‚deflationary gap‘ by having a very large balanced budget would call for so large a budgetary adjustment that it could never become a practical counsel.“⁷⁾ Angesichts der in unserem Beispiel erforderlichen Budgetverlängerung können wir diesem Urteil zustimmen.

⁶⁾ Richard A. Musgrave, a. a. O., S. 397.

⁷⁾ Albert Gailford Hart: „Model-building“ and Fiscal Policy, in: American Economic Review, Band 35, 1945, S. 554.

Schluß: Ausblick und neue Fragestellungen.

Adolf Wagner hat in einem Gesetz die These vom ständig wachsenden Staatshaushalt formuliert. Diese These hat sich inzwischen in einem Ausmaß bewahrheitet, das vielleicht damals nicht vorausgesehen werden mochte. Sämtliche Prognosen über die steuerliche Belastbarkeit der privaten Wirtschaft aus der älteren Zeit sind durch die historische Entwicklung überholt worden. Trotzdem vermag man eine entscheidende Beeinträchtigung der privaten Wirtschaftstätigkeit nicht zu erblicken. Dieser Umstand ließe sich mit Hilfe der im Haavelmo-Theorem enthaltenen Feststellung erklären, daß bei der Vergrößerung eines Staatshaushalts die Nettoeinkommen der Privaten konstant bleiben, wenn zusätzliche Produktionsfaktoren zur Verfügung stehen und die entsprechende Geldschöpfung Platz greift. Beide Bedingungen waren — grob gesprochen — auch langfristig gegeben: Eine bemerkenswerte Produktivitätsentwicklung vergrößerte den Nutzeffekt der vorhandenen Produktionsfaktoren und schuf weitere neu, und auch die Geldmengenvermehrung kann als hinreichend angesehen werden. Damit war der erforderliche Spielraum geschaffen für die erstaunliche Expansion der öffentlichen Hand und darüber hinaus für eine kaum geringere Steigerung der privaten Einkommen.

Ist dieser Spielraum noch immer erweiterungsfähig? Gibt es noch Möglichkeiten zur weiteren Expansion der öffentlichen Hand? Wir vermögen es hier nicht zu sagen, denn wir wissen nämlich nicht, wie z. B. der Kapazitätseffekt der gesamten Volkswirtschaft beeinträchtigt wird, wir wissen nicht, ob die Grundsätze der Besteuerung beeinflußt werden, und wir wissen nicht, welche Änderungen im ordnungspolitischen Raum vor sich gehen. Das alles sind Fragen von nicht minder großem Interesse. Im Rahmen der einkommenstheoretischen Betrachtungsweise mußten sie unerledigt bleiben, aber eine Budgettheorie, die vollständig sein will, wird sie mitberücksichtigen müssen.

Verzeichnis der benutzten Literatur.

- Baumol*, William J. und *Chandler*, Lester V.: *Economic Processes and Policies*, New York 1954.
- Binder*, Paul: Die Geldkapitalbildung, Schriftenreihe „Recht und Wirtschaft“, Band 170/171, Tübingen 1952.
- Bishop*, George A.: A Note on the Overinvestment Theory of the Cycle and its Relation to the Keynesian Theory of Income, in: *American Economic Review*, 41. Bd. 1951, S. 149 ff.
- Boulding*, Kenneth E.: *Economic Analysis*, 3. Auflage, New York 1955.
- Brown*, E. Carry: Business-Income Taxation and Investment Incentives, in: *Income, Employment and Public Policy, Essays in Honor of Alvin H. Hansen*, New York 1948, S. 300 ff.
- Burkhead*, Jesse: The Balanced Budget, in: *Quarterly Journal of Economics*, 68. Bd. 1954, S. 191—216.
- Butters*, J. Keith: Taxation, Incentives and Financial Capacity, in: *American Economic Review*, 44. Bd. 1954, S. 504 ff.
- Butters*, J. Keith: siehe *Thompson*, Lawrence E.
- Chandler*, Lester V.: siehe *Baumol*, William J.
- Clark*, J. M.: Hansen's "Three Methods of Expansion through Fiscal Policy", Comment, in: *American Economic Review*, 35. Bd. 1945, S. 926 ff.
- Colm*, Gerhard: "Don't Throw the Baby Out With the Bath", Comments on recent articles on Progressive Income and Corporate Income Taxes, in: *Finanzarchiv*, N. F. 14. Bd. 1953, S. 525 ff.
- Ehrlicher*, Werner: Geldkapitalbildung und Realkapitalbildung, Tübingen 1956.
- Ehrlicher*, Werner: siehe *Stucken*, Rudolf.
- Föhl*, Carl: Kritik der progressiven Einkommensbesteuerung, in: *Finanzarchiv*, N. F. 14. Bd. 1953, S. 88 ff.
- Gebrels*, Franz: Inflationary Effects of a Balanced Budget under Full Employment, in: *American Economic Review*, 39. Bd. 1949, S. 1276 ff.
- Goodwin*, R. M.: Multiplier Effects of a Balanced Budget, The implication of a lag for Mr. Haavelmo's analysis, in: *Econometrica*, 14. Bd. 1946, S. 150 f.
- Haavelmo*, Trygve: Multiplier Effects of a Balanced Budget, in: *Econometrica*, 13. Bd. 1945, S. 311 ff.
- Haavelmo*, Trygve: Multiplier Effects of a Balanced Budget, Reply, in: *Econometrica*, 14. Bd. 1946, S. 156 ff.
- Haberler*, Gottfried: Multiplier Effects of a Balanced Budget, Some monetary implications of Mr. Haavelmo's paper, in: *Econometrica*, 14. Bd. 1946, S. 148 f.
- Hagen*, Everett E.: Multiplier Effects of a Balanced Budget, Further Analysis, in: *Econometrica*, 14. Bd. 1946, S. 152 ff.

- Hall*, James K.: Diskussion zu John Lintner: Effect of Corporate Taxation on Real Investment, in: *American Economic Review*, 44. Bd. 1954, S. 540 ff.
- Haller*, Heinz: Alvin Hansen und die Fiscal Policy, in: *Finanzarchiv*, N. F. 13. Bd. 1952, S. 432 ff.
- Hansen*, Alvin H. und *Perloff*, Harvey H.: *State and Local Finance in the National Economy*, New York 1944.
- Hansen*, Alvin H.: *Business Cycles and National Income*, New York 1951.
- Hansen*, Alvin H.: Three Methods of Expansion through Fiscal Policy, in: *American Economic Review*, 35. Bd. 1945, S. 382 ff.
- Hart*, Albert Gailford: "Model-building" and Fiscal Policy, in: *American Economic Review*, 35. Bd. 1945, S. 531 ff.
- Jecht*, Horst: Staatliche Wirtschaftspolitik und Einkommensverteilung, in: *Einkommensbildung und Einkommensverteilung*, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N. F. 13. Bd. 1957, S. 126 ff.
- Jöhr*, Walter Adolf: *Die Konjunkturschwankungen*, Tübingen und Zürich 1952.
- Kaldor*, Nicolas: The Quantitative Aspects of the Full Employment Problem in Britain, in: William H. Beveridge, *Full Employment in a Free Society*, 3. Auflage, London 1945, S. 344 ff.
- Lintner*, John: Effect of Corporate Taxation on Real Investment, in: *American Economic Review*, 44. Bd. 1954, S. 520 ff.
- Musgrave*, Richard A.: Alternative Budget Policy for Full Employment, in: *American Economic Review*, 35. Bd. 1945, S. 387 ff.
- Neisser*, Hans: Kreislauftheoretisches zur Gewinnsteuer, in: *Finanzarchiv*, N. F. 14. Bd. 1954, S. 687 ff.
- Perloff*, Harvey H.: siehe *Hansen*, Alvin H.
- Philip*, Kjeld: Finanzpolitik und Zins, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, 62. Bd. 1949, S. 214 ff.
- Ritter*, Lawrence S.: The Control of Inflation, Direct versus Monetary-Fiscal Measures, Zusammenfassung einer Dissertation an der University of Wisconsin 1950, in: *The Journal of Finance*, 8. Bd. 1953, S. 567.
- Rüstow*, Hanns-Joachim: Gewinnbesteuerung und Einkommensverteilung, in: *Finanzarchiv*, N. F. 14. Bd. 1953, S. 360 ff.
- Samuelson*, Paul A.: The Simple Mathematics of Income Determination, in: *Income, Employment and Public Policy*, Essays in Honor of Alvin H. Hansen, New York 1948, S. 133 ff.
- Samuelson*, Paul A.: Full Employment After the War, in: *Postwar Economic Problems*, Hrsg. E. S. Harris, New York 1943, S. 44 ff.
- Schneider*, Erich: *Einführung in die Wirtschaftstheorie*, Band 3, Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung, Tübingen 1952.
- Senf*, Paul: Das Budget im Lichte der modernen Wirtschaftstheorie, in: *Beiträge zur Finanzwissenschaft und Geldtheorie*, Festschrift für Rudolf Stucken, herausgegeben von Fritz Voigt, Göttingen 1953, S. 132 ff.
- Sies*, Walter: siehe *Stucken*, Rudolf.
- Somers*, Harold M.: The Multiplier in a Tri-Fiscal Economy, in: *Quarterly Journal of Economics*, 63. Bd. 1949, S. 258 ff.
- Somers*, Harold, M.: *Public Finance and National Income*, Philadelphia und Toronto 1949.

- Stucken*, Rudolf und *Ehrlicher*, Werner: Zur Frage der Überwälzung der Unternehmenssteuern, in: Finanzarchiv, N. F. 14. Bd. 1953, S. 367 ff.
- Stucken*, Rudolf und *Sies*, Walter: Finanzwissenschaftliche Deckungsgrundsätze und konjunkturpolitische Postulate, in: Finanzarchiv, N. F. 12. Bd. 1951, S. 616 ff.
- Stucken*, Rudolf: Die Konjunkturen im Wirtschaftsleben, Jena 1932.
- Stucken*, Rudolf: Vermögensteuern, Schriftenreihe des Instituts „Finanzen und Steuern“, Heft 29, Bonn 1954.
- Stucken*, Rudolf: Geld und Kredit, 2. Auflage, Tübingen 1957.
- Stucken*, Rudolf: Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914—1953, 2. Auflage, Tübingen 1953.
- Stucken*, Rudolf: Besonderheiten der Geld- und Kreditpolitik in Westdeutschland und ihre konjunkturpolitische Bedeutung, Sonderschrift des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Nr. 16, Berlin 1954.
- Tautscher*, Anton: Alte und neue Finanzwirtschaft, in: Finanzarchiv, N. F. 13. Bd. 1952, S. 37 ff.
- Thompson*, Lawrence E. und *Butters*, J. Keith: Effects of Taxation on the Investment Policies and Capacities of Individuals, in: The Journal of Finance, 8. Bd. 1953, S. 137 ff.
- Wallich*, Henry C.: Income-Generating Effects of a Balanced Budget, in: Quarterly Journal of Economics, 59. Bd. 1945, S. 78 ff.

Lebenslauf.

Ich, Rudolf Conrad Schotter, wurde am 23. Juli 1932 als Sohn des Gastwirts Jakob Schotter und seiner Ehefrau Wally, geb. Kaufbusch, in Braunschweig geboren. Von 1939 bis 1943 besuchte ich die Volksschule in Braunschweig-Querum und daran anschließend das Martino-Katharineum, Staatliche Oberschule für Jungen, in Braunschweig. An dieser Anstalt bestand ich am 15. Februar 1952 das Abitur.

Im Sommersemester 1952 begann ich an der Carolo-Wilhelmina, der Technischen Hochschule in Braunschweig, das Studium der Staatswissenschaften und setzte es im Sommersemester 1953 an der Albert-Ludwigs-Universität in Feiburg i. Br. fort. Anschließend ging ich an die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen. Hier bestand ich am 25. November 1955 die Diplomprüfung für Volkswirte.

Im Dezember des gleichen Jahres begann ich unter der Anleitung von Prof. Dr. Stucken mit der Abfassung der vorliegenden Dissertation. Nach der Fertigstellung dieser Arbeit nahm ich meine berufliche Tätigkeit beim Landesverband der Badisch-Württembergischen Industrie in Stuttgart auf.

Meine akademischen Lehrer waren die Professoren Clausing, Geheimrat Helfritz, Hertlein, Jungfer, Seidl, Stucken, Fritz Voigt und Weippert.

